

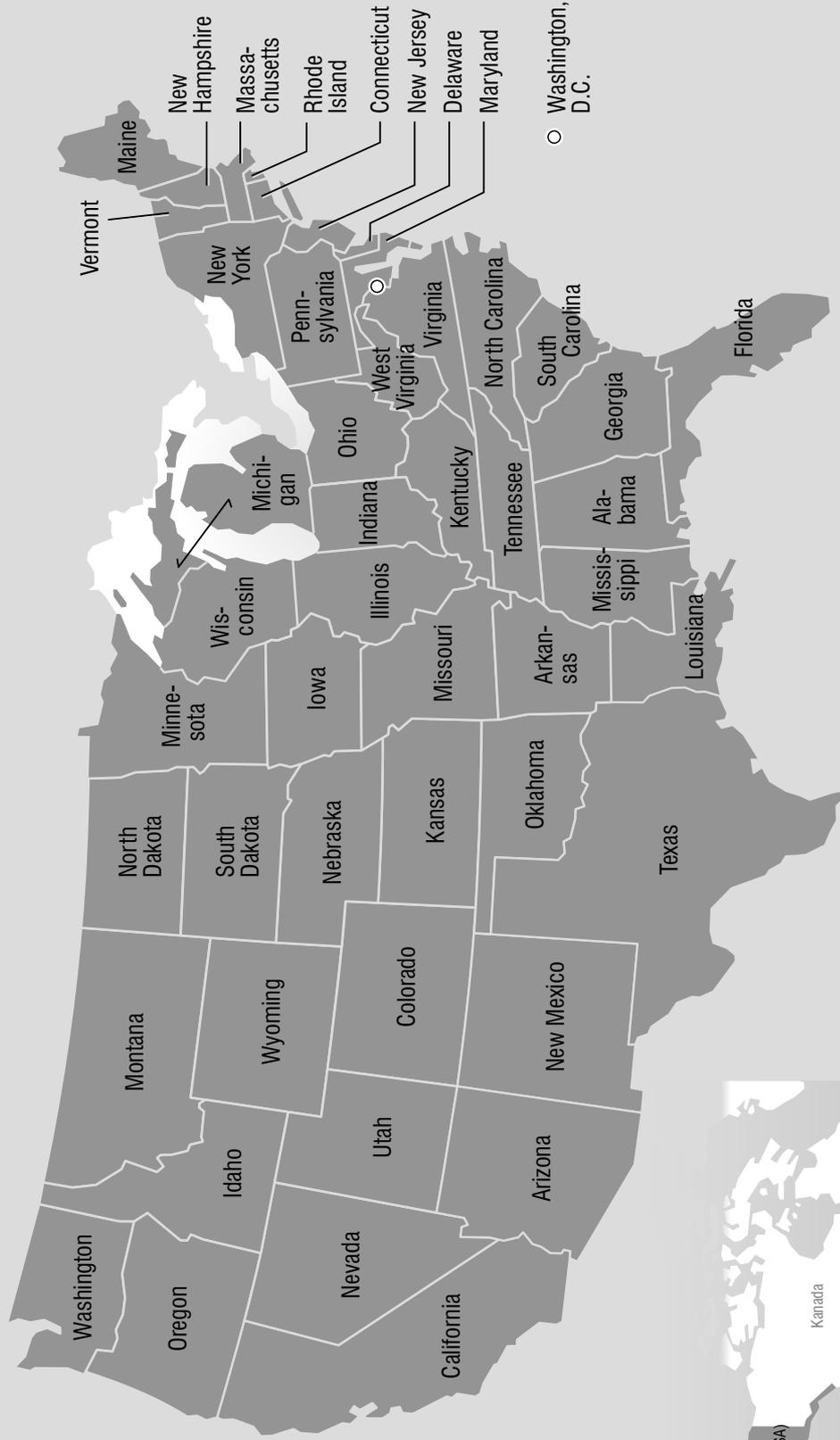
USA-Lexikon

2., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

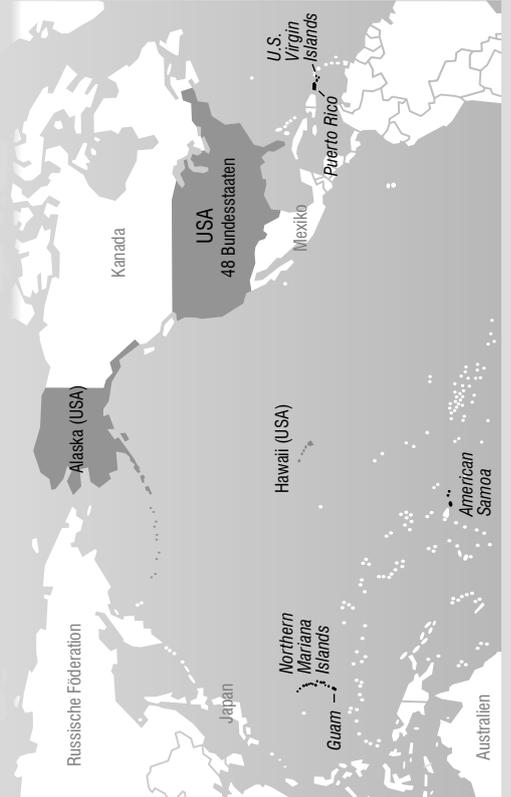
Christof Mauch
Rüdiger B. Wersich
(Hg.)

 The logo for Erich Schmidt Verlag (ESV) features the letters 'ESV' in a bold, black, serif font. The letter 'V' is partially enclosed by a red square that is tilted to the right.

ERICH SCHMIDT VERLAG



○ Washington, D.C.



ESV

USA-Lexikon

Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft,
Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen
Beziehungen

Herausgegeben von
Christof Mauch und Rüdiger B. Wersich

Unter Mitarbeit von Angelika Möller

2., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[http://ESV.info/978 3 503 13747 3](http://ESV.info/978_3_503_13747_3)

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 13746 6
eBook: ISBN 978 3 503 13747 3

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2013
www.ESV.info

Ergeben sich zwischen der Version dieses eBooks
und dem gedruckten Werk Abweichungen,
ist der Inhalt des gedruckten Werkes verbindlich.

Gesetzt aus der Arno Pro 11/13
Satz: Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin
Schaubilder und Grafiken: Julia Gandras, Berlin

ERRATUM

Mauch/Wersich: USA-Lexikon
2. Auflage, eBook
ISBN 978-3-503-113747 3

Die Autorenangabe für die Artikel
„Dollar“ und „Ivy League“
muss richtig lauten:

Andreas Quindt/Welf Werner

Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

ERICH SCHMIDT VERLAG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Hinweise für Benutzerinnen und Benutzer	11
Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A–Z	13
Verzeichnis der Schaubilder und Grafiken	21
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	23
Abkürzungsverzeichnis	27
Schlüsselbegriffe A–Z	57
Anhang	
Die Unabhängigkeitserklärung	1159
Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika	1167
Nationalhymne der Vereinigten Staaten von Amerika	1192
The American's Creed	1195
Bundesstaaten und Territorien	1197
Präsidenten der USA	1201
Zeittafel: US-amerikanische Geschichte	1203
Maße und Gewichte	1215
Verzeichnis wichtiger Institutionen und Webseiten	1217
Auswahlbibliographie	1235
Register	1249

Vorwort

Dieses Lexikon will ein Standardwerk sein. In mehr als 500 Einträgen, die von über 100 Autorinnen und Autoren verfasst wurden, informiert es knapp und zuverlässig über Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika sowie über die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Kein anderer Band zu den USA bietet in deutscher Sprache eine vergleichbare Fülle von Informationen zu den USA – Orientierungswissen, Fakten und Hintergründe sowie weiterführende Literaturhinweise zu allen Stichwörtern. Die Beiträge sind von ausgewiesenen Expertinnen und Experten verfasst und namentlich gezeichnet. Das Lexikon berücksichtigt die aktuelle Forschung und achtet zugleich auf Allgemeinverständlichkeit.

Nach dem Erfolg der ersten Auflage des USA-Lexikons, das 1995 als Hardcover und 1996 als Paperback erschienen ist, basiert die zweite Auflage grundsätzlich auf der Vorgängeredition. Ein Teil der Artikel wurde von den Autoren der Erstauflage oder von Koautoren aktualisiert; der Erstautor ist in diesen Fällen immer als Erster genannt, auch wenn der Überarbeitende stark eingegriffen hat.

Hervorzuheben ist, dass die zweite Auflage etliche grundsätzliche Neuerungen aufweist. Vor allem wurde das Lexikon an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts angepasst: Die Neuauflage erscheint nicht nur in einer Druckversion, sondern auch als E-Book sowie, in erweiterter Fassung, als umfangreiche Datenbank, die auch den Erwerb von einzelnen Beiträgen ermöglicht. Im Zeitalter von Internet und *Wikipedia* sind manche Informationen, die in der ersten Auflage noch prominenten Raum eingenommen haben, obsolet geworden. Das USA-Lexikon ist kein Ersatz für die Fülle online verfügbarer Informationen, aber es bietet – anstelle des Wissens der Massen – die strukturierte und kompetente Information von Experten. Vor allem auf die Kurzeinträge zu Institutionen (wie etwa der *American Historical Association* oder des *American Institute for Contemporary German Studies*), die lediglich knappe Beschreibungen, Postadresse und Telefonnummer enthielten, wurde in der Neuauflage verzichtet. Stattdessen findet sich in der Datenbankversion eine Übersicht der wichtigsten Institutionen mit der Angabe der jeweiligen Webseite. Die erste Auflage enthielt drei biographische Einträge. Diese wurden, da eine Erweiterung und Auswahl immer willkürlich wäre, gestrichen. Allerdings lassen sich über das Register annähernd 2.000 Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft recherchieren.

Viele Beiträge des USA-Lexikons sind ein Spiegel neuerer und neuester politischer und kultureller Entwicklungen in den USA. So finden sich Einträge zu *Guantánamo* und *Gulf wars*, zu *Homeland Security* und *Hip Hop*, zu *Silicon Valley*, *Televangelists* und *Gays and lesbians*. Neu sind auch die Einträge zu den wichtigsten Großstädten

Vorwort

der USA, unter anderen zu *Atlanta, Boston, Chicago, New Orleans, Philadelphia* und *San Francisco*. Außerdem wurden zu allen 50 Staaten – von *Alabama* bis *Wyoming* – Einzelartikel aufgenommen. Diese informieren schnell über Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Demografie des jeweiligen Einzelstaats, aber auch beispielsweise über den Spitznamen eines Staates und dessen Herkunft. Auch sonst finden sich darin wichtige Informationen und Kuriosa: Wer weiß schon, dass (und warum) *Delaware* als Unternehmerstaat gilt, dass sich *Kentucky* über zwei Zeitzonen erstreckt, und dass *Michigan* der einzige amerikanische Einzelstaat ist, der in zwei Teile zerfällt, die ihrerseits wiederum mit einer Brücke namens *Big Mac* miteinander verbunden sind?

In etlichen Fällen wurden mehrere knappe Artikel aus der Erstauflage zu größeren Essays zusammengefasst. So entstanden neue Beiträge – etwa zu *Automobile, Foreign affairs* oder *Native Americans* –, die alle relevanten Fakten aus den kleinen Beiträgen aufgreifen, zugleich aber große Zusammenhänge prägnant präsentieren. Von besonderer Bedeutung sind eine Reihe umfassender neuer Beiträge, die einen gut lesbaren Einstieg in komplexe Themenfelder anbieten: Nirgendwo kann man sich beispielsweise so schnell einen kompetenten Überblick über Gebiete wie *Literature, Film* oder *Religion* verschaffen wie in den entsprechenden Einträgen im USA-Lexikon.

Systematisch erweitert wurden die Stichwörter im Bereich der Religion. Hier finden sich – neben dem neuen Stichwort *Religion* – eine Fülle von Einträgen, die neu verfasst wurden, unter anderen *Catholics, Christian Right, Creationism, Muslims, Quakers* und *Shakers*. Auch das Feld Musik hat in der Neuausgabe des Lexikons besonderes Gewicht. Neben einem Haupteintrag *Music* finden sich neue Artikel etwa zu *Blues, Folk music, Jazz* und *Musicals*. Neu hinzugekommen sind weiterhin zahlreiche Einträge aus dem Verkehrswesen – *Air transport, Highways, Rivers* und *Roads*; aber auch aus der Umwelt – darunter *Dust Bowl, Environmentalism, Natural catastrophes, Ranching* und *Soil*. Auch die urbane Welt wurde in der zweiten Auflage stärker berücksichtigt als zuvor – deshalb finden sich neue Beiträge wie *City planning, Urbanization and suburbanization* und *Parks*. Neben unzähligen neuen Beiträgen zur Wirtschaft – *Factory outlets, Capitalism, Foreign trade* und *Taxation* –, zu einzelnen Sportarten, zu Geschichte, Politik und Gesellschaft – *Fraternization, Crime* und *Temperance* – spielen nicht zuletzt die Medien und die Populärkultur im neuen USA-Lexikon eine bislang nicht dagewesene Rolle. Spezifische Aspekte der *Popular culture* wurden in Beiträgen wie *Barbie, Consumer culture, Cowboy, Coca-Cola, Fast food* oder *Television* informativ und spannend aufgearbeitet.

Die Autorinnen und Autoren der Beiträge kommen überwiegend aus der Universität, aber auch aus der Praxis. Insgesamt sind mehr als ein Dutzend Fachdisziplinen – von Jura über Philosophie bis zur Musikwissenschaft – vertreten. Ein relativ großer Teil der Beiträge wurde von Historikerinnen und Historikern verfasst. Das

hat nicht nur damit zu tun, dass die beiden Herausgeber Historiker sind: Gerade für die USA ist es wichtig, dass die geschichtliche Perspektive, die oft ein Schlaglicht auf die Gegenwart wirft, nicht zu kurz kommt. Wer zum Beispiel verstehen will, warum *Violence* in der amerikanischen Kultur eine so große Bedeutung hat, findet im USA-Lexikon eine Erklärung, aber auch so unterschiedliche Einträge wie *Congress*, *Energy*, *Food* oder *Political parties* profitieren von der geschichtlichen Ausrichtung. Eine Besonderheit des USA-Lexikons besteht darin, dass es die transatlantische Perspektive, und hier vor allem die deutsch-amerikanischen Beziehungen, ins Visier nimmt. Die Bedeutung des „deutschen Elements“ für die amerikanische Geschichte kommt in Beiträgen wie *German Americans*, *Kindergarten*, *Nazi parties* und *German Studies* zum Ausdruck; und die Verbindung zwischen Deutschland und den USA spielt in diplomatie- und politikgeschichtlichen Artikeln – wie *American Occupation of Germany*, *Berlin crises* oder *Re-education* – eine Rolle. Aber auch sonst schweift der Blick der Autorinnen und Autoren immer wieder über den Atlantik, meist um die Unterschiede zwischen Deutschland und Amerika zu verdeutlichen. So erfährt man, um ein Beispiel zu nennen, im Beitrag *Police* en passant, worin die Unterschiede zwischen dem Polizeisystem in den USA und den Polizeisystemen in Europa liegen. Von besonderer Bedeutung sind neben den jeweiligen Artikeln auch die Graphiken und Tabellen im Anhang sowie zu einzelnen Beiträgen – wie *Elections*, *Impeachment*, *Presidency* und *Territories*. Ganz neu ist schließlich auch das von Martin Spenger erstellte Verzeichnis der weiterführenden Literatur, das – aufgeteilt in Zeitschriften, laufende Publikationen, Nachschlagewerke, Gesamtdarstellungen und historische Perioden – für alle Interessierten Perspektiven zum Weiterlesen eröffnet, wobei besonderes Augenmerk auf deutschsprachige Veröffentlichungen gelegt wurde. Außerdem wurde eine umfassende Zeittafel zur amerikanischen Geschichte neu aufgenommen.

Die Arbeit am USA-Lexikon erstreckte sich über mehr als drei Jahre. In dieser Zeit wurden wir immer wieder von einer großen und häufig wechselnden Gruppe von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften an der *Ludwig-Maximilians-Universität München* (LMU) unterstützt, ohne deren engagierte Mitarbeit ein so großes Projekt nicht hätte realisiert werden können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren mit dem Korrekturlesen, mit der Erstellung des Abkürzungsverzeichnisses und des Personenregisters, mit dem Übersetzen von Dokumenten für den Anhang, mit der Aktualisierung der Literaturverzeichnisse und mit dem Überprüfen von Fakten beschäftigt. Nicht selten stellte sich heraus, dass selbst hochoffizielle Daten – in zwei Fällen sogar auf den amtlichen Webseiten von US-Einzelstaaten – Fehler aufwiesen: Nevada und Missouri haben ihre publizierten Staatsflächenangaben aufgrund der Intervention unserer Lexikonredaktion korrigiert. Unser großer Dank geht an Sabine Buchczyk M.A., Carmen Dines, Rebecca Friedman, Felix J. Fuchs, Freya Grünberg, Peter Just M.A., Ann-Katrin Liepold, Pierre Lipperheide,

Vorwort

Julian Neckermann, Annika Poppe, Pavla Šimková, Philipp Stephan, Martin Spenger und Lisa Spindler, die alle über mehrere Wochen oder Monate hinweg immer wieder – im Rahmen ihrer Tätigkeit am *Amerika-Institut* beziehungsweise am *Rachel Carson Center* der LMU – am Großprojekt USA-Lexikon mitgearbeitet haben. Stephanie Rinck sei besonders gedankt. Sie war vor allem am Anfang organisatorisch an der Arbeit beteiligt, etwa durch die Erstellung der Autoren- und Adressliste. Unser allergrößter Dank gilt freilich Angelika Möller M.A., die die Koordination des Projekts ab Mitte 2010 von Stephanie Rinck übernahm und dabei alle Fäden der Projektorganisation in der Hand hielt und durchgängig mit der Herstellungsleitung des Verlags in Kontakt stand.

Besonders erfreulich war darüber hinaus die Kooperation mit dem Erich Schmidt Verlag in Berlin, der den Mut hatte, eine zweite Auflage des USA-Lexikons anzustoßen. Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlags war stets unkompliziert und auch menschlich sehr angenehm. Ein besonderer Dank gilt, stellvertretend für den ganzen Verlag, Frau Dr. Carina Lehnen und Frau Sabine Valipour.

Frühjahr 2013, München und Frankfurt am Main
Christof Mauch und Rüdiger Wersich

Hinweise für Benutzerinnen und Benutzer

1. Die Stichwörter stehen in alphabetischer Reihenfolge mit ihrer amerikanischen Bezeichnung.
2. Ist nur die Abkürzung eines Stichworts bekannt, ist der vollständige Begriff zuerst im Abkürzungsverzeichnis nachzuschlagen. Beispiel: *NAACP* steht unter *National Association for the Advancement of Colored People*.
3. Das Register vereint englische und deutsche Sachbegriffe und Personennamen. Es verweist auf den jeweiligen Lexikoneintrag und dessen Seitenangabe, unter dem die Begriffe und Namen zitiert sind.
4. In Artikeln enthaltene Begriffe, die als eigenständiges Stichwort abgehandelt werden, sind durch einen Verweisfeil „↗“ und Kursivdruck hervorgehoben. Beispiel: „In der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei (↗ *Abolitionism*) wurde ...“.
5. Auf verwandte Stichwörter aus dem sachlichen Umfeld wird am Schluss des Textes verwiesen.
6. Nachschlagewerke und übergreifende Untersuchungen erscheinen in der Regel nicht in den Literaturhinweisen jedes einschlägigen Stichworts, sondern in der Auswahlbibliographie im Anhang.
7. Institutionen und Organisationen finden sich nicht als Lexikoneinträge, sondern – mit knapper Erläuterung und unter Angabe der jeweiligen Homepage – in einem separaten „Verzeichnis wichtiger Institutionen und Webseiten“ im Anhang.
8. Das USA-Lexikon erscheint in einer Druckversion und als E-Book sowie, in erweiterter Fassung, als umfangreiche Datenbank:
www.USA-LEXIKONdigital.de.
Gegenüber dem Printwerk beinhaltet die Datenbank zusätzliche Materialien und digitale Verzeichnisse. Die schnelle Volltextsuche ermöglicht zudem, Schlüsselbegriffe zu bestimmten Themenkomplexen schnell aus dem Gesamtwerk herauszufiltern.
Darüber hinaus ist der Erwerb von einzelnen Beiträgen möglich.

Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A–Z

A

Abolitionism 59
Adventists 60
Advertising 61
Affirmative Action 63
African Americans 68
Agriculture 73
Air transport 77
Alabama 81
Alaska 82
Aleutians 83
American Dream 84
American English 86
American Football 92
American Forces Network (AFN) 94
American Jewish Committee (AJC) 95
American Jewish Congress (AJC) 96
American Legion 97
American occupation of Germany 99
American Red Cross (ARC) 101
American Revolution 102
American Security Council (ASC) 105
American Studies 106
Americanization 111
Americans for Democratic Action (ADA) 113
AmeriCorps 114
Amish Mennonites 115
Anarchism 117
Antiamericanism 119
Anticommunism 121
Anti-Defamation League (ADL) 122
Antisemitism 123
ANZUS-Pact 125
Archaeology 126
Architecture 128
Arizona 132
Arkansas 134
Arms control 135
Art 142
Asian Americans 147
Atlanta 150

Atlantic Charter 152

Atomic bomb 153

Automobile 155

Awakenings 161

B

Baby-boom generation 165
Banking and finance 166
Baptists 168
Barbie 169
Baseball 170
Basketball 172
Berlin crises 174
Bill of Rights 175
Black nationalism 176
Black Power 178
Blue jeans 179
Blues 180
Boston 182
Bretton Woods System 184
Budget 186
Burden sharing 188

C

California 190
Capital punishment 191
Capitalism 195
Caribbean culture 197
Catholics 199
Census 202
Central Intelligence Agency (CIA) 203
Chamber of Commerce of the USA 205
Checks and balances 207
Chemical and biological weapons 209
Chicago 211
Christian Right 213
Christian Science 215
Church and state 217
Citizenship 219
City planning 221
Civil disobedience 224
Civil liberties 225

Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A–Z

Civil religion 227
Civil rights 228
Civil War 231
Climate 233
Clubs 236
Coca-Cola 237
Cold War 238
Colleges and universities 244
Color line 247
Colorado 249
Comics 250
Communist Party of the United States of America (CPUSA) 252
Communitarianism 254
Confederate States of America (CSA) 256
Congregationalists 257
Congress 259
Congress of Racial Equality (CORE) 265
Congressional support system 266
Connecticut 267
Conscientious objection (CO) 268
Consensus politics 270
Conservation 271
Conservatism 273
Conspiracy theories 276
Constitution 278
Consumer culture 281
Corporate ethics 285
Council on Foreign Relations (CFR) 286
Counterculture 287
Country clubs 290
Country music 291
Cowboy 293
Creationism 295
Credit cards 296
Crime 297
Cuban missile crisis 303

D

Dance 306
Dawes Plan and Young Plan 309
Declaration of Independence 311

Defense 312
Delaware 316
Democratic Party 317
Denazification 320
Design 322
Direct democracy 324
Disability rights 326
Dollar 327
Drugs 329
Due process of law 331
Dust Bowl 334

E

Economy 337
Education 343
Elections 348
Enemy aliens 354
Energy 355
Environmental economy 359
Environmental Protection Agency (EPA) 361
Environmentalism 362
Episcopalianism 364
Equal protection of the laws 365
Equal Rights Amendment (ERA) 367
Eskimos 369
Ethnic groups 371
Evangelicalism 374
Exile 375

F

Factory outlets 378
Fair Deal 379
Family 380
Farmers' Revolt 382
Fast food 383
Federal Bureau of Investigation (FBI) 385
Federal Communications Commission (FCC) 387
Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) 388
Federal Emergency Management Agency (FEMA) 389
Federal Reserve System (FRS) 390

Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A–Z

Federal Trade Commission (FTC) 392
Federalism 393
Federalist Papers 397
Feminism 398
Film 400
Firefighters 407
First ladies 409
Florida 410
Folk music 411
Folklore 413
Food 415
Fordism 420
Foreign affairs 422
Foreign Service 432
Foreign trade 433
Forestry 438
Foundations 440
Franchising 442
Fraternal societies 443
Fraternization 445
Freedom of Information Act (FOIA) 446
Freemasons 447
Freethinkers 449
Frontier 450
Fulbright Program 451
Fundamentalism 452

G

Gambling 456
Gated communities 457
Gays and lesbians 458
Generation X 460
Gentrification 461
Georgia 465
German American Bund 466
German American relations 467
German Americans 471
German Studies 477
Ghetto 479
GI Bill of Rights 481
Gilded Age 482
Great Depression 484
Great Society 485
Guantánamo 487

Gulf wars 489
Gun control 491

H

Habeas corpus 494
Harlem Renaissance 495
Harley-Davidson 496
Hawaii 497
Health 499
Hells Angels 503
High tech 504
Highways 507
Hip Hop 508
Hispanics 509
History 513
Holidays 520
Hollywood 521
Homeland Security 523
Homelessness 525
House Un-American Activities Committee (HUAC) 526
Housing 527
Human rights 531
Humor 533
Hutterites 535

I

Idaho 537
Illinois 538
Immigration 539
Impeachment 544
Imperialism 546
Income distribution 548
Indentured servitude 550
Independence Day 551
Indiana 552
Individualism 553
Industry 555
Intellectuals 562
Intelligence 566
Inter-American affairs 569
International finance 575
Internet 579
Interstate Commerce Commission (ICC) 582

Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A–Z

Iowa 583
Iran-Contra affair 584
Isolationism 586
Ivy League 587

J

Jazz 589
Jews 592
John Birch Society (JBS) 595
Joint venture 597
Journalism 598
Judicial review 601
Jurisdiction 603
Jury system 605

K

Kansas 607
Kentucky 608
Keynesian economics 609
Kindergarten 611
Kinsey Reports 613
Korean War 614
Ku Klux Klan (KKK) 616

L

Labor relations 618
Labor unions 622
Law 625
League of Nations 629
League of Women Voters (LWV) 630
Liberalism 631
Libertarianism 633
Library of Congress (LoC) 634
Literature 635
Lobbying 647
Local government 650
Los Angeles 652
Louisiana 654
Loyalty 656
Lutherans 658

M

Magazines 660
Maine 662
Management 663

Manifest Destiny 666
Marshall Plan 667
Maryland 670
Massachusetts 671
McCarthyism 672
Meat industry 674
Media 675
Medicaid 682
Medicare 683
Melting Pot 684
Methodists 686
Michigan 688
Midwest 689
Migration 691
Military 693
Military-Industrial Complex 698
Minimum wage 701
Minnesota 702
Minorities 703
Minstrelsy 706
Missile defense 708
Mississippi 709
Missouri 710
Monetarism 711
Monroe Doctrine 714
Montana 715
Morgenthau Plan 716
Mormons 717
Motels 719
Muckrakers 721
Multiculturalism 722
Music 727
Musicals 734
Muslims 737

N

National Aeronautics and Space
Administration (NASA) 741
National anthem 742
National Association for the
Advancement of Colored People
(NAACP) 743
National Endowment for the Arts
(NEA) 745
National forests 746

Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A–Z

National Geographic Society
(NGS) 748
National identity 749
National Organization for Women
(NOW) 750
National parks 752
National security 754
National Security Council (NSC) 756
National wildlife refuges 759
Nationalism 761
Native Americans 763
Nativism 774
Natural catastrophes 776
Natural resources 778
Nazi parties 780
Nebraska 783
Neighborhood 784
Neoconservatism 786
Neoliberalism 788
Neutrality 789
Nevada 791
New Age 792
New Deal 793
New Hampshire 796
New Jersey 797
New Left 797
New Mexico 800
New Orleans 800
New Right 803
New School for Social Research 805
New towns 806
New World Order 807
New York 808
New York City 810
News agencies 813
Newspapers 815
Nonproliferation 817
North American Free Trade Agreement
(NAFTA) 819
North Atlantic Treaty Organization
(NATO) 822
North Carolina 824
North Dakota 825
Nuclear power 826

O

Occupational Safety and Health
Administration (OSHA) 829
Ohio 830
Oil industry 831
Oklahoma 833
Old age 834
Oregon 837
Organization of American States
(OAS) 838

P

Parks 841
Peace Corps 843
Peace movements 844
Pearl Harbor 846
Pennsylvania 847
Pentecostals 849
Philadelphia 850
Philosophy 852
Photography 856
Pledge of Allegiance to the Flag 859
Police 860
Political Action Committees
(PACs) 861
Political correctness 864
Political culture 866
Political parties 868
Political rhetoric 872
Political system 874
Popular culture 877
Population 879
Populism 883
Poverty 885
Presbyterians 887
Presidency 888
Presidential libraries 893
Prisons 894
Progressivism 896
Protectionism 900
Public interest groups (PIGs) 903
Public lands 904
Public opinion 906
Puerto Rico 907
Pugwash Conferences 908

Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A–Z

Pulitzer Prizes 909

Puritanism 910

Q

Quakers 913

Quality of life 914

R

Race relations 917

Radio 919

Radio Free Europe (RFE) and Radio
Liberty (RL) 922

Radio in the American Sector
(RIAS) 923

Railroads 924

Rainbow Coalition 927

Ranching 928

Reaganomics 929

Reconstruction 930

Red Scare 932

Re-education 934

Refugees 935

Regionalism 937

Regulatory agencies 939

Religion 941

Republican Party 948

Republicanism 951

Retirement communities 952

Rhode Island 953

Rivers 954

Roads 956

Roaring Twenties 957

Rock music 960

S

Salsa 964

San Francisco 965

Science 967

Scientology 970

Scouts 971

Securities and Exchange Commission
(SEC) 973

Segregation 975

Shakers 977

Sheriff 978

Shopping malls 979

Silicon Valley 981

Skyscraper 982

Slavery 984

Smithsonian Institution 987

Soap opera 988

Soccer 990

Social Darwinism 991

Social security 993

Socialism 996

Soil 1000

Sororities and fraternities 1001

South 1003

South Carolina 1006

South Dakota 1008

Southern Christian Leadership
Conference (SCLC) 1009

Space programs 1010

Sports 1014

Sputnik shock 1020

Stars and Stripes 1021

State parks 1022

States' rights 1023

Statue of Liberty 1024

Steel industry 1025

Suffrage 1027

Summer camps 1029

Supreme Court 1030

T

Taxation 1034

Teamsters 1036

Technological development 1037

Televangelists 1039

Television 1041

Temperance 1045

Tennessee 1050

Tennessee Valley Authority
(TVA) 1052

Territories 1053

Terrorism 1055

Texas 1062

Theater 1063

Theme parks 1068

Think tanks 1070

Verzeichnis der Schlüsselbegriffe A-Z

Third parties 1071
Tobacco 1074
Torture 1076
Township 1078
Trilateral Commission 1080
Trucking 1081
Trusts 1082

U

Uncle Sam 1084
Unemployment 1084
Unitarianism 1086
United Auto Workers (UAW) 1088
United States Army Corps of Engineers
(USACE) 1090
United States Information Agency
(USIA) 1091
United States Institute of Peace
(USIP) 1093
Urbanization and suburbanization 1093
Utah 1098
Utopian communities 1099

V

Vermont 1102
Vietnam Syndrome 1103
Vietnam War 1104
Violence 1108
Virginia 1110
Voice of America (VOA) 1111
Volunteerism 1112
Voting 1114

W

Wall Street 1118
War powers 1119
Washington 1121
Washington, D. C. 1122
Watergate affair 1125
Welfare state 1126
West 1130
West Virginia 1131
White Anglo-Saxon Protestants
(WASPs) 1133
Wilderness 1133
Wilsonianism 1135
Wisconsin 1136
Women 1137
Women's Studies 1142
World Trade Organization
(WTO) 1144
Wyoming 1146

Y

Young Men's Christian Association
(YMCA) 1148
Young Women's Christian Association
(YWCA) 1148
Youth culture 1149
Yuppie 1151

Z

Zoning 1153

Verzeichnis der Schaubilder und Grafiken

- Das Verfassungssystem der USA ↗ *Checks and balances* 207
- Der amerikanische Bürgerkrieg ↗ *Civil War* 231
- Der Kongress ↗ *Congress* 260
- Wechselkurse ↗ *Dollar* 328
- Die Wahl des US-Präsidenten ↗ *Elections* 349
- Kongresswahlen in den USA ↗ *Elections* 351
- Ethnische Zusammensetzung der US-Bevölkerung ↗ *Ethnic groups* 372
- Das globale Handelsnetz ↗ *Foreign trade* 435
- Legale Einwanderung in den USA ↗ *Immigration* 541
- Im Ausland geborene Bevölkerung der USA ↗ *Immigration* 542
- Impeachment ↗ *Impeachment* 544
- Mittleres Einkommen der amerikanischen Haushalte ↗ *Income distribution* 549
- European Recovery Program – ERP ↗ *Marshall Plan* 668
- Welt-Militärausgaben ↗ *Military-Industrial Complex* 699
- Frühe Indianerkulturen Nordamerikas ↗ *Native Americans* 769
- North American Free Trade Agreement (NAFTA) ↗ *North American Free Trade Agreement (NAFTA)* 821
- Parteienentwicklung in den USA ↗ *Political parties* 871
- Bevölkerung der USA ↗ *Population* 880
- Bevölkerungsentwicklung in den USA ↗ *Population* 882
- Der Präsident ↗ *Presidency* 890
- Die Religionszugehörigkeit der Amerikaner ↗ *Religion* 947
- Territoriale Entwicklung der USA ↗ *Territories* 1054
- Arbeitslosigkeit in den USA ↗ *Unemployment* 1085
- Die 20 größten urbanen Ballungszentren ↗ *Urbanization and suburbanization* 1096

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Prof. Dr. Thomas **Adam**, University of Texas, Arlington
- Claudia **Agne**, M. A., LMU München
- Prof. Dr. Volker **Albrecht**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Manfred **Berg**, Universität Heidelberg
- Florian **Böller**, M. A., TU Kaiserslautern
- Prof. Dr. Michael **Bothe**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Dorothee **Brantz**, TU Berlin
- PD Dr. Hans Günter **Brauch**, FU Berlin
- Prof. Dr. Heike **Bungert**, WWU Münster
- Josefine **Carls**, M. A., Offenbach
- Prof. Dr. Christof **Decker**, LMU München
- Dr. Matthias **Dembinski**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Volker **Depkat**, Universität Regensburg
- Prof. Dr. Horst **Dippel**, Universität Kassel
- Prof. Dr. Sonja **Dümpelmann**, Harvard University, Cambridge, MA
- Prof. em. Dr. Rainer **Erd**, Hochschule Darmstadt
- Prof. Dr. Andreas **Falke**, FAU Erlangen-Nürnberg, Erlangen
- Prof. Dr. Norbert **Finzsch**, Universität zu Köln
- Prof. Dr. Rainer **Forst**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Lutz **Frühbrodt**, Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, Würzburg
- Felix J. **Fuchs**, LMU München
- Dr. Stephan **Fuchs**, Bonn
- Prof. Dr. Philipp **Gassert**, Universität Augsburg
- Dr. Oliver **Gnad**, Berlin und Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Daniel **Gossel**, FAU Erlangen-Nürnberg, Erlangen
- Prof. Dr. Bernd **Greiner**, Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg
- Prof. Dr. Franz **Greß**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- PD Dr. Thomas **Greven**, FU Berlin
- Andreas **Grieger**, M. A., LMU München
- Dr. Inge **Hacker**, Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Brigitte **Halford**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Prof. Dr. Olaf **Hansen**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Dr. Bärbel **Harju**, LMU München
- Prof. Dr. Wolfgang **Hochbruck**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Prof. Dr. Michael **Hochgeschwender**, LMU München
- Dr. Mischa **Honeck**, Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Alfred **Hornung**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Dr. Markus **Hünemörder**, LMU München
- Peter **Just**, M. A., LMU München

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Torsten **Kathke**, M. A.,
LMU München
- Prof. Dr. Hartmut **Keil**,
Universität Leipzig
- Prof. Dr. Christian **Kleinschmidt**,
Philipps-Universität Marburg
- Dr. Johannes **Kleinschmidt**, Bonn
- Prof. Dr. Hans-J. **Kleinsteuber** †,
Universität Hamburg
- Prof. Dr. Anne **Koenen**,
Universität Leipzig
- Prof. Dr. Helgard **Kramer**, FU Berlin
- Prof. Dr. Hartmut **Kreikebaum**,
European Business School,
Wiesbaden
- Prof. Dr. Wolfgang **Krieger**, Philipps-
Universität Marburg
- Prof. Dr. Christian **Lammert**,
FU Berlin
- Prof. Dr. Günter H. **Lenz** †,
Humboldt-Universität zu Berlin
- Dr. Charlotte **Lerg**, LMU München
- Ann-Katrin **Liebold**, LMU München
- Prof. Dr. Peter **Lösche**, Georg-August-
Universität Göttingen
- PD Dr. Uwe **Lübken**, LMU München
- Steven **Markusfeld**, Hannover
- Prof. Dr. Christof **Mauch**,
LMU München
- Prof. Dr. Margit **Mayer**, FU Berlin
- Dr. Stormy-Annika **Mildner**, Stiftung
Wissenschaft und Politik, Berlin
- Prof. Dr. Kay **Mitusch**, TU Berlin
- Dr. Sebastian **Mock**,
Universität Hamburg
- Angelika **Möller**, M. A.,
LMU München
- Prof. Dr. Jörg **Nagler**, Friedrich-
Schiller-Universität Jena
- Dr. Christopher **Neumaier**, Zentrum
für Zeithistorische Forschung,
Potsdam
- Christian **Orban**, M. A.,
Universität Erfurt
- Prof. Dr. Anke **Ortlepp**,
LMU München
- Prof. Dr. Berndt **Ostendorf**,
LMU München
- Prof. Dr. Rainer **Prätorius**, Helmut-
Schmidt-Universität, Hamburg
- Prof. Dr. Ursula **Prutsch**,
LMU München
- Prof. Dr. Wolfgang **Rathert**,
LMU München
- Dr. Andreas **Reichstein**, Hamburg
- Dr. Jean-Loup **Rousselot**, Staatliches
Museum für Völkerkunde, München
- Dr. Jakob **Schissler**, Goethe-
Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Dorothee **Schneider**,
University of Illinois, Urbana-
Champaign
- Dr. Söhnke **Schreyer**, Goethe-
Universität Frankfurt am Main
- Dr. Gisela **Schubert**, Frankfurt
am Main
- Prof. Dr. Moritz **Schularick**, Bonn
Graduate School of Economics
- Prof. Dr. Klaus **Schwabe**,
RWTH Aachen
- Dr. Anna **Schwan**, Hamburg
- Martin **Spenger**, M. A., LMU München
- Prof. Dr. Bernd **Stöver**,
Universität Potsdam
- Dr. Christoph **Strupp**,
Forschungsstelle für Zeitgeschichte,
Hamburg
- Dr. Rolf **Theis**, Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

PD Dr. Martin **Thunert**,
Universität Heidelberg

Gregory J. **Thwaite**, M. A., Auckland

Prof. Dr. Richard **Tilly**, WWU Münster

Prof. Dr. Gerhard **Trommer**, Goethe-
Universität Frankfurt am Main

PD Dr. Frank **Uekötter**, Deutsches
Museum, München

Prof. Dr. Corinna R. **Unger**,
Jacobs University, Bremen

Prof. Dr. Hans **Vorländer**,
TU Dresden

Dorothee **Wagner von Hoff**, M. A.,
LMU München

Prof. Dr. Michael **Wala**, Ruhr-
Universität Bochum

PD Dr. Britta **Waldschmidt-Nelson**,
Deutsches Historisches Institut,
Washington, D. C.

Karen **Weilbrenner** †, M. A.,
LMU München

Prof. Dr. Thomas **Welskopp**,
Universität Bielefeld

Dr. Uwe **Wenzel**, Buchenbach

Prof. Dr. Welf **Werner**,
Jacobs University, Bremen

Dr. Rüdiger B. **Wersich**, Goethe-
Universität Frankfurt am Main

Dr. Wibke **Westermeyer**, Georg-
Eckert-Institut, Braunschweig

Prof. Dr. Peter **Wicke**, Humboldt-
Universität zu Berlin

Prof. Dr. Cornelia **Wilhelm**, Emory
University, Atlanta

Abkürzungsverzeichnis

3M Company	Minnesota Mining and Manufacturing Company	Multi-Technologieunternehmen mit Hauptsitz in St. Paul
A&E	Arts & Entertainment Network	US-amerikanisches Satelliten- und Kabelnetzwerk
AA	Amalgamated Association of Iron and Steel Workers	gewerkschaftliche Vertretung der Stahlarbeiter, später mit der SWOC zu United Steelworkers vereinigt
A.A.	Associate of Arts	akademischer Abschluss (Junior College)
AAA	Agricultural Adjustment Act	Bundesgesetz für Agrarsubventionen (New Deal)
AAA	American Automobile Association	größter amerikanischer Automobilclub; auch Triple A genannt
AAACE	American Association for Adult and Continuing Education	Gesellschaft für Erwachsenen- und Weiterbildung
AAAE	American Association for Adult Education	Seniorenvereinigung
AARP	American Association of Retired People	Vereinigung der Pensionäre, Lobby-Organisation
AAVE	African American Vernacular English	afroamerikanisches Englisch
ABA	American Bar Association	Vereinigung von Richtern, Rechtsanwälten und Studierenden der Rechtswissenschaft
ABA	American Basketball Association	Amerikanischer Basketballbund
ABC	American Broadcasting Company	Rundfunkanstalt (1943); seit 1948 auch Fernsehanbieter
ABC	American-born Chinese	in den USA geborene Chinesen
ABC	Audit Bureau of Circulation	Organisation zur Erfassung der Verbreitung von Printmedien
ABM	Anti-Ballistic Missile Treaty	Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (1972)
ACA	American Camp Association	Verband der Ferienlagerbetreiber
ACC	Alaska Commercial Company	Einzelhandelsgesellschaft Alaskas
ACEI	Association for Childhood Education International	Nachfolger der IKU
ACLU	American Civil Liberties Union	Nichtregierungsorganisation für Bürgerrechtsfragen

Abkürzungsverzeichnis

ACORN	Association of Community Organizations for Reform Now	Dachverband von lokalen Hilfsorganisationen
ACS	American Colonization Society	Gesellschaft zur Rücksiedlung amerikanischer Sklaven nach Afrika (1816)
ADA	Americans for Democratic Action	Amerikaner für demokratisches Handeln (Linksliberale Demokraten)
ADA	Americans with Disabilities Act	Bürgerrechtsgesetz für Menschen mit Behinderungen
ADEA	Age Discrimination in Employment Act	Gesetz zur Verhinderung der Diskriminierung Älterer am Arbeitsplatz
ADL	Anti-Defamation League	jüdische Bürgerrechtsorganisation
AEC	United States Atomic Energy Commission	Atomenergiekommission
AEDPA	Antiterrorism and Effective Death Penalty Act of 1996	nach dem Anschlag in Oklahoma City (1995) erlassenes Gesetz zum Habeas-Corpus-Prinzip
AEF	American Expeditionary Forces	amerikanische Truppen des Ersten Weltkriegs in Übersee
AEI	American Enterprise Institute for Public Policy Research	Denkfabrik der Neokonservativen
AFC	American Football Conference	konstituiert mit der NFC die NFL
AFDC	Aid to Families with Dependent Children	ehemaliges Bundeshilfsprogramm für einkommensschwache Familien mit Kindern
AFISRA	Air Force Intelligence, Surveillance and Reconnaissance Agency	Geheimdienst der US-Luftwaffe
AFL	American Federation of Labor	Gewerkschaftsdachverband
AFL	American Football League	ehemalige Football-Profiliga
AFL-CIO	American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations	größter Dachverband amerikanischer Gewerkschaften
AFN	American Forces Network	Rundfunk und Fernsehen der amerikanischen Streitkräfte außerhalb der USA
AFP	Agence France-Presse	bedeutende französische Nachrichtenagentur
AF&PA	American Forest and Paper Association	Verband der Forstindustrie
AGOA	African Growth and Opportunity Act	Entwicklunghilfeprogramm der USA für ausgewählte Länder Subsahara-Afrikas
AHA	American Historical Association	wissenschaftliche Fachgesellschaft im Bereich der Geschichtswissenschaften (1884)
AHA	American Humanist Association	Vereinigung zur Förderung des Humanismus

Abkürzungsverzeichnis

AHR	American Historical Review	Fachzeitschrift der Geschichtswissenschaften
AICP	Association for Improving the Condition of the Poor	Hilfsorganisation zur Verbesserung der Lebenssituation der Armen in New York City (1834)
AID	Agency for International Development	Amt für internationale Entwicklungshilfe (im Außenministerium)
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome	durch den HI-Virus hervorgerufene Immunschwächekrankheit
AIM	American Indian Movement	Interessenorganisation der nordamerikanischen Indianer
AJC	American Jewish Committee	Amerikanisches Jüdisches Komitee
AJC	American Jewish Congress	Amerikanischer Jüdischer Kongress
AL	American League	reformorientierte, professionelle Baseball-Liga; bildet gemeinsam mit der NL die MLB
AL	American Legion	nationale Vereinigung von Kriegsveteranen
ALA	American Legion Auxiliary	Unterorganisation der American Legion für Frauen
ALBA	Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América	venezolanisches Gegenmodell zum Freihandelsabkommen (FTAA) unter Führung der USA
AMA	American Medical Association	Standesvertretung von Ärzten und Studierenden der Medizin
AME	African Methodist Episcopal Church	christliche Kirche in methodistischer Tradition für Afroamerikaner
AMF	American Machine and Foundry	ehemaliger Maschinenhersteller und Gießerei
AMPAS	Academy of Motion Picture Arts and Sciences	Organisation zur Förderung der Kunst und Wissenschaft des Films (Academy Awards)
ANRC	American National Red Cross	Amerikanisches Rotes Kreuz
ANSA	Assistant to the President for National Security Affairs	Sicherheitsberater des Präsidenten
ANWR	Arctic National Wildlife Refuge	nationales Naturschutzgebiet in Alaska
ANZUS	Australia, New Zealand, United States Security Treaty	ANZUS-Pakt; Militärbündnis zwischen Australien, Neuseeland und den USA
AOL	American Online	amerikanischer Onlinedienst
AOSB	American Opinion Speakers Bureau	Einrichtung der John Birch Society zur Organisation von Vortragsveranstaltungen
AP	Associated Press	bedeutende amerikanische Nachrichtenagentur

Abkürzungsverzeichnis

APA	American Psychiatric Association	weltweit einflussreiche Vereinigung der Psychiater und Psychiater in Ausbildung
API	American Paper Institute	Wirtschaftsverband der Papierindustrie; seit 1993 Teil der American Forest & Paper Association
APTV	Associated Press Television News	Video-Nachrichtenagentur der AP
ARA	Area Redevelopment Administration	Landschaftsneugestaltungsbehörde
ARC	American Red Cross	Amerikanisches Rotes Kreuz
ARC	Appalachian Regional Commission	New-Deal-Programm zur Förderung der Wirtschaft und Lebensqualität in West Virginia
ARPANET	Advanced Research Projects Agency Network	Vorläufer des Internet
ARRA	American Recovery and Reinvestment Act	Bundesgesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise (2009)
ARU	Armed Resistance Unit	militante Splittergruppe der Weather Underground Organisation
A.S.	Associate of Science	akademischer Abschluss (Junior College)
ASC	American Security Council	Amerikanischer Sicherheitsrat (Rüstungslobby)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	internationale Organisation südostasiatischer Staaten
ASM	American Society of Muslims	Nachfolgeorganisation der Nation of Islam
ASRC	Arctic Slope Regional Corporation	Verwaltung des Eskimolandes und -kapitals in Alaska
ASU	American Student Union	ehemalige sozialistische Studierendenorganisation der USA
AT&T	American Telephone and Telegraph Corporation	Telefongesellschaft (Fernmeldewesen und Telekommunikation)
ATF	Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives	Bundesbehörde des DOJ; zuständig für Alkohol, Tabak, Waffen und Sprengstoffe
Attac	Association for the Taxation of Financial Transactions and for Citizens' Action	globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation
AWACS	Airborne Early Warning and Control System	luftgestütztes Frühwarn- und Kontrollsystem
AWS	Association for Women Students	Vereinigung weiblicher Studierender
B.A .	Bachelor of Arts	akademischer Abschluss (College)

Abkürzungsverzeichnis

BAE	Bureau of American Ethnology	ethnologische Forschungseinrichtung der Smithsonian Institution
BAMN	Coalition to Defend Affirmative Action, Integration & Immigrant Rights and Fight for Equality By Any Means Necessary	Bürgerrechtsorganisation
BART	Bay Area Rapid Transit	öffentliches Nahverkehrssystem in der Region um San Francisco
BBC	British Broadcasting Corporation	britische Rundfunkanstalt
BBG	Broadcasting Board of Governors	Behörde für internationale nicht-militärische Hörfunk- und Fernsehprogramme der US-Regierung
B.C.	Before Christ	vor Christi Geburt
BEA	Bureau of Economic Analysis	Unterbehörde des Department of Commerce
BET	Black Entertainment Television	Kabelfernsehsender im Besitz von Viacom mit afroamerikanischer Zielgruppe
BIA	Bureau of Indian Affairs	Behörde für Angelegenheiten der Native Americans
BLA	Black Liberation Army	nationalistisch-marxistische Untergrundgruppe, abgespalten von der Black Panther Party
BLM	Bureau of Land Management	Behörde des Innenministeriums zur Verwaltung öffentlichen Landes
BMDO	Ballistic Missile Defense Organization	Weiterführung der SDIO
BMG	Bertelsmann Music Group	Musikverlag der Bertelsmann AG
BOI	Bureau of Investigation	Vorgängerorganisation des FBI
BPP	Black Panther Party	afroamerikanische linke politische Organisation
B.S.	Bachelor of Sciences	akademischer Grad
BSA	Boy Scouts of America	Dachverband der amerikanischen Pfadfinder
BWA	Baptist World Alliance	Baptistischer Weltbund
BWC	Biological Weapons Convention	UN-Konvention über das Verbot von Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen und Toxinwaffen sowie über deren Vernichtung (1971)
BYU	Brigham Young University	Mormonische konfessionelle Universität in Provo, Utah
CAA	Clean Air Act	Gesetz zur Verminderung von Luftverschmutzung (1963)

Abkürzungsverzeichnis

CAD	Computer-aided design	computergestütztes Zeichnen, Planen und Konstruieren
CAFE	Corporate Average Fuel Economy	nach Marktanteilen eines Fahrzeugherstellers gewichteter Flottenkraftstoffverbrauch
CAFTA-DR	Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement	zentralamerikanisches Freihandelsabkommen
Caltech	California Institute of Technology	Forschungsuniversität in Pasadena, Kalifornien
CARE	Cooperative for Assistance and Relief Everywhere	eine der größten weltweit operierenden privaten Hilfsorganisationen
CBI	Caribbean Basin Initiative	Entwicklungsinitiative für Staaten Zentralamerikas und der Karibik (1983)
CBN	Christian Broadcasting Network	christliches Radio- und Fernsehnetzwerk (1960)
CBO	Congressional Budget Office	Institution der Legislative zur Haushaltsplanung
CBP	United States Customs and Border Protection	Zoll- und Grenzschutzbehörde
CBS	Columbia Broadcasting System	nationaler Rundfunkanbieter; einer der Wegbereiter des Fernsehens in den USA
CBSA	Core Based Statistical Area	vom OMB definierte statistische Region
CCA	Corrections Corporation of America	größter privater Betreiber von Gefängnissen
CCC	Civilian Conservation Corps	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur Verwirklichung öffentlicher Infrastrukturprojekte (New Deal)
CCCC	Conservative Congregational Christian Conference	Dachverband kongregaler Kirchengemeinden
CCF	Congress for Cultural Freedom	Kongress für kulturelle Freiheit
CDC	Centers for Disease Control and Prevention	Behörde zum Schutz der öffentlichen Gesundheit
CDI	Custodial Detention Index	FBI-Programm zur Identifizierung von Landesfeinden
CEA	Council of Economic Advisers	Sachverständigenrat für Wirtschaft des Präsidenten
CEDAW	Convention on the Elimination of Discrimination against Women	Frauenrechtskonvention
CEEC	Committee for European Economic Cooperation	als Teil des Marshallplans gegründetes Komitee für Wirtschaftskooperation; Vorläufer des OEEC

Abkürzungsverzeichnis

CEPAL	Comisión Económica para América Latina	UN-Wirtschaftsorganisation für Lateinamerika und die Karibik (siehe ECLA)
CFE	Conventional Forces in Europe Treaty	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
CFIUS	Committee on Foreign Investment in the United States	Ausschuss zur Überprüfung von Auslandsinvestitionen
CFR	Council on Foreign Relations	Rat für Auswärtige Beziehungen
CIA	Central Intelligence Agency	Geheimdienst für Auslandsaufklärung
CIA	Culinary Institute of America	renommierte Gastronomieschule in New York City
CICTE	Comité Interamericano contra el Terrorismo (Inter-American Committee against Terrorism)	Organisation der OAS zur Bekämpfung des Terrorismus
CIES	Council for International Exchange of Scholars	Komitee für internationale akademische Austauschprogramme (Fulbright u.a.)
CIG	Central Intelligence Group	Vorgängerorganisation der CIA
CIO	Congress of Industrial Organizations	Gewerkschaftsdachverband; später mit AFL zu AFL-CIO zusammengeschlossen
CJCS	Chairman of the Joint Chiefs of Staff	Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs im Pentagon
CLP	Communist Labor Party of America	Vorgängerpartei der CPUSA
CMOs	Congressional Member Organizations	Zusammenschlüsse von Mitgliedern des US-Kongresses
CNBC	Consumer News and Business Channel	amerikanischer Satelliten- und Kabelfernsehsender
CNN	Cable News Network	amerikanischer Kabelfernsehsender für Nachrichten
CNVA	Committee for Nonviolent Action	pazifistische Protestorganisation gegen Atomwaffen
CO	Certifying Organization	auszeichnungsberechtigte Organisation; insbesondere im Rahmen des PVSA
CO	Conscientious Objection	Kriegsdienstverweigerung
COINTELPRO	Counter Intelligence Program	Gegenspionageprogramm des FBI
CORE	Congress of Racial Equality	afroamerikanische Bürgerrechtsorganisation
CoS	Chief of Staff	ranghöchster Mitarbeiter z.B. im Weißen Haus
CPA	Communist Party of America	Vorgängerpartei der CPUSA

Abkürzungsverzeichnis

CPAC	Conservative Political Action Conference	Jahreskonferenz konservativer Aktivisten und Politiker
CPB	Corporation for Public Broadcasting	Regierungsorganisation zur Förderung öffentlich-rechtlichen Fernsehens
CPD	Committee on the Present Danger	konservative Interessengruppe für Außenpolitik; Rüstungsbefürworter
CPUSA	Communist Party of the United States of America	Kommunistische Partei der USA
CRALOG	Council of Relief Agencies Licensed to Operate in Germany	Nichtregierungsorganisation zur Bereitstellung von Hilfsgütern in Europa (1946–1962)
CRC	Civil Rights Commission / Commission on Civil Rights	Kommission zur Sicherung der Bürgerrechte
CRP	Conservation Reserve Program	freiwilliges Schutzprogramm landwirtschaftlicher Ressourcen (Farm Service Agency)
CRS	Congressional Research Service	Wissenschaftlicher Dienst des US-Kongresses
CRV	Committee of Returned Volunteers	Vereinigung ehemaliger freiwilliger Entwicklungshelfer
CSA	Confederate States of America	Konföderierte Staaten von Amerika
CSA	Controlled Substance Act	Drogengesetzgebung (1970)
CSA	The Covenant, The Sword, and the Arm of the Lord	militanter Arm der „Christian Identity“-Gruppierungen der 1970er und 1980er Jahre
CSI	Crime Scene Investigation	forensische Untersuchung eines Tatorts
CSIS	Center for Strategic and International Studies	regierungsnahe Denkfabrik
CSM	Christian Science Monitor	internationale Tageszeitung der Church of Christ, Scientist (1908)
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty	Kernwaffenteststopp-Vertrag
CTR	Cooperative Threat Reduction Program	US-Programm zur Ausfindigmachung und Entschärfung von Massenvernichtungswaffen in ehemals sowjetischen Staaten (1992)
CW	The CW Network	Fernsehnetzwerk; C und W beziehen sich auf dessen Besitzer CBS und Warner Brothers
CWA	Clean Water Act	Wasserschutzgesetz (1972)
CWA	Concerned Women for America	konservative christliche Frauenorganisation
CWS	College World Series	jährliches College-Baseball-Turnier
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst	
DARPA	Defense Advanced Research Projects Agency	Behörde zur Durchführung militärischer Forschungsprojekte

Abkürzungsverzeichnis

D.C.	District of Columbia	Bundesdistrikt, in dem die Hauptstadt Washington liegt
DC-5	District of Columbia 5	Gruppe der fünf einflussreichsten Think Tanks in Washington, D. C.
DCA	Ronald Reagan Washington National Airport	Ronald Reagan National Airport in Washington, D. C.
DCI	Director of Central Intelligence	oberster Direktor der CIA, seit 2005 Director of National Intelligence, d. h. Direktor aller US-Nachrichtendienste
DDJ	Deacons for Defense and Justice	bewaffnete afroamerikanische Bürgerrechtsorganisation
DDT	Dichlorodiphenyltrichloroethane	Insektizid
DEA	Drug Enforcement Administration	Behörde zur Bekämpfung illegaler Drogenherstellung und -verbreitung
DFL	Democratic-Farmer-Labor Party	Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei in Minnesota
DHS	Department of Homeland Security	Heimatschutzbehörde
DI	Directorate of Intelligence	eine der vier Hauptabteilungen der CIA
DIA	Defense Intelligence Agency	militärischer Nachrichtendienst der USA
DJ	Disc Jockey	Diskjockey
DMA	Designated Market Area	Unterteilung eines Marktes in verschiedene regionale Märkte
DNA	Deoxyribonucleic acid	Desoxyribonukleinsäure (DNS)
DNI	Director of National Intelligence	Direktor der US-Intelligence Community (IC)
DOD	United States Department of Defense	Verteidigungsministerium
DOE	United States Department of Energy	Energieministerium
DOJ	United States Department of Justice	Justizministerium
DOMA	Defense of Marriage Act	Eheschutzgesetz; Verbindung von Mann und Frau
DOS	United States Department of State	Außenministerium
DS	Directorate of Support	eine der vier Hauptabteilungen der CIA
DS&T	Directorate of Science and Technology	eine der vier Hauptabteilungen der CIA

Abkürzungsverzeichnis

DSA	Democratic Socialists of America	Sozialdemokratische Partei der 1980er Jahre
DY	Declare Yourself	Organisation zur Förderung der Wählerregistrierung
EAC	Election Assistance Commission	unabhängige Behörde zur Unterstützung der Wählerregistrierung
ECA	Economic Cooperation Administration	Bundesbehörde zur Durchführung des Marshallplans
ECLA	Evangelical Lutheran Church in America	Evangelisch-lutherische Kirche
ECLA	United Nations Economic Commission for Latin America	UN-Wirtschaftsorganisation für Lateinamerika und die Karibik (siehe CEPAL)
EEOC	Equal Employment Opportunity Commission	Kommission der Bundesregierung für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt
EIS	European Interceptor Site	Teil eines geplanten US-Raketenabwehrprogramms in Polen
EITC	Earned Income Tax Credit	staatliche Lohnsubvention für Geringverdiener
ELF	Earth Liberation Front	Front zur Befreiung der Erde; militante Umweltorganisation
ELS	Evangelical Lutheran Synod	evangelisch-konservative lutherische Synode in Minnesota
EMTALA	Emergency Medical Treatment and Active Labor Act	Bundesgesetz, das Krankenhäuser zu Notfallhilfe, auch ohne Krankenversicherung, verpflichtet
EOP	Executive Office of the President	Beraterstab des Präsidenten
EPA	Environmental Protection Agency	Bundesumweltschutzbehörde
EPCOT	Experimental Prototype Community of Tomorrow	Teil von Disneyworld Florida
ERA	Equal Rights Amendment	Zusatzartikel zur Verfassung zur Gleichberechtigung (nicht ratifiziert)
ERP	European Recovery Program, Marshall Plan	Wiederaufbau-Programm für Europa nach Ende des Zweiten Weltkriegs (Marshallplan)
ESA	Endangered Species Act	Artenschutzgesetz
ESA	European Space Agency	Europäische Weltraumorganisation
ESEA	Elementary and Secondary Education Act	Bundesgesetz für Bildung (1965); Teil von Präsident Johnsons Great Society-Programm
ESOP	Employee Stock Ownership Plan	Belegschaftsaktien
ESPN	Entertainment and Sports Programming Network	US-amerikanischer Kabelfernsehsender für Sportübertragungen

Abkürzungsverzeichnis

ESTA	Electronic System for Travel Authorization	elektronisches System zur Beantragung einer Einreisegenehmigung ohne Visum
ETRC	Educational Television and Radio Center	ehemaliger öffentlich-rechtlicher Fernsehsender; seit 1963 National Educational Television (NET)
EU	European Union	Europäische Union
ExComm	Executive Committee	Beratungsausschuss Kennedys während der Kuba-Krise
ΦBK	Honor society Phi Beta Kappa	akademische Vereinigung Phi Beta Kappa
FAO	Food and Agriculture Organization	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN
FBC	Fox Broadcasting Company	kommerzielles Fernsehnetzwerk
FBI	Federal Bureau of Investigation	Bundeskriminalamt
FBN	Federal Bureau of Narcotics	Bundesamt für Betäubungsmittel
FCC	Federal Communications Commission	Bundesaufsichtskommission für das zwischenstaatliche Kommunikationswesen
FCCP	Office of Federal Contract Compliance Program	Unterbehörde des Arbeitsministeriums
FDA	Food and Drug Administration	Bundesbehörde für Lebensmittelüberwachung und Arzneimittelzulassung
FDIC	Federal Deposit Insurance Corporation	Bundeseinlagenversicherungsbehörde für Geschäftsbanken
FEMA	Federal Emergency Management Agency	Bundesbehörde für Katastrophenhilfe
FEPC	Fair Employment Practices Committee	Komitee zur Sicherstellung fairer Anstellung von Afroamerikanern
FHLMC	Federal Home Loan Mortgage Corporation	öffentlicher Immobilienfinanzierer; „Freddie Mac“
FIFA	Fédération Internationale de Football Association	Weltfußballverband
FINSA	Foreign Investment and National Security Act	Bundesgesetz bezüglich ausländischer Investitionen in Relation zur nationalen Sicherheit (2007)
FLSA	Fair Labor Standards Act	gesetzliche Regelung des Mindestlohns
FNMA	Federal National Mortgage Association	öffentlicher Immobilienfinanzierer; „Fannie Mae“
FOIA	Freedom of Information Act	Gesetz über Informationsfreiheit
FONG	Friends of the New Germany	nationalsozialistische Gruppierung, die später im German American Bund aufging

Abkürzungsverzeichnis

FOR	Fellowship of Reconciliation	christliche pazifistische Gruppierung; Versöhnungsbund
FPA	Fairmount Park Art Association	Gesellschaft für die Bereitstellung von Kunst im Fairmount Park, Philadelphia
FRB	Federal Reserve Bank	Bezeichnung für die Banken des FRS
FRS	Federal Reserve System	Zentralbank-System der USA
FSC	Forest Stewardship Council	internationale gemeinnützige Organisation zur Zertifizierung nachhaltiger Forstwirtschaft
FTA	Free Trade Agreement	ehemaliges Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kanada
FTAA	Free Trade Area of the Americas	geplante Freihandelszone in Nord-, Mittel- und Südamerika
FTC	Federal Trade Commission	Bundeshandelskommission
FTP	Federal Theatre Project	Projekt zur Förderung von Theatern (New Deal)
FYI	For Your Information	zu Ihrer Information
GAO	Government Accountability Office	überparteiliches Organ des Kongresses zur Untersuchung staatlicher Vorhaben
GATS	General Agreement on Trade in Services	allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen der WTO
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	allgemeines Zoll- und Handelsabkommen der WTO (1947)
GCI	Global Competitiveness Index	globaler Wettbewerbsfähigkeitsindex
GDP	Gross Domestic Product	Bruttoinlandsprodukt
GED	General Educational Development/General Education Diploma	Förderkurse für Erwachsene zum Erlangen der Hochschulreife/Test zum Erreichen der Hochschulreife
GHI	German Historical Institute	Deutsches Historisches Institut (DHI)
GI	Government Issue	Spitzname amerikanischer Soldaten
GM	General Motors Company	amerikanischer Automobilhersteller
GOP	Grand Old Party	Spitzname der Republikanischen Partei
GPALS	Global Protection Against Limited Strikes	Anpassung der SDI an die neue Weltordnung nach Ende des Kalten Krieges; Raketenabwehrsystem
GPV	general purpose vehicle	Jeep
GSA	General Services Administration	Bundesverwaltungsamt
GSA	German Studies Association	Vereinigung für Deutschlandstudien

Abkürzungsverzeichnis

GSUSA	Girl Scouts of the USA	Dachverband der amerikanischen Pfadfinderinnen
GTAI	Germany Trade and Invest	Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing
HAVA	Help America Vote Act	Gesetz zur Vereinheitlichung des Wahlprozesses
HBCU	Historically black colleges and universities	traditionelle afroamerikanische Colleges und Universitäten
HBO	Home Box Office	US-amerikanisches kostenpflichtiges Kabelfernsehnetzwerk
HCIS	House Committee on Internal Security	Name des HUAC ab 1969
H-GERMAN	Humanities and Social Sciences GERMAN	Online-Plattform der Geistes- und Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt auf den deutschsprachigen Raum
HGTV	Home & Garden Television	Kabelfernsehsender
HICOG	High Commission for Occupied Germany	Hochkommissar für Deutschland; ziviler Nachfolger der Militärverwaltung OMGUS des amerikanischen Sektors
HIV	Human immunodeficiency virus	Auslöservirus von AIDS
HMO	Health Maintenance Organization	Sammelbezeichnung für private Sonderformen der Kranken- und Vorsorgeversicherung
HP	Hewlett-Packard Company	amerikanische Technologiefirma
HRA	Health Reimbursement Account	betriebsinternes Erstattungssystem für private medizinische Ausgaben
HSA	Health Savings Account	steuerbegünstigte Konten für Gesundheitsversorgungszwecke
HSA	Homeland Security Act	Heimatschutzgesetz (2002)
HSC	Homeland Security Council	Beratungsstab des Weißen Hauses zu Angelegenheiten der inneren Sicherheit
H-TGS	Humanities and Social Sciences Transnational German Studies	Online-Plattform der Geistes- und Sozialwissenschaften mit einem Schwerpunkt auf dem transnationalen Austausch Deutschlands
HTTP	Hyper Text Transfer Protocol	Hypertext-Übertragungsprotokoll; Internetdienst
HTTPS	Hyper Text Transfer Protocol Secure	Sicheres Hypertext-Übertragungsprotokoll
HUAC	House Un-American Activities Committee	Komitee des Repräsentantenhauses gegen „unamerikanische“ Aktivitäten

Abkürzungsverzeichnis

HUD	Department of Housing and Urban Development	Ministerium für Bauwesen und Stadtplanung
HUMINT	Human Intelligence	geheimdienstliche Erkenntnisgewinnung
IAD	Washington Dulles International Airport	Kürzel des Washington Dulles International Airport in Washington, D. C.
IAEA	International Atomic Energy Agency	Internationale Atomenergie-Behörde (IAEO)
IBB	International Broadcasting Bureau	Behörde für nicht-militärische international agierende Rundfunksender
IBBEA	Interstate Banking and Branching Efficiency Act	Bundesgesetz zum Aufbau bundesweiter Bankenfilial-Netze
IBM	International Business Machines Corporation	amerikanisches Informationstechnik- und Beratungsunternehmen
IBT	International Brotherhood of Teamsters	Gewerkschaft der Transportarbeiter; Lastwagenfahrer etc.
IC	United States Intelligence Community	Zusammenschluss von 17 US-Nachrichtendiensten
ICA	International Communication Agency	Bundesbehörde für Öffentlichkeitsarbeit im Ausland
ICBM	Intercontinental ballistic missile	landgestützte Interkontinentalrakete
ICC	Interstate Commerce Commission	Behörde zur Regulierung des Güter- und Handelsverkehrs über Einzelstaatsgrenzen hinweg
ICE	Immigration and Customs Enforcement	Polizei- und Zollbehörde des DHS
ID	Identification	Ausweis
ID	Intelligent Design	eine der vier Hauptvarianten des Kreationismus
IDEA	Individuals with Disabilities Education Act	Gesetzgebung zur Verbesserung der Ausbildung von Menschen mit Behinderungen
IE	Invisible Empire	weitere Bezeichnung für den Ku Klux Klan
IG	Inspector General	Generalinspektor
IGRA	Indian Gaming Regulatory Act	Gesetz zur Regelung des indianischen Glücksspielbetriebs auf Reservationen
IKU	International Kindergarten Union	Gesellschaft für berufliche Ausbildung von Kindergartenerziehern
IMF	International Monetary Fund	Internationaler Währungsfonds (IWF)
IMINT	Imagery Intelligence	geheimdienstliche Erkenntnisgewinnung aus optischen Daten; etwa Satellitenaufklärung

Abkürzungsverzeichnis

Inc.	Incorporation	Körperschaft
INF	Intermediate Range Nuclear Forces	nukleare Mittelstreckenraketen-systeme
INS	International News Service	Vorgängerorganisation der Nachrichten-agentur UPI
INSCOM	United States Army Intelligence and Security Command	Hauptkommando der US-Armee für Sicher-heit und nachrichtendienstliche Aufgaben
IOOF	Independent Order of Odd Fellows	internationaler weltlicher Orden; ähnlich den Freimaurern
IRTPA	Intelligence Reform and Terro-rism Prevention Act of 2004	Anti-Terrorismusgesetz (2004)
ISAF	International Security Assistance Force	Sicherheits- und Aufbaumission der NATO im Rahmen des Afghanistankrieges seit 2001
ISR	Institute for Sex Research	Institut zur Erforschung des menschlichen Sexualverhaltens
ISS	International Space Station	Internationale Raumstation
ITA	International Trade Administra-tion	Unterbehörde des Handelsministeriums zur Exportförderung nicht-landwirtschaftlicher Güter
IU	Indiana University	Universität von Indiana
IWA	International Workingmen's Association (First International)	Internationale Arbeiterassoziation; auch Erste Internationale genannt
IWW	Industrial Workers of the World	kapitalismuskritische Gewerkschaftsorganisa-tion
JBC	Joint Boycott Council	Organisation zur Durchsetzung eines Boykotts deutscher Waren; gegründet vom American Jewish Congress (1936)
JBS	John Birch Society	rechtsgerichtete Bürgerorganisation
JCS	Joint Chiefs of Staff	Vereinigter Generalstab im Pentagon
Jr.	Junior	Namenszusatz „Sohn“
JSC	Johnson Space Center	nach Präsident L. B. Johnson benanntes Zentrum für bemannte Raumfahrt der NASA in Houston, Texas
K-12	K to Twelve	Bezeichnung für Primär- und Sekundärbil-dung von Vorschule/Kindergarten bis zur 12. Klasse der High School
KFC	Kentucky Fried Chicken	weltweit operierende auf Geflügel speziali-sierte Fastfood-Kette, Hauptquartier in Louis-ville, Kentucky

Abkürzungsverzeichnis

KKK	Ku Klux Klan	rassistischer (Geheim-)Bund für weiße Vorherrschaft
KKKK	Knights of the Ku Klux Klan	Untergruppe des KKK; auch Invisible Empire (IE)
KRS	Kentucky Revised Statutes	Staatengesetze von Kentucky
LCC	Library of Congress Classification	Katalogisierungssystem der Library of Congress
LCCN	Library of Congress Control Number	Kontrollnummer des LCC
LCMS	Lutheran Church - Missouri Synod	Lutherische Synode in Missouri
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle/Transgender
LIHEAP	Low Income Home Energy Assistance Program	Hilfsprogramm der Bundesregierung zur Deckung der Energiekosten einkommensschwacher Familien
LLC	Limited Liability Company	Form der Kapitalgesellschaft
LoC	Library of Congress	Nationalbibliothek der USA in Washington, D. C.
LP	Long Playing (Record)	Format für Schallplatten; Langspielplatte
LPTV	Low Power Television	Bezeichnung für leistungsschwächere, kostengünstige Fernsehsender
LSD	Lysergic Acid Diethylamide	Lysergsäurediethylamid; psychedelische Droge; oft auch als Acid bezeichnet
LWV	League of Women Voters	parteiübergreifende politische Organisation; entstanden aus der National American Women Suffrage Association
M19CO	May 19 Coalition	kommunistisch-revolutionäre Organisation, abgespalten von der Weather Underground Organization
M.A.	Master of Arts	akademischer Abschluss (Magister)
MAD	Mutually Assured Destruction	„Gleichgewicht des Schreckens“; wechselseitig zugesicherte Zerstörung in Bezug auf nukleares Wettrüsten
MARC	Machine Readable Cataloging	computergestütztes System der Katalogisierung in der Library of Congress
MAS	Mutually Assured Security	„Gleichgewicht des Schreckens“; wechselseitig zugesicherte Sicherheit in Bezug auf nukleares Wettrüsten
MBC	Museum of Broadcast Communications	Museum für Hörfunk- und Fernsehgeschichte in Chicago

Abkürzungsverzeichnis

MBS	Mutual Broadcasting System	ehemaliges Radionetzwerk der USA
MC	Master of Ceremonies	offizieller Gastgeber einer (Hip-Hop-)Veranstaltung; Conferencier
MCC	Mission Control Center	Flugkontrollzentrale für bemannte und unbemannte Raumfahrt
MCIA	Marine Corps Intelligence Activity	Nachrichtendienst des U.S. Marine Corps
MEADS	Medium Extended Air Defense System	transatlantisches Flugabwehrsystem
MERCOSUL	Mercado Comum do Sul	portugiesische Bezeichnung für den gemeinsamen Markt Südamerikas
MERCOSUR	Mercado Común del Sur	spanische Bezeichnung für den gemeinsamen Markt Südamerikas
MGM	Metro-Goldwyn-Mayer	amerikanische Filmproduktionsfirma
MIC	Military-Industrial Complex	militärisch-industrieller Komplex
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle	Mehrfachsprengköpfe für Interkontinentalraketen
MIT	Massachusetts Institute of Technology	Technische Universität in Cambridge, Massachusetts (1861)
MITI	Ministry of International Trade and Industry	ehemaliges japanisches Ministerium für internationalen Handel und Industrie
MLB	Major League Baseball	nordamerikanischer Baseball-Verband; zusammengesetzt aus AL und NL
MOB	minority owned business	Geschäft im Besitz von Angehörigen einer Minderheit
MoMA	(Metropolitan) Museum of Modern Art	Museum für moderne und zeitgenössische Kunst in New York City
MPAA	Motion Pictures Association of America	Dachverband der amerikanischen Filmproduzenten und -verleiher
mpg	miles per gallon	Meilen pro Gallone
MPPC	Motion Pictures Patents Company	Thomas Alva Edisons Filmproduktionsfirma
MPPDA	Motion Pictures Producers and Distributors of America	ursprüngliche Bezeichnung der MPAA
M.S.	Master of Science	akademischer Abschluss (Magister der Naturwissenschaften)
MSA	Metropolitan Statistical Area	Statistische Messeinheit für Großstadtregionen
MSNBC	Microsoft and the National Broadcasting Company	Kabelnachrichtensender in Besitz von Microsoft und NBC

Abkürzungsverzeichnis

MTV	Music Television	amerikanischer Musikfernsehsender
NAACP	National Association for the Advancement of Colored People	Nationale Vereinigung zur Förderung der Afroamerikaner
NACA	National Advisory Committee for Aeronautics	Vorgängerorganisation der NASA
NAFTA	North American Free Trade Agreement	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen Kanada, Mexiko und den USA
NAGPRA	Native American Graves Protection and Repatriation Act	Gesetz zum Schutz indianischer Grabstätten
NAM	National Association of Manufacturers	Nationale Fabrikantenvereinigung
NAM	Non-Aligned Movement	Blockfreie Staaten im Kalten Krieg
NAR	North American Review	Literaturfachzeitschrift (1815)
NARA	National Archives and Records Administration	Bundesarchiv für Dokumentenverwaltung in Washington, D. C.
NAS	National Academy of Sciences	Nationale Wissenschaftsakademie
NASA	National Aeronautics and Space Administration	Nationale Luft- und Raumfahrtbehörde
NASM	National Air and Space Museum	Nationales Luft- und Raumfahrtmuseum; Teil der Smithsonian Institution
NASPD	National Association of State Park Directors	Nationaler Verband der State-Park-Leiter
NATO	National Association of Theatre Owners	Nationaler Verband der Filmtheaterbesitzer
NATO	North Atlantic Treaty Organization	Militärbündnis, das aus dem Nordatlantikpakt von 1949 hervorging
NAWSA	National American Women Suffrage Association	politische Organisation zur Durchsetzung des Wahlrechts für Frauen
NBA	National Basketball Association	Nationale Basketball-Liga
NBC	National Broadcasting Company	eines der drei großen Hörfunknetzwerke; entwickelte sich zu einem bundesweiten Fernsehnetzwerk
NBCU	NBC Universal	Mediengruppe im Besitz von Comcast
NCLB	No Child Left Behind Act	Bundesgesetz zur Verbesserung der öffentlichen Schulen (2001)
NCLR	National Council of La Raza	Nationaler Rat der Spanischsprachigen gegen Diskriminierung
NCS	National Clandestine Service	eine der vier Hauptabteilungen der CIA

Abkürzungsverzeichnis

NCTC	National Counterterrorism Center	Nationale Antiterrorismus-Zentrale
NCWO	National Council of Women's Organizations	Netzwerk von Fraueninteressenorganisationen
NDAA	National Defense Authorization Act	Haushaltsgesetz für das DOD
NDEA	National Defense Education Act	Ausbildungsförderungsgesetz im Kalten Krieg
NDLP	National Digital Library Program	Programm zur Digitalisierung von Dokumenten der amerikanischen Geschichte und Kultur
NEA	National Education Association	Berufsverband und Gewerkschaft von Lehrpersonal an öffentlichen Schulen
NEA	National Endowment for the Arts	Nationale Stiftung zur Förderung der Künste
NEC	National Economic Council	Beraterstab des Präsidenten in Wirtschaftsfragen
NEC	New England Conservatory	älteste Musikakademie der USA in Boston
NEC	Northeast Corridor	Schienenverkehrsverbindung in der Metropolregion an der Ostküste von Boston bis nach Washington, D. C.
NEH	National Endowment for the Humanities	Nationale Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften
NET	National Educational Television	ehemaliger öffentlich-rechtlicher Bildungsfernsehsender; bis 1963 Educational Television and Radio Center (ETRC)
New START	Strategic Arms Reduction Treaty (Measures for the Further Reduction and Limitation of Strategic Offensive Arms)	Abrüstungsabkommen zwischen der Russischen Föderation und den USA (2011)
News Corp.	News Corporation	weltgrößtes Medienkonglomerat
NFC	National Football Conference	konstituiert zusammen mit der AFC die NFL
NFIP	National Flood Insurance Program	Regierungsprogramm zur Versicherung gegen Flutschäden
NFL	National Football League	Profiligen im American Football, bestehend aus den Mannschaftsgruppen AFC und NFC
NFPA	National Forest Products Association	Institution zur Erfassung der Erträge des Nationalforsts
NGA	National Geospatial-Intelligence Agency	Behörde für militärische, geheimdienstliche und kommerzielle kartografische Auswertungen und Aufklärung
NGO	Non-Governmental Organization	Nichtregierungsorganisation

Abkürzungsverzeichnis

NGS	National Geographic Society	Nationale Gesellschaft für Geographie
NIH	National Institutes of Health	Behörde zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich des Gesundheitswesens
NIRA	National Industrial Recovery Act	Gesetzgebung im Rahmen des New Deal zur Stimulierung der Wirtschaft (1933)
NIYC	National Indian Youth Council	Nationaler Indianischer Jugendrat
NL	National League (baseball)	weltweit älteste professionelle Sportliga; bildet zusammen mit der AL die MLB
NMAH	National Museum of American History	Nationales Museum für amerikanische Geschichte
NMD	National Missile Defense	Nationale Raketenabwehr der USA
NME	National Military Establishment	Vorgänger des Department of Defense
NNSS	Nevada National Security Site	ehemaliges Atomwaffentestgelände; siehe NTS
NOI	Nation of Islam	religiös-politische Organisation (1930); Black Muslims
NORAD	North American Aerospace Defense Command	US-amerikanisch-kanadisches Luft- und Welt- raum-Verteidigungskommando
NOW	National Organization for Women	amerikanische Frauenrechtsorganisation
NP	Northern Pacific Railway	Eisenbahngesellschaft im Westen der USA
NPL	National Priorities List	Liste der Orte mit gefährlichen Abfallstoffen, die mit Bundesgeldern saniert werden
NPR	National Public Radio	öffentlich-rechtliches Hörfunknetzwerk der USA
NPS	National Park Service	Bundesverwaltung für Nationalparks etc.
NRA	National Rifle Association	Nationale Lobby-Organisation der Schusswaf- fenbesitzer und -hersteller
NRC	National Research Council	Nationaler Forschungsrat
NRC	Nuclear Regulatory Commission	unabhängige Behörde für die Sicherheit und Überwachung von Atomkraftwerken
NRCS	Natural Resources Conservation Service	Behörde des Landwirtschaftsministeriums für den Erhalt natürlicher Ressourcen
NRHP	National Register of Historic Places	Nationales Verzeichnis historischer Stätten
NRO	National Reconnaissance Office	Militärnachrichtendienst der USA; für das militärische Satellitenprogramm verantwort- lich

Abkürzungsverzeichnis

NRTA	National Retired Teachers Association	ehemalige amerikanische Vereinigung der Pensionäre im Lehrerberuf
NSA	National Security Act	Gesetz zur amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
NSA	National Security Agency	militärischer Nachrichtendienst; zuständig für die weltweite Überwachung und Entschlüsselung elektronischer Kommunikation
NSC	National Security Council	Beratungsstab des Weißen Hauses zu Angelegenheiten der nationalen Sicherheit
NSDAP	National Socialist German Workers' Party	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands - Aufbauorganisation	amerikanische Vereinigung von Neo-Nazis
NSF	National Science Foundation	Regierungsbehörde zur Forschungs- und Ausbildungsförderung
NSRB	National Security Resources Board	präsidiales Beratergremium, gegründet im Zuge des National Security Act
NSS	National Security Staff	Mitarbeiter für nationale Sicherheit im Weißen Haus
NSS	National Security Strategy	Dokument zur nationalen Sicherheit; erstellt von der Exekutive für den Kongress
NTB	Non-tariff barriers to trade	Nichttarifäre Handelshemmnisse (Quoten, Subventionen, etc.)
NTS	Nevada Test Site	ehemaliges Atomwaffentestgelände; siehe NNSS
NUMMI	New United Motor Manufacturing, Inc.	Automobilproduktionsstätte in Fremont, Kalifornien (1984–2010)
NVRA	National Voter Registration Act	Gesetz zur Wählerregistrierung (1993), auch „Motor Voter Act“
N.W.A.	Niggaz Wit Attitudes	Hip-Hop-Gruppe aus Compton, Los Angeles
NWSA	National Women's Studies Association	Nationale Gesellschaft für Frauenstudien
NYC	New York City	Abkürzung für die Stadt New York
NYSE	New York Stock Exchange	Wertpapierbörse der USA; ansässig in New York City
OAA	Old Age Assistance	ehemaliges Hilfsprogramm für Senioren (New Deal)
OAH	Organization of American Historians	Bundesverband amerikanischer Historiker

Abkürzungsverzeichnis

OAS	Organization of American States	Organisation Amerikanischer Staaten
OASDI	Old-Age, Survivors, and Disability Insurance	Bundesrentenversicherung der USA
ODNI	Office of the Director of National Intelligence	Büro des Direktors des nationalen Nachrichtendienstes der USA
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OED	Old Earth Creationism	Eine der vier Hauptvarianten des Kreationismus
OEEC	Organization for European Economic Cooperation	Vorgängerorganisation der OECD
OEF	Operation Enduring Freedom	militärische Großoperation im Rahmen des von den USA ausgerufenen Krieges gegen den Terrorismus
OFAC	Office of Foreign Assets Control	Exportkontrollbehörde des Finanzministeriums
OIAA	Office of Inter-American Affairs	Organisation zur Verbesserung interamerikanischer Beziehungen
OMB	Office of Management and Budget	Haushaltsbehörde des Präsidenten
OMBE	Office of Minority Business Enterprise	Büro für wirtschaftliche Unternehmungen von Minderheiten
OMGUS	Office of Military Government, United States	Verwaltungsbüro der amerikanischen Militärregierung in Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkriegs
ONDCP	Office of National Drug Control Policy	nationale Drogenkontrollbehörde
ONI	Office of Naval Intelligence	Nachrichtendienst der U.S. Marine
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries	Organisation erdölexportierender Länder
OSHA	Occupational Safety and Health Administration	Bundesverwaltung für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz
OSRD	Office of Scientific Research and Development	Behörde zur Koordinierung der militärischen Forschung während des Zweiten Weltkriegs
OSS	Office of Strategic Services	Nachrichtendienst; Büro für Auslandsaufklärung, Vorläufer der CIA
OTA	Office of Technology Assessment	Behörde zur Informationsbereitstellung für den Kongress zu Themen aus Technik und Entwicklung (abgeschafft 1995)

Abkürzungsverzeichnis

PAC	Political Action Committee	politische Lobbygruppe zur Unterstützung oder Bekämpfung politischer Kandidaten oder Positionen
Pan Am	Pan American World Airways	US-amerikanische Luftfahrtgesellschaft
PAU	Pan American Union	Panamerikanische Union; ursprüngliche Organisation amerikanischer Staaten (siehe OAS)
PAX TV	Paxson Television	Fernsehnetzwerk von Lowell Paxson; 2007 umbenannt in Ion Television
PBS	Public Broadcasting Service	öffentlich-rechtlicher Fernsehsender
PC	politically correct	politisch korrekt
PC	political correctness	politische Korrektheit
PCAOB	Public Company Accounting Oversight Board	gemeinnützige Organisation zur Überwachung der Buchführung öffentlicher Unternehmen
PEFC	Programme for the Endorsement of Forest Certification	Zertifizierungssystem für nachhaltige Waldbewirtschaftung; Alternative zum FSC
PETA	People for the Ethical Treatment of Animals	international operierende Tierrechtsorganisation
Ph.D.	Doctor of Philosophy	akademischer Abschluss (Dr. phil.)
PHS	Public Health Service	Öffentlicher Gesundheitsdienst der USA
PIG	Public Interest Groups	gemeinnützige Interessenorganisationen
PISA	Program for International Student Assessment	internationale Schülerleistungsuntersuchung der OECD
PK	Promise Keepers	internationale konservative christliche Gruppe für Männer
POS	Point of Service Plan	Gesundheitsvorsorgeprogramm mit Elementen aus HMO und PPO
PPO	Preferred Provider Organization	Krankenversicherungs-Modell
PPP	Public Private Partnership	öffentlich-private Partnerschaft
PRC	Pew Research Center	Meinungsforschungsinstitut mit Sitz in Washington, D. C.
PSI	Proliferation Security Initiative	Initiative zur Verhinderung der Lieferung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen
PSI	Senate Permanent Subcommittee on Investigations	Untersuchungsausschuss des amerikanischen Senats
PTA	Parent-Teacher Association	Eltern-Lehrer-Verband; meist im Kontext der Schulbildung bis zur 8. Klassenstufe

Abkürzungsverzeichnis

PUD	Planned Unit Development	Konzept zur Erschließung neuer Baugebiete
PUSH	People United to Save Humanity	gemeinnützige Organisation für Soziale Gerechtigkeit, Bürgerrechte und politischen Aktivismus
PVSA	President's Volunteer Service Award	Auszeichnung für Freiwilligendienste unter Schirmherrschaft des Präsidenten
RA-farms	Rapid Adjustment Farms	Farmen mit schneller Anpassung an neue Gegebenheiten
RAND	Research and Development	Denkfabrik mit Fokus auf Militärberatung
RCA	Radio Corporation of America	ehemaliges Elektronikonsortium zur Popularisierung des Radio
RFC	Reconstruction Finance Corporation	Behörde zur finanziellen Unterstützung von Banken und Privatunternehmen während der Weltwirtschaftskrise
RFE	Radio Free Europe	US-Rundfunksender in Europa zur Vermittlung demokratischer Werte in kommunistischen Staaten, siehe RL
RIAS	Radio in the American Sector	Rundfunksender im amerikanischen Sektor von Berlin
RKO	Radio-Keith-Orpheum Pictures	amerikanische Filmproduktions- und -verleihfirma
RL	Radio Liberty	US-Rundfunksender in Europa zur Vermittlung demokratischer Werte in kommunistischen Staaten; siehe RFE
RPAA	Regional Planning Association of America	Regionale Planungsgesellschaft von Amerika
RPS	Renewable Portfolio Standard	Programm zur Erhöhung des Anteils regenerativer Energien
RTAA	Reciprocal Trade Agreements Act	Gesetz zur zeitlich begrenzten Zollsenkung in bestimmten Margen (1934)
S/CT	Office of the Coordinator of Counterterrorism	Büro zur Koordination der Anti-Terrorpolitik im Ausland
SAL	Sons of the American Legion	Unterorganisation der American Legion für Söhne und männliche Enkelkinder von Veteranen
SALT	Strategic Arms Limitation Talks/Treaty	Gespräche/Vertrag zur Rüstungsbeschränkung (1969–1979)
SALT I	Strategic Arms Limitation Talks/Treaty	Gespräche/Vertrag zur Rüstungsbeschränkung (1969–1972)
SALT II	Strategic Arms Limitation Talks/Treaty II	Gespräche/Vertrag zur Rüstungsbeschränkung (1972–1979)

Abkürzungsverzeichnis

SANE	National Committee for a Sane Nuclear Policy	Anti-Atomkraft-Organisation; Teil der Friedensbewegung
SCHIP	State Children's Health Insurance Program	Bundesprogramm zur Unterstützung der Einzelstaaten bei der Gesundheitsversorgung von Kindern; auch „CHIP“
SCLC	Southern Christian Leadership Conference	christliche afroamerikanische Bürgerrechtsorganisation in den Südstaaten
SCS	Soil Conservation Service	heute: Natural Resources Conservation Service; Behörde zur Unterstützung nachhaltiger Landwirtschaft
SDB	Sons of Daniel Boone	Pfadfindergruppierung (1905; vereinigt mit den BSA)
SDI	Strategic Defense Initiative	Initiative zum Aufbau eines Raketenabwehrschirms zum Schutz vor Interkontinentalraketen
SDIO	Strategic Defense Initiative Organization	Organisation zur Durchführung des SDI-Forschungsprogramms
SDS	Students for a Democratic Society	Studentenorganisation der „Neuen Linken“
SEALs	United States Navy's Sea, Air, and Land Teams	Spezialeinheit der US-Navy
SEATO	South East Asia Treaty Organization	Südostasienpakt (aufgelöst 1977)
SEC	Securities and Exchange Commission	Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde
SFI	Sustainable Forestry Initiative	internationale gemeinnützige Organisation zur Zertifizierung nachhaltiger Forstwirtschaft
SGAS	Society for German American Studies	Gesellschaft für Deutsch-Amerikanische Studien
SIGINT	Signals Intelligence	Informationsgewinnung aus abgehörten Funksignalen sowie Erfassung und Analyse anderer elektronischer Signale
SIN	Spanish International Network	spanischsprachiges Fernsehnetzwerk in den USA; 1986 umbenannt in Univision
SIS	Secret Intelligence Service	britischer Auslandsgeheimdienst; auch bekannt als MI6
SLID	Student League for Industrial Democracy	ehemalige sozialistische Studentenorganisation der USA
SLP	Social Labor Party of the USA	Sozialistische Arbeiterpartei in den USA
SNCC	Student Nonviolent Coordinating Committee	studentische gewaltfreie Bürgerrechtsorganisation

Abkürzungsverzeichnis

SONAR	Sound Navigation and Ranging	Schall-Navigation und Entfernungsbestimmung; Verfahren zur Ortung von Gegenständen im Raum und unter Wasser mithilfe ausgesandter Schallimpulse
SORT	Strategic Offensive Reductions Treaty	Vertrag zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen (2002)
SPA	Socialist Party of America	Sozialistische Partei der USA
SPLC	Southern Poverty Law Center	gemeinnützige Bürgerrechtsorganisation in den Südstaaten
SPU	Student Peace Union	pazifistische Studentenorganisation
Sr.	Senior	Namenszusatz „Vater“
SSI	Supplemental Security Income	Regierungsprogramm zur finanziellen Unterstützung von bedürftigen Senioren und Behinderten
START I	Strategic Arms Reduction Treaty I	Abrüstungsabkommen für strategische Waffen zwischen der Russischen Föderation und den USA (1991)
START II	Strategic Arms Reduction Treaty II	Abrüstungsabkommen für strategische Waffen zwischen der Russischen Föderation und den USA (1993)
START III	Strategic Arms Reduction Treaty III	vorgeschlagenes Abrüstungsabkommen zwischen der Russischen Föderation und den USA (1997)
STB	Surface Transportation Board	Regulierungsbehörde im Transportbereich
SUV	Sport Utility Vehicle	allradgetriebener Geländewagen
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication	Genossenschaft von Geldinstituten; Betreiber eines internationalen Bankenkommunikationsnetzwerks
SWOC	Steel Workers Organizing Committee	gewerkschaftliche Vertretung der Stahlarbeiter, später mit der AA zu United Steelworkers vereinigt
TAA	Trade Adjustment Assistance	NAFTA-Programm zur Abfederung von Arbeitsplatzverlusten
TAA	Trade Adjustment Assistance (for Workers)	Anpassungsunterstützung für Arbeiter im Ausland während dortiger Wirtschaftskrisen
TANF	Temporary Assistance for Needy Families	Nachfolgeprogramm von AFDC; Sozialhilfeprogramm für Familien
TARP	Troubled Asset Relief Program	Intervention der Federal Reserve: erzwungene Bankenfusionen und Bereitstellung öffentlicher Mittel
TBN	Trinity Broadcasting Network	christliches Fernsehnetzwerk (1973)

Abkürzungsverzeichnis

TBS	Turner Broadcasting System	US-amerikanischer Kabelfernsehsender
TE	Theistic Evolution	eine der vier Hauptvarianten des Kreationismus
TECHINT	Technical Intelligence	nachrichtendienstliche Erkenntnisgewinnung über Waffen und Ausrüstung anderer Nationen
TIRRA	Trucking Industry Regulatory Reform Act	wettbewerbsfördernde Gesetzgebung im Straßengüterverkehr (1994)
TLC	The Learning Channel	amerikanischer Kabelfernsehsender
TNT	Trinitrotoluene	Trinitrotoluol; Sprengstoff
TNT	Turner Network Television	amerikanischer Kabelfernsehsender der Turner-Gruppe
TOEFL	Test of English as a Foreign Language	Englischttest für Nicht-Muttersprachler
TPA	Trade Promotion Authority („Fast Track“)	Befugnis des Präsidenten zur Schließung von Handelsabkommen
TPM	Tea Party Movement	Tea-Party-Bewegung; rechtskonservative populistische Protestbewegung
TRAP	Treasury Relief Art Project	Programm zur Förderung bedürftiger Künstler (New Deal)
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
TSA	Transportation Security Administration	Behörde für Sicherheit im Straßenverkehr
TTPI	Trust Territory of the Pacific Islands	Treuhandgebiet Pazifische Inseln
TV	Television	Fernsehen
TVA	Tennessee Valley Authority	staatliche Verwaltung des Tennessee-Tals
TWA	Trans World Airlines	ehemalige zivile Fluggesellschaft
UAW	United Auto Workers	Automobilarbeitergewerkschaft
UCC	United Church of Christ	Vereinigte Kirche Christi
UCR	Uniform Crime Reporting	jährliche Kriminalitätsstatistiken
UDC	United Daughters of the Confederacy	Frauenvereinigung zur Ehrung im Bürgerkrieg gefallener konföderierter Soldaten (1894)
UFCO	United Fruit Company	Handelskonzern für tropische Früchte; heute Chiquita Brands International
UFF	United Freedom Front	kleine marxistische Organisation in den 1970er und 1980ern

Abkürzungsverzeichnis

UFO	Unidentified Flying Object	nicht identifiziertes fliegendes Objekt
UI	University of Iowa	Staatsuniversität von Iowa
UKA	United Klans of America	Großorganisation des Ku Klux Klans in den 1960er und 1970er Jahren
UMASS	University of Massachusetts	Universität von Massachusetts
UMW	United Mine Workers	Vereinigte Bergarbeitergewerkschaft
UN	United Nations	Vereinte Nationen
UNAEC	United Nations Atomic Energy Commission	Atomenergiekommission der UN (1946–1949/52)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development	UN-Konferenz für Handel und Entwicklung
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization	UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNIA	Universal Negro Improvement Association	Organisation zur Förderung der afroamerikanischen Bewegung
UNIA-ACL	Universal Negro Improvement Association and African Communities League	vormals UNIA
UNSC	United Nations Security Council	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
UP	Union Pacific Railroad	Union Pacific Eisenbahngesellschaft
UP	United Press	auch „United Press Associations“; zusammen mit INS Vorgängerorganisation der Nachrichtenagentur UPI
U.P.	Upper Peninsula	obere Halbinsel von Michigan
UPI	United Press International	amerikanische Nachrichtenagentur
UPN	United Paramount Network	ehemaliges Fernsehnetzwerk von CBS; fusionierte mit The WB Television Network zum CW Network
UPS	United Parcel Service	international operierender privater Paketdienst
USA	United States of America	Die Vereinigten Staaten von Amerika
USA PATRIOT Act	Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act 2001	Anti-Terrorismgesetzgebung (2001)
USACE	United States Army Corps of Engineers	ein Hauptkommando der U.S. Armee mit Schwerpunkt Bauingenieurwesen
USAID	United States Agency for International Development	internationale Hilfsorganisation

Abkürzungsverzeichnis

U.S.C.	United States Code	Gesetz der Vereinigten Staaten
USCIS	United States Citizenship and Immigration Services	Einwanderungs- und Ausländerbehörde (früher INS, Immigration and Naturalization Service)
USDA	United States Department of Agriculture	Landwirtschaftsministerium
USGS	United States Geological Survey	Institut für Kartografie
USIA	United States Information Agency	ehemalige Bundesbehörde für Öffentlichkeitsarbeit im Ausland
USIP	United States Institute of Peace	Bundesinstitut für Friedens- und Konfliktforschung
USIS	United States Information Service	andere Bezeichnung für die USIA-Dienststellen im Ausland
USITC	United States International Trade Commission	unabhängige Bundesbehörde für Fragen der Außenwirtschaftspolitik
USNA	United States Naval Academy	Marineakademie
USPC	United States Peace Corps	Friedenskorps
USPTO	United States Patent and Trademark Office	Patentamt
USS	United States Steel Corporation	amerikanischer Stahlhersteller
USTR	Office of the United States Trade Representative	Beraterstab des Präsidenten in Außenhandelsfragen
USW	United Steelworkers	Gewerkschaft der Stahlarbeiter; hervorgegangen aus AA und SWOC
UT	Unorganized Territory	Territorium ohne Selbstverwaltung
v.	versus	gegen
VA	Department of Veterans Affairs / Veterans Administration	Behörde für Veteranenangelegenheiten
VAP	Voting Age Population	Wahlberechtigte Bevölkerung
VER	Voluntary Export Restraint	Freiwillige Exportbeschränkung
VH1	Video Hits One	amerikanischer Musikfernsehsender
Viacom	Video & Audio Communications	amerikanischer Medienkonzern
VISTA	Volunteers in Service to America	Freiwilligenprogramm zur Armutsbekämpfung; innerstaatliches „Friedenskorps“
VOA	Voice of America	offizieller Auslandssender der USA
VOA	Volunteers of America	Freiwilligenorganisation
WARN Act	Worker Adjustment and Retraining Notification Act	Beschluss zum Kündigungsschutz für Arbeitnehmer (1988)

Abkürzungsverzeichnis

WASP	White Anglo-Saxon Protestants	weiße, angelsächsische Protestanten
WB	The WB Television Network	ehemaliges Fernsehnetzwerk von Warner Bros.; fusionierte mit UPN zum CW Network
WB	Warner Bros. Entertainment, Inc.	Filmstudio mit Beteiligung an dem Fernsehnetzwerk The CW Network
WEF	World Economic Forum	Weltwirtschaftsforum; gemeinnützige Stiftung
WELS	Wisconsin Evangelical Lutheran Synod	evangelisch-konservative lutherische Synode in Wisconsin
WILPF	Women's International League for Peace and Freedom	internationale Frauenorganisation für Frieden und Freiheit
WIPO	World Intellectual Property Organization	Weltorganisation für geistiges Eigentum
WJC	World Jewish Congress	Jüdischer Weltkongress
WLAN	Wireless Local Area Network	Kabelloses lokales Netzwerk für Rechner
WMD	Weapons of Mass Destruction	Massenvernichtungswaffen
WNBA	Women's National Basketball Association	Amerikanischer Frauenbasketballbund
WOB	women owned business	Geschäft in Frauenbesitz
WPA	Wi-Fi Protected Areas	Sicherheitsprotokoll zur Verschlüsselung von WLAN-Signalen
WPA	Workers Party of America	Name der legalen Parteiorganisation der CPUSA (1921–1929)
WPA	Works Progress Administration	Arbeitsbeschaffungsbehörde im New Deal (1935)
WRL	War Resisters League	Verband von Kriegsgegnern
WRP	Wetland Reserve Program	Programm zum Schutz von Feuchtbiotopen
WTO	World Trade Organization	Welthandelsorganisation
WUI	Wildland-urban interface	Fachbegriff im Bereich Waldbrandverhütung; Übergangszone zwischen unbewohntem Land und bebauten Gebiet
WWW	World Wide Web	größter Internetdienst der Welt
YEC	Young Earth Creationism	eine der vier Hauptvarianten des Kreationismus
YMCA	Young Men's Christian Association	Christlicher Verein Junger Männer
YWCA	Young Women's Christian Association	Christlicher Verein Junger Frauen

Schlüsselbegriffe A-Z

A

Abolitionism: Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei, Hauptphase 1830 bis 1865. Schon im kolonialen Amerika gab es Gegner der Sklaverei (↗ *Slavery*), insbesondere unter den Quäkern (↗ *Quakers*), die 1775 die *Pennsylvania Society for Promoting the Abolition of Slavery* gründeten. Aber erst nach der ↗ *American Revolution* (1776–1783), mit ihrem Credo, dass alle Menschen frei und gleich geschaffen seien, begann eine wachsende Anzahl von Amerikanern, die Sklaverei als moralisches Problem zu sehen. Im Norden, wo Sklavenarbeit eine geringere wirtschaftliche Bedeutung hatte als im Süden (↗ *South*), wurde die Sklaverei zwischen 1777 und 1827 schrittweise abgeschafft – zuerst in ↗ *Vermont* und zuletzt in ↗ *New York*. Doch die Hoffnung der Abolitionisten, dass nach dem Verbot des externen Sklavenhandels 1808 auch im Süden die Sklaverei ein Ende finden würde, erfüllte sich nicht. Durch die Erfindung der Baumwollentkörnungsmaschine (*cotton gin*) 1793 und die Expansion des Baumwollhandels zwischen 1800 und 1860 wurde die Sklaverei für die Südstaatler so profitabel wie nie zuvor. Der Süden strebte deswegen ihre Ausbreitung an. Im Gegenzug, und unter dem Einfluss der religiösen Erweckungsbewegung des frühen 19. Jahrhunderts (↗ *Awakenings*), radikalisierte sich die Abolitionistenbewegung. Statt einer allmählichen Emanzipation mit dem Ziel, die ehemaligen Sklaven in Afrika oder der Karibik anzusiedeln – zu diesem Zweck wurde 1816 die *American Colonization Society* (ACS) gegründet – forderten ihre Anhänger nun ein sofortiges Ende der Sklaverei und die Eingliederung der Schwarzen (↗ *African Americans*) in die Gesellschaft. Sie waren international vernetzt und arbeiteten eng mit den britischen Abolitionisten zusammen. Die von William Lloyd Garrison ab 1831 in ↗ *Boston* herausgegebene Zeitung *The Liberator* wurde zum Sprachrohr der Bewegung. Er und andere weiße – darunter Theodore D. Weld, Wendell Phillips, Angelina und Sarah Grimké und Lucretia Mott – und schwarze – darunter Frederick Douglass, William Wells Brown, Frances Ellen Harper, Robert Purvis und Sojourner Truth – Abolitionisten gründeten eine Reihe von Organisationen, wie etwa die *American Anti-Slavery Society* (1833), die durch öffentliche Veranstaltungen, Petitionen und eine Flut von Publikationen gegen die Sklaverei agitierten. Großen Erfolg in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung hatte Harriet Beecher Stowes immens populärer Roman *Uncle Tom's Cabin* (1852). Im Kongress (↗ *Congress*) traten Sklavereigeegner wie Charles Sumner für die Emanzipation der Schwarzen ein, andere verhalfen Sklaven zur Flucht in den Norden (*underground railroad*), einige wenige setzten Waffengewalt ein, so zum Beispiel 1859 der religiöse Fanatiker John Brown mit seinem Überfall auf das Arsenal in *Harpers Ferry*, ↗ *West Virginia*. Die Südstaatler warfen den Abolitionisten vor, die Sklaven aufzuhetzen und einen Rassenkrieg (↗ *Race relations*) zu provozieren, vor

allem nach *Nat Turner's Rebellion* in ↗ *Virginia* 1831, bei der rund 60 Weiße und 200 Sklaven den Tod fanden. Die meisten Abolitionisten strebten zwar ein gewaltfreies Ende der Sklaverei an, aber die Spannungen zwischen Nord und Süd spitzten sich seit Verabschiedung des *Fugitive Slave Act* von 1850 immer mehr zu und mündeten schließlich im Bürgerkrieg (↗ *Civil War*). Erst mit dem Sieg der Nordstaaten und der Ratifizierung des 13. Verfassungszusatzes (↗ *Reconstruction*) erreichte die Bewegung ihr Ziel: Die Sklaverei in den USA wurde 1865 endgültig beendet.

Stewart, James B., *Holy Warriors: The Abolitionists and American Slavery* (New York 1996); Lowance, Mason (Hg.), *Against Slavery: An Abolitionist Reader* (New York 2000); Hochschild, Adam, *Sprengt die Ketten: Der entscheidende Kampf um die Abschaffung der Sklaverei* (Stuttgart 2007); Drescher, Seymour, *Abolition: A History of Slavery and Antislavery* (New York 2009).

Britta Waldschmidt-Nelson

Adventists: Protestantische prämillenaristisch-apokalyptische Bewegung, die aus den ↗ *Awakenings* des frühen 19. Jahrhunderts hervorging (↗ *Religion*). Die Adventisten sind heute in verschiedenen Kirchen mit zum Teil erheblich differierenden Bekenntnissen nach presbyterianischem Modus organisiert (↗ *Presbyterians*). Sie gelten als konservativ bis fundamentalistisch (↗ *Conservatism; Fundamentalism*), aber mit einem progressiven Flügel, der sich indes bewusst nicht zum liberalen Protestantismus bekennt. Sämtliche Adventisten führen sich auf den deistischen Friedensrichter William Miller zurück, der im nordwestlichen ↗ *New York* zwischen 1831 und 1846 die unmittelbar bevorstehende Wiederkunft Christi ankündigte, welche er erst auf 1843, dann auf 1844, schließlich auf 1846 datierte. Das Ausbleiben dieser Parusie führte zum *Great Disappointment* unter seinen Anhängern, die sich in der *Albany Conference* (1845 bis etwa 1860) versammelten. Nach Millers Tod ergriff indes die Prophetin Ellen G. White die Initiative und erklärte, Christus sei tatsächlich wiedergekommen, aber in einem rein geistigen Sinn. Auf dieser Grundlage bildeten sich dann ab 1860 mehrere trinitarische und antitrinitarische adventistische Denominationen. Die wichtigste Gruppe ist die *Seventh-day Adventist Church*, die 2009 nach eigenen Angaben weltweit über 16 Millionen Mitglieder zählte, davon etwa 1,2 Millionen in den USA. Die Siebenten-Tages-Adventisten glauben an die Trinität, sie benutzen aber den angeblich alttestamentlichen Gottesnamen Jehova, halten sich an das alttestamentliche Gesetz und an den Samstag als Sabbat, weswegen sie als legalistisch und werkfromm kritisiert werden. Sie haben ein holistisches Menschenbild. Demnach glauben sie nicht an eine unsterbliche Seele, sondern an den Ganztod jedes Menschen. Am Ende aller Tage, das nach ihrer Lehre unmittelbar bevorsteht, würden nur die von Gott auserwählten Menschen zum Leben erweckt werden, die Sünder blieben tot. Entsprechend leugnen sie ewige Höllenstrafen. Die Taufe erfolgt durch Untertauchen. Ferner lehnen sie die organi-

sierte ökumenische Bewegung ab, treten aber für Religionsfreiheit ein und unterhalten ein umfangreiches eigenes Bildungssystem (↗ *Education*) sowie international tätige karitative Organisationen (↗ *Volunteerism*). Neben den Siebenten-Tages-Adventisten existieren unter anderem die antitrinitarische *United Church of God*, die *Worldwide Church of God*, die trinitarische *Advent Christian Church* und zahllose lokale *independent ministries*. Um 1870 spalteten sich die Zeugen Jehovas (*Jehovah's Witnesses*) unter Charles Taze Russell von den Adventisten ab, 1929 die radikal apokalyptischen *Davidians*, aus denen 1955 die *Branch Davidians* hervorgingen, die 1993 durch ein Feuergefecht mit amerikanischen Bundesagenten in Waco, ↗ *Texas* bekannt wurden, bei dem ihr Anführer David Koresh, 76 seiner Anhänger und vier Agenten des *Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives* (ATF) umkamen. ↗ *Crime; Gun control; Tobacco*.

Doan, Ruth Alden, *The Miller Heresy, Millennialism, and American Culture* (Philadelphia 1987); Morgan, Douglas, *Adventism and the American Republic: The Public Involvement of a Major Apocalyptic Movement* (Knoxville 2001); Bull, Malcolm, *Seeking a Sanctuary: Seventh-Day Adventism and the American Dream* (Bloomington 2007²); Rowell, David L., *God's Strange Work: William Miller and the End of the World* (Grand Rapids 2008).

Michael Hochgeschwender

Advertising: Werbung ist eine Kommunikationsform, die darauf abzielt, Konsumenten (↗ *Consumer culture*) zu überzeugen oder zu überreden, ein bestimmtes Produkt zu erwerben oder diese für eine Idee zu gewinnen. Eine Sonderform dieser Art von Werbung ist das *branding*, bei dem die Identifikation einer bestimmten Marke mit einem Produkttyp angestrebt wird, wie Xerox für Fotokopien oder Kleenex für Papiertaschentücher. Werbung wird gelegentlich nicht nur für kommerzielle, sondern auch für nicht-kommerzielle Ziele eingesetzt, etwa von Parteien, Interessengruppen, staatlichen Einrichtungen und *Non-Governmental Organizations* (NGO).

Die USA verfügen über ein Wirtschaftssystem, das stark durch den Einsatz von Werbung geprägt ist. 2010 wurden weltweit 503 Milliarden ↗ *Dollar* für Werbung ausgegeben, davon allein 131,1 Milliarden in den Vereinigten Staaten. Damit ist der US-Werbemarkt der ausgabenstärkste der Welt, darauf folgen Japan, China und Deutschland. Die Investitionen nahmen vor allem im TV-Sektor (↗ *Television*) und dem Online-Bereich (↗ *Internet*) zu, wohingegen lokale Zeitungen (↗ *Newspapers*) Werbeeinbußen zu beklagen hatten.

Werbung gibt es in Nordamerika seit der Kolonialzeit. Bereits im 17. und 18. Jahrhundert gab es eine hohe Zirkulation von Broschüren. Reklame wurde früh auf den begleitenden Seiten von Büchern, Pamphleten und Almanachen betrieben. 1704 soll eine erste Werbeannonce im *Boston News-Letter* (↗ *Boston*) veröffentlicht worden sein. Wirklichen Auftrieb erlangte Werbung ab den 1830er Jahren mit der

Etablierung der modernen Printmedien (↗ *Media*). Diese boten als erster Werbeträger die Möglichkeit, ein Massenpublikum anzusprechen. Die Gründung der ersten Werbeagentur in ↗ *Philadelphia* durch Volney B. Palmer fand zu Beginn der 1840er Jahre statt. In den 1890er Jahren entstand das Agenturwesen als *big business* mit eigenen, professionell geführten Unternehmen.

Durch die Einführung des kommerziellen Hörfunks (↗ *Radio*) nach dem Ersten Weltkrieg und des Fernsehens nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden neue Trägermedien, welche sich über Werbung finanzierten und nicht wie Printmedien teilweise über den Kaufpreis. Damit waren sie dem Druck der Werbetreibenden stark unterworfen; neben Werbespots wurden gesponserte Sendungen und das ostentative Platzieren von Markenprodukten (*product placement*) gängige Praxis. Eine typische Werbestrategie bedient sich des sukzessiven Einsatzes von Medien; dabei dienen Printmedien, Plakate und Fernsehen der Produkteinführung, während das Radio den finalen Kaufanreiz setzt.

Werbung bezieht sich in neuerer Zeit zunehmend nicht nur auf Konsumprodukte, sondern auch auf *public relations*. Dabei folgt die Werbung immer wieder neuen Moden. In den 1960er Jahren wurde die *creative revolution* ausgerufen, die jedes Produkt mit einer speziellen Idee verband. In der nächsten Phase, dem *guerilla advertising*, wurden unkonventionelle Formen und Orte einbezogen. In den 1990er Jahren wurden im inzwischen diversifizierten TV spezielle Zielgruppen bedient, darunter Jugendliche mit den neuen Musikkanälen *Music Television* (MTV) und *Video Hits One* (VH1). Eine völlige Umorientierung brachte das Internet mit sich, hier ist bei Suchmaschinen wie *Google* und *Bing* eine personalisierte Werbung zur Norm geworden. Auch über soziale Netzwerke wie *Facebook* werden gezielt Kaufempfehlungen lanciert (*viral marketing*). Weitere Entwicklungen sind zu erwarten, so soll der Konsument via *geotargeting* auf dem Mobiltelefon dort angesprochen werden, wo er sich gerade aufhält.

Die Bedeutung der Werbeindustrie in den USA wirkt sich auch auf den globalen Markt aus. Einige der Agenturen bestimmen in hohem Maß die internationalen Rahmenbedingungen; manche Produkte und Marken werden heute nach einheitlichen Strategien weltweit beworben, wie etwa *McDonald's* oder ↗ *Coca-Cola*. Im Rahmen aktueller Debatten um die Bedeutung von Werbung werden einerseits die Stimulierung der Wirtschaft (↗ *Economy*) und die Entwicklung der Populärkultur (↗ *Popular culture*) positiv bewertet; andererseits wird die manipulative Kraft der Werbung kritisiert, die unter anderem für den übermäßigen Konsum von ↗ *Fast food* verantwortlich gemacht wird. Das 1957 veröffentlichte Werk des Marktforschers und Psychologen Vance Packard *The Hidden Persuaders* nahm eine kritische Position ihr gegenüber ein. Zu den Kritikpunkten gehört häufig der politische Einfluss der Werbewirtschaft, die faktisch einen erheblichen Teil der Medienberichterstattung finanziert.

Die Branche beansprucht für sich den Schutz der im ersten Verfassungszusatz (↗ *Bill of Rights*) garantierten Meinungs- und Pressefreiheit. Dennoch kam es zur staatlichen Intervention und Reglementierung der Werbung, etwa zum Verbot von Plakatwänden mit provokativen Inhalten. Jahrzehntlang war die Tabaklobby (↗ *Tobacco; Lobbying*) für ihr aggressives Auftreten bekannt, der Kongress (↗ *Congress*) dämmte dies ab 1970 ein, als er Tabakwerbung in Radio und Fernsehen verbot. Dies ändert aber nichts an der grundlegenden Kritik, dass die lauten Botschaften der Werbung problematische Leitbilder propagieren, dem Sexismus Vorschub leisten und Menschen zu Stereotypen degradieren.

↗ *Democratic Party; Political correctness; Republican Party.*

Packard, Vance, *Die geheimen Verführer* (Düsseldorf 1958); Kilbourne, Jean, *Can't Buy Me Love: How Advertising Changes the Way We Think and Feel* (New York 2000); McFall, Liz, *Advertising: A Cultural Economy* (Thousand Oaks 2004); Young, Charles E., *The Advertising Research Handbook* (Seattle 2008²); Moriarty, Sandra et al., *Advertising & IMC: Principles and Practices* (Upper Saddle River 2011⁹).

Hans-J. Kleinsteuber

Affirmative Action: *Affirmative Action* als aktive Gleichberechtigungspolitik ist zur Sammelbezeichnung für den gesamten Reformkomplex zur Herstellung gleicher Beschäftigungschancen für Angehörige ethnischer Minoritäten (↗ *African Americans; Asian Americans; Ethnic groups; Hispanics; Minorities; Native Americans*) und Frauen (↗ *Women*) geworden, der in Form von Ausführungsbestimmungen zum Abschnitt VII des Bürgerrechtsgesetzes (↗ *Civil rights; Law*) von 1964 geschaffen worden ist.

Das Bürgerrechtsgesetz wurde ursprünglich geplant, um die Rassendiskriminierung (↗ *Race relations*) in allen Lebens- und Arbeitsbereichen wirksam zu bekämpfen. Abgeordnete der Südstaaten (↗ *South*) hatten in der Hoffnung, das Gesetz würde wegen zu großer materieller Folgewirkungen keine Mehrheit im ↗ *Congress* finden, vorgeschlagen, auch Frauen in Abschnitt VII zu erwähnen. Das Gesetz passierte aber mit der Formulierung, niemand dürfe wegen seiner Rasse, Hautfarbe, ↗ *Religion*, wegen seines Geschlechts oder seiner nationalen Herkunft diskriminiert werden. Es gestattet lediglich *bona fide occupational qualifications* als Begründung für den Ausschluss bestimmter Gruppen – etwa die Besetzung einer männlichen Rolle in einem Theaterstück mit einem männlichen Schauspieler. Im Verlauf der Anwendung des Gesetzes ist diese Bestimmung immer enger ausgelegt worden, da es faktisch kaum Arbeitsplätze gibt, die ein Angehöriger einer ethnischen Minorität oder eine Frau nicht ausfüllen könnte. Gewohnheitsmäßiger Diskriminierung – durch Berufung auf Tradition – war damit der Boden entzogen. Die präsidentialen Ausführungsbestimmungen (↗ *Presidency*) fordern Arbeitgeber – und ebenso Gewerkschaften (↗ *Labor unions*), soweit sie über den Zugang zu Arbeitsplätzen

mitbestimmen – auf: „to take affirmative action“. Mit den *Executive Orders* 11246 (1965) und 11375 (1968) wurden allen Unternehmen, die mit dem Staat Verträge eingehen, zur Auflage gemacht, Angehörige ethnischer Minoritäten und Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt einzustellen und zu befördern, so lange, bis die geschützten Gruppen im betreffenden Unternehmen auf allen Ebenen einen Beschäftigtenanteil erreicht haben, der ihrem Anteil an der Arbeitsbevölkerung entspricht.

Revised Order No. 4 führte für alle Unternehmen mit staatlichen Aufträgen über mehr als 50.000 \nearrow Dollar und mehr als 50 Beschäftigten die Verpflichtung ein, *Affirmative Action plans* mit detaillierten Zielsetzungen und Zeitplänen aufzustellen und jährlich der überwachenden Bundesbehörde, dem *Federal Contract Compliance Program* (FCCP), im Arbeitsministerium zu berichten; 1977 bis 1982 galt dies gar für Aufträge ab 10.000 Dollar. In *Affirmative Action*-Plänen, zu deren Aufstellung alle staatlichen Institutionen wie alle von den Bestimmungen erfassten Unternehmen und Institutionen – zum Teil nach Gerichtsurteilen – verpflichtet werden, wird ein Verteilungsschlüssel, der die diskriminierten Gruppen angemessen berücksichtigt, sowie ein Zeitplan zu seiner Realisierung aufgestellt. Im Falle der Nichterfüllung drohen die Streichung der Staatsaufträge sowie unter Umständen hohe Entschädigungssummen für diskriminierte Bewerberinnen und Bewerber.

Anschließend an diese Verordnungen wurden im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Ausbildungsinstitutionen (\nearrow *Colleges and universities; Education*) ab den frühen 1970er Jahren sukzessive *Affirmative Action*-Programme bindend gemacht, entweder beruhend auf Titel VII des Bürgerrechtsgesetzes oder beruhend auf dem Gleichbezahlungsgesetz von 1963. An das *Department of Health, Education and Welfare* wurde über Zusätze zu Bundesgesetzen die Aufgabe delegiert, die Erstellung und Einhaltung aktiver Förderpläne an allen staatlichen Schulen, Universitäten und Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens (\nearrow *Health; Welfare state*) zu überwachen. Schließlich wurde 1978 noch eine Strafvorschrift gegen sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz (*sexual harassment*) hinzugefügt, denn in einer ganzen Reihe von Frauen geführter Prozesse war deutlich geworden, dass Diskriminierung am Arbeitsplatz die Form sexueller Belästigung annehmen kann.

Für Einzelklagen ist die im Justizministerium angesiedelte *Equal Employment Opportunity Commission* (EEOC) zuständig, für die wirksameren Verbandsklagen (*class action suit*), in denen Entschädigung für alle von einer bestimmten Form der Diskriminierung in der Vergangenheit betroffenen Personen gewonnen werden kann, das *Office of Federal Contract Compliance Program* (FCCP). Verbandsklagen sind von Frauengruppen wie der \nearrow *National Organization for Women* (NOW) und Bürgerrechtsorganisationen wie der \nearrow *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP) stellvertretend für betroffene Individuen und Gruppen

geführt worden. 2009 wurden vom FCCP 4.000 Unternehmen auf ihre Befolgung der Zielsetzungen der *Affirmative Action*-Bestimmungen überprüft.

Entscheidend für den antidiskriminatorischen Effekt dieser Gesetzgebung ist die Tatsache, dass die Beweislast beim Beklagten und nicht, wie in den meisten europäischen Ländern, bei der klageführenden Partei liegt. Erst die Antidiskriminierungsrichtlinie der *Europäischen Union* von 2004, die nur zögernd von den Mitgliedsstaaten umgesetzt wird, führte – nach dem Vorbild der USA – die Umkehr der Beweislast in Diskriminierungsklagen ein.

Die Geschichte der wechselnden administrativen Zuständigkeiten für die Umsetzung der Gleichberechtigungsreformen ist kompliziert; insgesamt gesehen hat sich aber bis 1989 eine die Reformen bestätigende Tendenz der Rechtsprechung gezeigt. Richtungsweisende Urteile des Obersten Gerichtshofes (↗ *Supreme Court*) wie *Griggs v. Duke Power* (1971) und *Teamsters v. U.S.* (1978) machten *Affirmative Action* bindend (↗ *Teamsters*). Sie machten nicht nur Regelungen des Arbeitgebers strafbar, denen die Intention der Diskriminierung (*prima facie*-Evidenz) nachgewiesen werden konnte, sondern auch solche, die diskriminierende Nebenfolgen haben könnten, und sie erkannten die Legitimität einer statistischen Beweisführung vor Gericht an, mit deren Hilfe nur die sogenannte indirekte Diskriminierung (*systemic discrimination*) – die am weitesten verbreitete Form der Diskriminierung –, bewiesen werden kann. In *Johnson v. Santa Clara County Transportation Agency* (1987) bestätigte der Oberste Gerichtshof noch einmal die Legitimität von freiwillig implementierten Förderplänen zugunsten von Frauen und Minoritäten (*preferential treatment*), und dies trotz einer Reihe gewonnener Klagen weißer Männer wegen umgekehrter Diskriminierung (*reverse discrimination*). Zwischen einem Drittel und der Hälfte der gesamten Wirtschaft (↗ *Economy*) waren zeitweise von den Antidiskriminierungsbestimmungen erfasst. Die Erfolge von *Affirmative Action* haben sich vor allem im vermehrten Zugang von Angehörigen ethnischer Minoritäten und Frauen in zuvor exklusiven Domänen weißer Männer niedergeschlagen (Bau- und Werftindustrie; ↗ *Automobile; Steel industry*), von denen jedoch in der Folge viele zu den schrumpfenden Bereichen der Wirtschaft gehörten. Dauerhaft haben sich für die geschützten Gruppen neue Aufstiegsmöglichkeiten ins mittlere und obere Management und im Zugang zu den *professions* ergeben; das *top management* großer Unternehmen ist für Frauen und Angehörige der Minoritäten nunmehr ins Blickfeld gerückt, jedoch bleibt deren Schritt auf diese Ebene immer noch eher selten; dafür wurde der Ausdruck der *glass ceiling* geprägt. Eine langfristige Wirkung hat sich aus der Öffnung der Ausbildungsinstitutionen ergeben – vor *Affirmative Action* hätten beispielsweise der erste afroamerikanische Präsident Barack Obama und seine Frau Michelle (↗ *First ladies*) nicht an den Elite-Universitäten (↗ *Ivy League*) studieren können, die sie beide besuchten.

Vor allem für Frauen brachte *Affirmative Action* sichtbare Erfolge in der Etablierung von Frauenstudien und -forschung an allen renommierten Universitäten, in der Zunahme ihres Anteils am akademischen Mittelbau und an den Lebenszeit-Professuren (1986 stellten Frauen 36% des gesamten Lehrpersonals an Colleges und Universitäten, 2009 45%; 2006 waren 31% der Lebenszeit-Professuren mit Frauen besetzt) sowie in ihrer Präsenz in den akademischen Standesorganisationen. Mehr Frauen als Männer schließen inzwischen ein Studium ab. Der durchschnittliche Lohnabstand zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Weißen und Schwarzen hat sich von über 40% des durchschnittlichen weißen Männerlohns in etwa halbiert. Der verbleibende geschlechtsspezifische Lohnabstand ist zum Teil auf die geschlechtsspezifische Verteilung der Arbeitsplätze zurückzuführen, denn die Mehrheit der Frauen – ob sie nun weiß sind oder ethnischen Minoritäten angehören – bleibt weiter in schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen konzentriert. An diesem Problem setzen seit Anfang der 1980er Jahre die *Comparable Worth*-Projekte – auch *pay equity* – der Frauenbewegung und einzelner Gewerkschaften an. In Zusammenarbeit mit kommunalen und staatlichen Behörden werden die typischen Männer- und Frauenarbeitsplätze unter deren Jurisdiktion nach Arbeitsanforderungen und Bezahlung neu bewertet, miteinander verglichen und die Punktzahl der Arbeitsanforderungen neu festgesetzt. Die traditionell schlechter bezahlten Frauenarbeitsplätze werden finanziell den Männerarbeitsplätzen angeglichen – gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Im *Comparable Worth*-Projekt der Stadt Denver, ↗ *Colorado* führte diese Prozedur zur Gleichbezahlung der Bibliothekarinnen mit den städtischen Lastwagenfahrern (↗ *Trucking*). Mehrere hundert *Comparable Worth*-Projekte sind erfolgreich abgeschlossen worden.

Anfang der 1980er Jahre kamen zu diesem Reformpaket noch die *set-aside*-Verträge kommunaler und staatlicher Stellen für *minority owned business* (MOB) und *women owned business* (WOB) hinzu, das heißt die Vergabe öffentlicher Aufträge nach den Kriterien von *Affirmative Action*-Plänen. Was anfangs ein Ablenkungsmanöver Präsident Ronald Reagans gewesen sein mag, um vom Versuch der Demontage der gesamten Reform abzulenken, wurde angesichts einer lang andauernden Rezession während der 1990er Jahre zum wichtigen Wirtschaftsfaktor.

1992 wurden 70.339 Beschwerden, die auf Abschnitt VII des Bürgerrechtsgesetzes beruhten, bei der *Equal Employment Opportunity Commission* eingereicht, nun zum Teil auch auf dem 1990 verabschiedeten Gesetz gegen Diskriminierung Behinderter (*Americans with Disabilities Act*) basierend (↗ *Disability rights*). Seit 1980 die Bestimmungen des FCCP gelockert wurden, hatte die Reagan-Regierung Klagen wegen umgekehrter Diskriminierung als *amicus curiae* unterstützt, durch die Besetzungspolitik von Richterstellen gegen die Antidiskriminierungspolitik Stellung genommen und die zügige Bearbeitung von Klagen im Arbeitsministerium behindert. Mit drei Urteilen – zur Bevorzugung von Firmen im Besitz von Angehörigen

ethnischer Minoritäten durch kommunale Verwaltungen; zum Vorrang der Senioritätsrechte weißer Männer; und zur Zulässigkeit statistischer Beweisführung in Diskriminierungsklagen – hatte der mehrheitlich unter Reagan neu besetzte Oberste Gerichtshof 1989 die Richtung seiner bisherigen Rechtsprechung, die die Wirksamkeit der *Affirmative Action* garantiert hatte, umgekehrt. Die Antidiskriminierungsreformen werden aber generell in der öffentlichen Meinung befürwortet, auch der anfängliche Widerstand von Seiten der Unternehmerorganisationen ist längst der Akzeptanz gewichen. Bürgerrechtsorganisationen, Frauenbewegung und Gewerkschaftsdachverbände hielten an *Affirmative Action* fest. Mit der Verabschiedung eines neuen Bürgerrechtsgesetzes im Oktober 1991 kann *Affirmative Action* unabhängig von reformfeindlichen Interpretationen des Obersten Gerichtshofes erhalten werden. Auch wenn es von Seiten der geschützten Gruppen Stimmen gibt, die *Affirmative Action* mit dem Argument der Entkoppelung von Karriere und Arbeitsleistung kritisieren, findet das Ziel einer Verteilungsgerechtigkeit bei den Arbeits- und Einkommenschancen nach wie vor einen breiten Konsens in der Öffentlichkeit. Demokratische Regierungen auf Bundesebene unterstützen *Affirmative Action* in der Regel, während republikanische Regierungen eher die Reichweite der Reformen einzuschränken suchen (↗ *Democratic Party; Republican Party*). Ein Volksbegehren in ↗ *California (Proposition 209, 1998)* gegen *preferential treatment* erhielt eine Mehrheit (↗ *States' rights*), aber etwa die großen Universitäten halten an ihren speziellen *Affirmative Action*-Programmen unter Berufung auf Bundesrecht fest; 2003 hat der Oberste Gerichtshof am Fall der *University of Michigan* deren Berechtigung zur Durchführung von Gleichberechtigungsprogrammen nochmals bestätigt. Seit 1995 hat sich eine bürgerrechtliche Opposition ausgehend von Kalifornien bundesweit etabliert – *Coalition to Defend Affirmative Action, Integration & Immigrant Rights and Fight for Equality by any Means Necessary* (BAMN).

Seit den ausgehenden 1980er Jahren haben Befürworter von *Affirmative Action* die Kampagnen des *gender mainstreaming* und des *diversity management*, die dieselben Zielsetzungen wie *Affirmative Action* verfolgen, jedoch nicht mit den für den Erfolg von *Affirmative Action* entscheidenden negativen (finanziellen) Sanktionen bewehrt sind, in der amerikanischen Öffentlichkeit vorangetrieben. *Gender mainstreaming* und *diversity*-Konzepte sind inzwischen weltweit exportiert worden, jedoch fehlt dieser Gleichstellungsstrategie der Biss, den sie als *Affirmative Action*, als gesetzliche Ausführungsvorschrift zur Herstellung von Chancengleichheit hatte und die nach wie vor das normative Fundament für Gleichberechtigungspolitik in den USA bildet.

↗ *Equal Rights Amendment (ERA); Women's Studies*.

Hohmann-Dennhardt, Christine, *Ungleichheit und Gleichberechtigung: Zur kompensatorischen Funktion von Frauenquoten in Rechts- und Sozialpolitik* (Heidelberg 1982); Schöpp-

Schilling, Hanna-Beate, „Förderpläne, Quoten, Zielvorgaben: Internationale Erfahrungen“, in: Hessische Staatskanzlei (Hg.), *Quotierung: Reizwort oder Lösung?* (Wiesbaden 1985), S. 47–57; Kramer, Helgard, „Affirmative Action: Die US-amerikanische Antidiskriminierungspolitik für Frauen und Angehörige ethnischer Minoritäten“, in: Helgard Kramer & Katrin Bauer (Hg.), *Frauenerwerbsarbeit und Frauenförderung in der privaten Wirtschaft Wiesbadens* (Wiesbaden 1992), S. 100–117; Anderson, Terry H., *The Pursuit of Fairness: A History of Affirmative Action* (Oxford 2004); Hausmann, Ricardo et al., *The Global Gender Gap Report 2009* (Geneva 2009).

Helgard Kramer

African Americans: Auch *Black Americans* oder Afroamerikaner. Die meisten *African Americans* sind direkte Nachfahren von ehemaligen Sklavinnen und Sklaven (↗ *Slavery*), einige auch von Einwanderern (↗ *Immigration*) aus Afrika, der Karibik oder Lateinamerika.

Historischer Überblick – Von der Sklaverei zur Bürgerrechtsbewegung

Die ersten Afrikaner erreichten die britischen Kolonien in Nordamerika im Jahre 1619 an Bord eines holländischen Sklavenschiffes und wurden als Indenturarbeiter (↗ *Indentured servitude*) in Jamestown, ↗ *Virginia* beschäftigt. Dabei unterschied sich ihre rechtliche und gesellschaftliche Position zunächst nicht von der der Weißen: Sie arbeiteten während einer vertraglich definierten Periode, um die Kosten ihrer Überfahrt abzuleisten und wurden dann in die Freiheit entlassen. Um 1640 besaßen mehrere afrikanische Familien Land in der Gegend um Jamestown – etliche wurden zu den reichen Landbesitzern gerechnet. Zwischen 1650 und 1750 setzte ein Prozess der Entrechtung und Diskriminierung afrikanischer *indentured servants* ein. Die Dienstzeiten wurden von zunächst sieben auf 21 Jahre verlängert, bevor die Unfreiheit lebenslang galt. Die Heirat von Weißen und Schwarzen wurde untersagt, Anspruch auf Besitz erschwert, die Aussage als Zeuge vor Gericht abgewertet, die Bewegungsfreiheit und das Recht auf Berufswahl eingeschränkt (↗ *Race relations*). Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war die Mehrheit der Schwarzen Sklave eines weißen Besitzers, der sie nach Belieben weiterverkaufen konnte.

Um 1775 machten Afrikaner knapp 20% der Bevölkerung in den britischen Kolonien Nordamerikas aus; damit waren sie die zweitgrößte ethnische Gruppe (↗ *Ethnic groups*) nach den Engländern. Während der ↗ *American Revolution* und im Britisch-Amerikanischen Krieg von 1812 kämpften Schwarze auf britischer wie auf amerikanischer Seite: in beiden Fällen mit dem Ziel, die eigene Freiheit zu sichern. Ab 1818 wurden Sklaven in den Staaten des Nordostens graduell emanzipiert, bis 1828 war die Sklaverei in einigen nördlichen Staaten wie ↗ *New York* und ↗ *Pennsylvania* abgeschafft, während sie in den Staaten südlich der Mason-Dixon-Linie im Zuge der sich entwickelnden Baumwoll-, Zucker- und Reisplantagen (↗ *Agriculture*) ab 1820 stark ausgebaut wurde. Die zunehmend brutale Ausbeutung von Sklaven

erzeugte Widerstand gegen die *peculiar institution* der Sklaverei unter Afroamerikanern und Weißen (↗ *Abolitionism*). Der Süden (↗ *South*) reagierte gegen die Abolitionisten mit Massengewalt, Repression und Strafverfolgung sowie einer Einschränkung der Redefreiheit, die auch weiße Gegner der Sklaverei einschloss.

1860 war die Zahl der Sklaven in den USA auf 3,5 Millionen angestiegen. Etwa 500.000 Afroamerikaner lebten als freie Schwarze vorwiegend im Nordosten der USA. Mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs (↗ *Civil War*) 1861 wuchs die Hoffnung auf das Ende der Sklaverei. 1863 unterzeichnete Präsident (↗ *Presidency*) Abraham Lincoln die Emanzipationsproklamation. Mit dem Sieg der Nordstaaten 1865 erlangten de facto alle Sklaven in den am Krieg beteiligten Südstaaten die Freiheit (↗ *Reconstruction*).

Der Norden überwachte ab 1865 den Prozess der Freilassung und Eingliederung der Schwarzen in den Arbeitsmarkt mittels der Armee (↗ *Military*) und des ihm untergeordneten *Freedmen's Bureau*. 1876 zog sich der Norden aus der Verwaltung der Südstaaten zurück und überließ zunehmend weißen Rassisten das Feld. Diese organisierten sich politisch in der Demokratischen Partei (↗ *Democratic Party*) und errichteten im ländlichen Süden eine segregierte Gesellschaft (↗ *Segregation*), in der die ehemaligen Sklaven als an die Scholle gebundene Pächter des im weißen Besitz befindlichen Landes ausgebeutet wurden. Das Wahlrecht (↗ *Voting*) wurde Afroamerikanern durch Lesetests, Kopfsteuern oder andere Einschränkungen weitgehend entzogen. Lynchmorde wurden nach 1880 zum skandalösen Regelfall: Bis 1918 wurden etwa 3.500 Afroamerikaner getötet. Bedingten Schutz bot die gegenseitige Solidarität, deren Träger zunehmend schwarze Kirchen (↗ *Religion*) waren; diese stellten das einzige legale Netzwerk von Afroamerikanern im Süden dar. 1896 segnete der ↗ *Supreme Court* die Politik der Segregation in der Entscheidung *Plessy v. Ferguson* ab und ebnete damit den Weg für eine 70 Jahre dauernde Praxis der amerikanischen Apartheid.

Die politisch und ökonomisch hoffnungslose Situation der Schwarzen im Süden löste gegen 1890 die massenhafte Migration in den Norden aus. Um 1900 lebten noch 90% aller *African Americans* im Süden. Im Zeitraum von 1900 bis 1920 verließen ihn zwei Millionen, um Diskriminierung, Gewalt (↗ *Violence*) und Arbeitslosigkeit (↗ *Unemployment*) – infolge der Modernisierung der Landwirtschaft und dem Befall der Baumwolle durch den Baumwollkäfer – zu entgehen. Sie ließen sich in ↗ *Chicago*, ↗ *Philadelphia* und ↗ *New York City* nieder, so dass diese Städte um 1920 mehr als ein Viertel aller Schwarzen im Norden beherbergten. Die 1909 gegründete ↗ *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP) setzte sich immer wieder gegen rechtliche Diskriminierung durch, endlich auch in der Frage der Segregation, der mit der höchstrichterlichen Entscheidung *Brown v. Topeka Board of Education* 1954 ein empfindlicher Schlag versetzt wurde (↗ *Education*). Dieses Jahr markiert auch den Beginn der Bürgerrechtsbewe-

gung (↗ *Civil rights*) des 20. Jahrhunderts, obwohl entscheidende Veränderungen schon in den 1940er Jahren stattgefunden hatten. Mit Aktionen wie *Sit-ins* in segregierten Einrichtungen oder dem gewaltfreien extralegalen Widerstand gegen die Rassentrennung – der *Montgomery Bus Boycott* 1955, die *Freedom Rides* 1961, die Mobilisierung schwarzer Wähler und auch Massendemonstrationen wie der *Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit* 1963 – erreichte die von Kirchen und Verbänden unterstützte Bürgerrechtsbewegung die schrittweise Zurücknahme diskriminierender Gesetze und Praktiken. Die Anführer der Bewegung wie Martin Luther King, Jr., Malcolm X, Ella Baker, Angela Davis, Huey P. Newton und Elaine Brown unterscheiden sich zwar in Ideologie und Strategie des schwarzen Befreiungskampfes, arbeiteten aber am gleichen Ziel: der Abschaffung von Rassismus und Diskriminierung. Die Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson konnten aus politischen Gründen die Bewegung nur halbherzig unterstützen. Die Verabschiedung des *Civil Rights Act* 1964 und des *Voting Rights Act* 1965 markierten das Ende der staatlich geduldeten Diskriminierung und stellten die politische Partizipation der Afroamerikaner sicher.

Gesellschaftliche und ökonomische Positionierung der Schwarzen

An den wirtschaftlichen Problemen hat sich trotz der Bürgerrechtsbewegung nicht viel geändert. Die rund 39 Millionen Afroamerikaner (↗ *Census*) machten im Jahr 2010 12,6% der Bevölkerung (↗ *Population*) der USA aus: Heute leben diese wieder mehrheitlich im Süden, auch wenn die größten Agglomerationen von *African Americans* im Norden – New York City mit mehr als zwei Millionen Afroamerikanern – und im Mittleren Westen (↗ *Midwest*) – Chicago mit etwa 950.000 afroamerikanischen Einwohnern – liegen. Die Armutsrate (↗ *Poverty*) sank zwar zwischen 1998 und 2004 von 26,5% auf 24,7%, gegenwärtig ist aber wieder ein umgekehrter Trend zu verzeichnen. Schon vor der Restrukturierung des Arbeitsmarktes in den 1970er Jahren waren afroamerikanische Arbeitskräfte am unteren Ende der Beschäftigungs- und der Lohnskalen zu finden. Diskriminierung am Arbeitsplatz und der fehlende Zugang zu hochqualifizierter Ausbildung und Weiterbildung führten zur mangelhaften Einbindung in den Arbeitsmarkt. In den 1970ern sorgte die Krise der Industrie, besonders die des Automobilsektors (↗ *Automobile*) für den Verlust vieler Arbeitsplätze. Die Leidtragenden dieser Entwicklung waren zuerst Angehörige des schwarzen Proletariats.

Das soziale Leben in den urbanen Ballungsgebieten (↗ *Urbanization and suburbanization*) ist gegenwärtig durch Hypersegregation geprägt. Der von der *National Urban League* erstellte *Equality Index* bildet die Realität des Lebens der Afroamerikaner statistisch ab. Dieser zeigt beispielsweise, dass schwarzen Familien zweimal so häufig ein Kredit für den Hauskauf verweigert wird wie weißen Familien und dass auch die Lebenserwartung von *African Americans* weitaus niedriger ist als die von

Weißer. Zudem sind Lehrer an Schulen mit vorwiegend schwarzen Schülern meist unerfahrener und schlechter bezahlt. Gefängnisstrafen (↗ *Prisons*) bei gleicher Schwere des Vergehens fallen für Afroamerikaner häufig härter aus als für weiße Straftäter. Gleichzeitig melden sich mehr Schwarze zum Militärdienst als weiße Freiwillige, ein klarer Ausdruck der sozialen Perspektivlosigkeit dieser Gruppe.

Experten argumentieren, die amerikanische Bundesregierung, die Einzelstaaten und die Stadtverwaltungen müssten die Hypersegregation durchbrechen, indem sie ein staatliches Wohnungsbauprogramm absegnen, mehr billigen Wohnraum in den Innenstädten bereitstellen, ein überzeugendes Konzept für den öffentlichen Nahverkehr entwickeln, verfallene Wohnblocks der Ghettos (↗ *Ghetto*) abreißen und den Umzug von *African Americans* in traditionell von Weißen besiedelte Gebiete durch Verbot von ökonomisch verkappten Diskriminierungen ermöglichen. Wichtiger noch ist ein antirassistischer Gegendiskurs, der die Ökonomisierung des Sozialen durchbricht und Empathie und Solidarität betont.

Kulturelle und literarische Einflüsse

African Americans hatten seit der Kolonialzeit einen außerordentlichen Einfluss auf die amerikanische Geschichte und Kultur (↗ *History*). Dies bezieht sich auf diverse Bereiche wie Landwirtschaft (Reis, Yams, Okra), Küche (↗ *Food*); Kunst (↗ *Art*), Literatur (↗ *Literature*) und Musik (↗ *Music*). Die Ursprünge afroamerikanischer Literatur liegen weit zurück. Die Sklaven Phillis Wheatley und Olaudah Equiano gelten als Vorreiter. Wheatley schrieb und veröffentlichte Gedichte – *Poems on Various Subjects, Religious and Moral* – während Equiano sich mit seiner Autobiographie *The Interesting Narrative of the Life of Olaudah Equiano, or Gustavus Vassa, the African* 1789 für den Kampf gegen die Sklaverei einsetzte.

Ein typisches Genre afroamerikanischer Literatur des 19. Jahrhunderts war die *slave narrative* – Berichte ehemaliger oder entflohener Sklaven über ihr Leben in der Gefangenschaft. Mehr als 6.000 ehemalige Sklaven aus Nordamerika und der Karibik (↗ *Caribbean culture*) beschrieben ihr Leben, darunter Frederick Douglass' *Narrative of the Life of Frederick Douglass* 1845 und Harriet Jacobs' *Incidents in the Life of a Slave Girl* 1861. Zwischen 1936 und 1938 wurden diesen publizierten *slave narratives* durch die *Oral History*-Aufnahmen des *Federal Writers' Project* (↗ *New Deal*) mehrere hundert Erzählungen hinzugefügt, die transkribiert auf Mikrofilm erhältlich sind. Mit dem Ende der Sklaverei nahm die Publikation afroamerikanischer Literatur deutlich ab, was wohl eher mit dem Interesse der weißen Leserschaft als mit der Produktivität von *African Americans* auf diesem Gebiet zu tun hatte.

Dies änderte sich mit der ↗ *Harlem Renaissance* und dem Mäzenatentum weißer Verleger und Bibliophiler, darunter Carl Van Vechten. Afroamerikanische Literatur war in der Zeit des *New Negro* thematisch wie formal vielfältig und kann als Teil des

Modernism betrachtet werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte schwarze Literatur eine weitere Blüte mit Autoren wie James Baldwin und Richard Wright. 1952 erregte Ralph Ellison mit *Invisible Man* großes Aufsehen. Gwendolyn Brooks gewann als erste Afroamerikanerin 1950 den Pulitzer-Preis (↗ *Pulitzer Prizes*) für den Gedichtband *Annie Allen*.

In den 1970er Jahren erreichte schwarze Literatur den Mainstream. Afroamerikanische Autoren veröffentlichten Bestseller und erhielten Literaturpreise. Diese Phase erhöhter Aufmerksamkeit wurde verstärkt durch die Etablierung der *African American Studies* als akademische Subdisziplin der Literatur- und Kulturwissenschaften (↗ *Colleges and universities*). 1968 erschien eine wichtige Anthologie schwarzer Literatur, herausgegeben von James A. Emanuel und Theodore L. Gross – *Dark Symphony: Negro Literature in America*. Im gleichen Jahr folgte *Black Fire: An Anthology of Afro-American Writing*, herausgegeben von LeRoi Jones, heute bekannt als Amiri Baraka. Toni Morrison half der Etablierung der afroamerikanischen Literatur sehr durch ihre Arbeit als Lektorin bei *Random House*, bevor sie selbst die herausragende Romancière des 20. Jahrhunderts wurde. Ihr erster Roman *The Bluest Eye* wurde 1970 veröffentlicht. 1988 gewann sie den Pulitzer-Preis für *Beloved*. Morrison wurde die erste afroamerikanische Autorin, die 1993 den Nobelpreis für Literatur erhielt. Alice Walker erhielt 1983 sowohl den Pulitzer-Preis als auch den *American Book Award* für den Roman *The Color Purple*. Große Bedeutung gewann Alex Haley mit der Veröffentlichung von *Roots*, ein *neoslave narrative*, in dem er die fikionalisierte Geschichte seiner Familie erzählt, die in Gambia versklavt und nach Nordamerika verschleppt wurde.

Afroamerikanische Musik gehört zum einflussreichsten kulturellen Erbe nicht nur der *African Americans*, sondern auch der dominanten weißen Kultur. Ausgehend von der geistlichen Musik (Gospel) erstreckt sich der Einfluss über ↗ *Blues* und *Ragtime* hin zu ↗ *Jazz*, *Rhythm and Blues*, *Soul*, *Rock and Roll* (↗ *Rock music*), *Funk*, ↗ *Hip Hop*, ↗ *Country music* und *Techno*. *African Americans* bestimmten die populäre Musikkultur der USA seit den 1970er Jahren. Stars wie George Clinton, Quincy Jones, Tina Turner, Aretha Franklin, Whitney Houston und Michael Jackson erlangten internationale Berühmtheit.

Die Aufstände in ↗ *Los Angeles* im Jahre 1992 – eine Reaktion auf die Polizeigewalt (↗ *Police*) gegenüber dem Afroamerikaner Rodney King – hatte einen Vorboten in Gestalt des *Gangsta Rap*. Dieser war in den Worten Ice Ts ursprünglich eine Auseinandersetzung mit der sozialen Realität des Ghettos in Los Angeles, *South Central*, in dem 1992 die schwersten Auseinandersetzungen und Plünderungen stattgefunden hatten. Die frauenfeindlichen Texte gehen auf die *baaadman tales* des

späten 19. und auf den Blues des frühen 20. Jahrhunderts zurück, stellen also traditionelle Teile populärer schwarzer Kultur dar.

↗ *Affirmative Action; Housing; Ku Klux Klan (KKK); Medicaid; Medicare; Minorities; Popular culture.*

Finzsch, Norbert et al., *Von Benin nach Baltimore: Die Geschichte der African Americans* (Hamburg 1999); Horton, James Oliver & Horton, Lois E., *Hard Road to Freedom: The Story of African America* (New Brunswick 2001); Burnim, Mellonee V. & Maultsby, Portia K., *African American Music: An Introduction* (New York 2006); Floyd-Thomas, Stacey et al., *Black Church Studies: An Introduction* (Nashville, TN 2007); Mintz, Steven (Hg.), *African American Voices: A Documentary Reader, 1619–1877* (Malden, MA 2009⁴).

Norbert Finzsch

Agriculture: Die Landwirtschaft spielte auf dem nordamerikanischen Kontinent bereits in der Kolonialzeit eine zentrale Rolle. Neben die Subsistenzproduktion trat im 18. Jahrhundert ein florierender Handel. Im Jahr 1860 machten Agrarprodukte 82 % der amerikanischen Exporte aus. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war der Agrarsektor der wichtigste Wirtschaftszweig (↗ *Economy*). Noch heute spielt die Landwirtschaft mit über zwei Millionen Betrieben und einem Verkaufserlös von etwa 300 Milliarden ↗ *Dollar* für Agrarprodukte eine wichtige Rolle in der amerikanischen Wirtschaft. Durch ihre Exportüberschüsse und ihre Pionierrolle in der Nutzung von Wissenschaft (↗ *Science*) und Technik (↗ *Technological development*) ist die amerikanische Landwirtschaft darüber hinaus seit dem 19. Jahrhundert ein Schlüsselakteur auf dem Weltagrarmarkt.

Entsprechend der naturräumlichen Diversität des Landes präsentiert sich die amerikanische Landwirtschaft als ausgesprochen vielgestaltig. Die historischen Ursprünge des Agrarexports liegen im Süden (↗ *South*), wo die Sklaverei (↗ *Slavery*) im Zusammenspiel mit dem warmen Klima (↗ *Climate*) den lukrativen Anbau von Reis und Tabak (↗ *Tobacco*) ermöglichte. Seit dem späten 18. Jahrhundert gewann die Baumwollproduktion an Bedeutung; inzwischen ist der Südosten der USA das Herz der Eier- und Geflügelproduktion (↗ *Meat industry*), während Baumwolle heute vor allem in ↗ *Texas*, Kalifornien (↗ *California*) und am Unterlauf des Mississippi angebaut wird. Die Milchwirtschaft spielt insbesondere in den Neuenglandstaaten sowie ↗ *Wisconsin* eine wichtige Rolle. Die agrarische Erschließung des Mittelwestens (↗ *Midwest*) im 19. Jahrhundert führte zu einer hochgradig mechanisierten Produktion mit riesigen rechtwinkligen Feldern, auf denen heute vor allem Weizen, Soja und Mais stehen.

Weiter westlich entstand in ariden Gebieten eine extensive Weidewirtschaft, sofern Bewässerung keine anderen Optionen eröffnete. Ein besonderes Kapitel ist die Landwirtschaft in Kalifornien, wo etwa die Hälfte der Obst- und Gemüseproduktion und zwei Drittel der Weltproduktion von Mandeln geerntet werden. Mit einem

Anteil von 11,4% an den US-amerikanischen Verkaufserlösen ist Kalifornien der Bundesstaat mit dem stärksten Agrarsektor, allein der Landkreis Fresno erwirtschaftete 2007 mit 3,7 Milliarden Dollar 1,2% der landesweiten Einnahmen. Ebenfalls überproportional an der Wertschöpfung beteiligt sind die Bundesstaaten Texas (7,1%), ↗ *Iowa* (6,9%), ↗ *Nebraska* (5,2%) und ↗ *Kansas* (4,8%).

Aufgrund der Institution der Sklaverei war die Agrargeschichte in den Südstaaten aufs Engste mit zentralen Konfliktfeldern des Landes verbunden, wobei die meisten Betriebe seit jeher – und heute zu mehr als 90% – fest im Besitz der Weißen sind. Der Landhunger der Siedler war auch der zentrale Antrieb für die Vertreibung und Bekämpfung der indianischen Ureinwohner (↗ *Native Americans*). Einrichtungen wie das *sharecropping*, das primär zwischen 1870 und 1950 in den Südstaaten existierte, liefen letztlich darauf hinaus, die persönliche Abhängigkeit der Schwarzen (↗ *African Americans*) von weißen Grundbesitzern durch eine ökonomische zu ersetzen. Die kalifornische Landwirtschaft, die im 19. Jahrhundert zunächst auf chinesische Arbeitskräfte (↗ *Asian Americans*) gesetzt hatte, ist heute ohne die Mitarbeit von (häufig undokumentierten) ↗ *Hispanics* nicht zu denken. Hinzu kam die schon früh erkennbare Sorge um die Nachhaltigkeit der amerikanischen Landbaumethoden und dabei besonders die Angst vor der Erschöpfung des Bodens. In den 1930er Jahren führte Dürre in den südlichen *Great Plains* zu spektakulären Staubstürmen (↗ *Dust Bowl*), die unter anderem eine Elendsmigration (↗ *Migration*) der sogenannten *Okies* (in Anspielung auf den schwer betroffenen Bundesstaat ↗ *Oklahoma*) nach Kalifornien auslösten.

Zur amerikanischen Agrargeschichte gehört auch die Idealisierung des unabhängigen *yeoman farmers* etwa durch Thomas Jefferson. Die Vorstellung des Landes als Gegengewicht zum politischen Unruheherd Großstadt (↗ *Urbanization and suburbanization*) spielte etwa eine wichtige Rolle beim *Homestead Act* von 1862, der jedem Bürger 160 Morgen Land zu günstigen Konditionen versprach und die Erschließung des Westens (↗ *West*) beförderte.

Die ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts gelten als die goldene Zeit der amerikanischen Landwirtschaft. Vorausgegangen war der agrarische Protest in der ↗ *Farmers' Revolt*, dem letzten Versuch, die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung zu einer allumfassenden politischen Bewegung in Frontstellung zur urbanisierten Gesellschaft zu vereinigen. Der Verfall der Agrarpreise nach dem Ersten Weltkrieg wurde zum Auslöser einer langwierigen Strukturkrise, die aus der Überproduktion resultierte. Hunger war im 20. Jahrhundert in den USA nie das Ergebnis eines absoluten Mangels an Nahrungsmitteln. Mit dem ↗ *New Deal* etablierte sich unter dem leuchtenden Leitbegriff der Einkommensparität eine bundesweite Politik der Unterstützung agrarischer Produktion, die bis in die Gegenwart fortreicht, so dass 2007 jeder landwirtschaftliche Betrieb im Durchschnitt 9.523 Dollar vom Staat erhielt. Daneben etablierten sich aber auch unauffälligere Methoden der Subventio-

nierung, so etwa durch die generöse Förderung der Bewässerungswirtschaft durch Damm- und Kanalbauten (↗ *Tennessee Valley Authority (TVA)*) oder niedrige Pacht für Land in Bundesbesitz (↗ *Ranching*).

Die Beschäftigung mit dem unbekanntem Land beförderte schon früh eine lebhaft literarische Debatte über agrarische Beobachtungen und Experimente. Die Akademisierung dieses Erfahrungsaustausches beförderte der *Morrill Land Grant Act* von 1862, der den Bundesstaaten Land zwecks Finanzierung universitärer Forschungsstätten (↗ *Colleges and universities*) für Fragen der Landbewirtschaftung zur Verfügung stellte. Auch wenn das agrarische Expertennetzwerk durch weitere Maßnahmen – so etwa die Einrichtung des *Cooperative Extension Service* als amtlichem Beratungsdienst 1914 – sukzessive gestärkt wurde, blieb lange Zeit noch viel Raum für schillernde Figuren wie Hardy Webster Campbell, einen nach 1900 sehr rühmigen Wanderprediger des Trockenlandbaus, dessen Lehren die akademische Forschung weder bestätigen noch widerlegen konnte. Mit dem Aufschwung von Forschung und Beratung wurde die Monopolisierung von Wissen in öffentlichen und privaten Körperschaften und die damit verbundene Macht zu einem Schlüsselthema; die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um *Monsanto* und *Syngenta* als weltweit aktiven Vorkämpfern der grünen Gentechnik sind hier nur das jüngste Kapitel. Die relative Marginalisierung der Landwirtschaft in der Gesellschaft führte nicht zu einem Verlust an politischer Bedeutung, sondern vielmehr zur Entwicklung einer mächtigen, aggressiv auftretenden Agrarlobby (↗ *Lobbying*).

Aufgrund des notorischen Mangels an Arbeitskräften auf dem Lande zeigte die amerikanische Landwirtschaft schon früh ein großes Interesse an technischen Innovationen. Zu den folgenreichsten Technologien gehörte die Egreniermaschine (*cotton gin*), die Ende des 18. Jahrhunderts die maschinelle Separierung der Baumwollfasern ermöglichte und damit eine mühselige Handarbeit obsolet machte; die Konsequenz war die Expansion des Baumwollanbaus und eine Neubelebung der Sklavenwirtschaft. 1837 erfand der Schmied John Deere in ↗ *Illinois* den Stahlpflug, der die Kultivierung des Präriebodens wesentlich erleichterte; das von ihm gegründete Unternehmen wurde zu einem agrartechnischen Weltkonzern. In den 1830er Jahren entstanden auch die ersten, noch von Pferden gezogenen Mähdreschmaschinen, die jedoch erst im 20. Jahrhundert nennenswerte Verbreitung fanden, nachdem sich die Traktoren in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg auf breiter Front in der landwirtschaftlichen Praxis durchgesetzt hatten.

Die Technisierung der Agrarproduktion reichte schon im 19. Jahrhundert über den landwirtschaftlichen Betrieb hinaus. Die Chicagoer (↗ *Chicago*) Schlachthäuser waren Zentrum eines ausgeklügelten Produktionssystems, das von den Ställen der Landwirte bis in die Läden reichte und gleichermaßen Bewunderung und Erschütterung provozierte. Besonders eindrücklich zeigen sich Chancen und Risiken der Technik- und Wissensrevolution bei der Einführung des Hybridmais in den

1930er Jahren: Die neuen Maissorten ermöglichten einen Produktivitätssprung, zwangen die Landwirte jedoch zum jährlichen Saatgutkauf und mithin in eine neue Abhängigkeit von anonymen Großkonzernen, da Hybridsorten nicht zur selbstständigen Nachzucht geeignet waren. Zu den zentralen Figuren in der Entwicklung des Hybridmaises gehörte der Agrarjournalist Henry Wallace, der von 1933 bis 1940 amerikanischer Landwirtschaftsminister und danach bis 1944 Vizepräsident war.

Westlich des 100. Längengrads hing die intensive Bewirtschaftung des Landes vielerorts an der Bewässerungsfrage. Im 20. Jahrhundert entstand hier zur Versorgung der Landwirtschaft ein aufwändiges großtechnisches Netzwerk aus Staudämmen, Wasserleitungen und Kanälen. 2008 arbeiteten etwa 207.000 landwirtschaftliche Betriebe mit künstlicher Bewässerung, wobei allein das *U.S. Bureau of Reclamation* etwa zwei Drittel der Betriebe bediente. Insgesamt wurden in diesem Jahr 54,9 Millionen Morgen Land mit 112 Milliarden Kubikmeter Wasser versorgt. Mehr als die Hälfte des für die Bewässerung verwendeten Wassers stammt aus Grundwasser und etwa 30 % aus künstlichen Zuleitungen. Die Kehrseite der Bewässerungswirtschaft waren zahllose Konflikte um Wasserrechte und die hohen Kosten der technischen Infrastruktur.

Neue Technik und neues Wissen ermöglichten vor allem im 20. Jahrhundert einen säkularen Produktionssprung: Hektarerträge schossen in die Höhe, Mastzeiten verkürzten sich, die Milchproduktion je Kuh stieg massiv. Was den Konsumenten (*↗ Consumer culture*) ein überreiches Angebot kostengünstiger Lebensmittel bescherte, war aus Sicht der Landwirte jedoch ein überaus ambivalenter Prozess. Die modernen Produktionsmethoden machten Landwirtschaft zu einem kapitalintensiven Sektor, während die Überproduktion die Preise drückte. Das Ergebnis war ein Spagat zwischen wachsenden Investitionskosten und sinkenden Erlösen, der als *prize-cost-squeeze* bezeichnet wurde. Damit wurden Agrarkredite zu einem politischen Schlüsselthema; nicht zufällig gehörte die Schaffung der *Farm Credit Administration* 1933 zu den ersten Maßnahmen der Agrarpolitik im Rahmen des *New Deal*.

Die im weltweiten Vergleich große Offenheit für wissenschaftliche und technische Innovationen ist inzwischen auch aus Konsumentensicht zu einer zwiespältig beurteilten Haltung geworden. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie die Verwendung hormoneller Präparate in der Tierproduktion sind auch in den USA umstritten und haben international Handelskonflikte angefacht, in denen sich vor allem die Europäische Union als Gegenspieler der amerikanischen Agrarlobby etabliert hat. Auch für die Produzenten birgt die technisch hochgerüstete Monokultur erhebliche und schwer zu bewertende Risiken, die sich etwa 1970 zeigten, als sich, bedingt durch den homogenisierten Genpool, ein zuvor harmloser Pilz durch die Agrarlandschaften fressen konnte und große Teile der Maisernte vernichtete.

Ein konfliktträchtiges Thema ist zudem die Verwendung von Pestiziden und anderen Pflanzenschutzmitteln, insbesondere seit der Veröffentlichung des Buchs *Der stumme Frühling* (*Silent Spring*) durch Rachel Carson 1962. In jüngster Zeit hat sich der Streit um die Massentierhaltung durch die Kontroverse um gigantische Tierfabriken zugespitzt, die zehntausende von Schweinen beherbergen und gravierende Folgen für Grund- und Oberflächengewässer sowie Anrainer aufweisen.

Das vielleicht wichtigste Kennzeichen des amerikanischen Agrarsektors im 21. Jahrhundert ist seine ungeheure Vielfältigkeit. Zur Landwirtschaft gehören zahlreiche Familienbetriebe, aber auch international operierende Agrar- und Lebensmittelkonzerne wie *Cargill*. Extreme Formen einer industriellen Massenproduktion stehen neben Qualitätsprodukten und international anerkannten Initiativen im Bereich des alternativen Landbaus, der über *Farmers' Markets* und *Community Assisted Agriculture* eigene Vertriebswege in der urbanisierten Gesellschaft entwickelt hat. Neben *Monsanto* und *Syngenta* steht das *Land Institute* in Salina, Kansas, das unter der charismatischen Leitung von Wes Jackson Methoden einer dauerhaften und nachhaltigen Getreideproduktion erforscht. Die Zukunft der amerikanischen Landwirtschaft könnte deshalb in ganz unterschiedlichen Produktionsverfahren liegen, die am Ende kaum noch mehr als den Namen gemeinsam haben.

Gardner, Bruce L., *American Agriculture in the Twentieth Century. How It Flourished and What It Cost* (Cambridge, MA 2002); Klohn, Werner & Windhorst, Hans-Wilhelm, *Die Landwirtschaft der USA* (Vechta 2007⁵).

Frank Uekötter

Air transport: Die Nutzung des amerikanischen Luftraumes nahm ihren Anfang mit den erfolgreichen Flugversuchen der Brüder Orville und Wilbur Wright. Während auch andere Erfinder wie Samuel P. Langley Flugexperimente unternahmen, war es der von den Wrights entwickelte *Flyer* – ein Doppeldecker mit beweglichen Tragflächen –, der am 17. Dezember 1903 am Strand von Kitty Hawk, ↗ *North Carolina*, erfolgreich abhob, fast eine Minute in der Luft blieb und dabei 260 Meter zurücklegte. Der Traum vom Fliegen war damit Wirklichkeit geworden. Die Wrights und andere Konstrukteure von Fluggeräten wie Glenn H. Curtiss und Glenn L. Martin konzentrierten ihre Anstrengungen in den Folgejahren auf die Weiterentwicklung der wrightschen Pioniertechnologie und die Entwicklung von Flugmaschinen, die zuverlässig zum Einsatz gebracht werden konnten. In den nächsten beiden Jahrzehnten erweiterte sich das Feld der Flugzeugbauer, die Unternehmen gründeten und Maschinen für die zivile und militärische Luftfahrt bauten: *Boeing* (1916), *Douglas* (1921) und *Sikorsky* (1925). Zwei Jahrzehnte nach dem Pionierflug der Gebrüder Wright bezeugte Charles Lindberghs Soloflug über den Atlantik 1927

einer Weltöffentlichkeit die technischen und operativen Fortschritte der amerikanischen Luftfahrtindustrie.

Kommerzielle Anbieter von Flügen beschränkten sich in den Anfangsjahren auf Dienstleistungen für die Landwirtschaft (↗ *Agriculture*) – Versprühen von Unkrautvernichtern – sowie den Transport von Luftpost. Hatte das *Post Office Department* seit 1918 mit eigenen Piloten und Flugzeugen Post transportiert, machte der *Air Commerce Act* von 1926 die Vergabe von Transportaufträgen an Privatunternehmen möglich. Die Zuständigkeit für Luftpost wechselte damit zugleich zu einem neu eingerichteten Luftfahrtbüro im Handelsministerium, das weitere Fördermaßnahmen für diesen neuen Wirtschaftszweig entwickelte (↗ *Economy*). Die Förderpolitik des Bundes stieß auf große Resonanz, und es entstand ein reger Wettbewerb um die lukrativen Bundesaufträge zwischen den zahlreicher werdenden Transportunternehmen. Bereits Ende der 1920er Jahre waren alle großen amerikanischen Fluggesellschaften wie *American Airlines*, *Continental Airlines*, *Delta Airlines*, *Eastern Airlines* und *United Airlines* sowie *Pan American Airways* (Pan Am), *Trans World Airlines* (TWA) und *Northwest Airlines* auf dem Markt vertreten und bedienten ein dichter werdendes Streckennetz.

Ihren Passagierbetrieb nahmen diese Fluggesellschaften erst Ende der 1920er Jahre beziehungsweise Anfang der 1930er Jahre auf, um neben dem Transport von Luftpost eine weitere Einnahmequelle zu erschließen. Zunächst stark regional ausgerichtete Streckennetze wurden schnell ausgebaut. Ab 1927 bot *Pan Am* eine Flugverbindung von Miami, ↗ *Florida*, nach Havanna, Kuba, an, und machte wenig später Ziele in Mittel- und Südamerika erreichbar (↗ *Inter-American affairs*); 1928 flog *Braniff Airways* Passagiere erstmals von Tulsa, ↗ *Oklahoma* nach Oklahoma City und expandierte dann in die Nachbarstaaten; *Pacific Air Transport*, ein Vorgänger von *United Airlines*, verband ab 1926 ↗ *Los Angeles* und Seattle, ↗ *Washington* mit zahlreichen Zwischenstopps. Vorangetrieben wurde die Entwicklung des kommerziellen Passagierluftverkehrs von Luftfahrtpionieren wie Juan Trippe (*Pan Am*), Eddie Rickenbacker (*Eastern Airlines*) und C.R. Smith (*American Airlines*). Sie setzten auf Expansion, was zur Vergrößerung des Streckenangebotes, dem Ausbau von Infrastruktur am Boden und der Weiterentwicklung von Flugzeugtechnologie führte. Ab Anfang der 1930er Jahre bot zum Beispiel *United Airlines* neben der Strecke entlang der Pazifikküste eine transkontinentale Verbindung zwischen ↗ *New York City* und ↗ *San Francisco* (circa 30 Stunden Flugzeit) an und flog Passagiere von ↗ *Chicago* über Kansas City und Oklahoma City nach Dallas. Als populäres Fluggerät erwies sich insbesondere die *Ford Trimotor* (↗ *Fordism*), ein robustes Flugzeug, das zehn Passagieren und drei Besatzungsmitgliedern Platz bot. Schon in den 1930er Jahren fand das Angebot der Fluggesellschaften regen Zulauf. Angesichts der expandierenden Streckennetze und abnehmenden Reisezeiten, mit denen Bus oder Eisenbahn (↗ *Railroads*) gerade auf den Verbindungen zwischen

den Küsten nicht konkurrieren konnten, entdeckten immer mehr Reisende das Flugzeug als neues Transportmittel. Hohe Ticketpreise reduzierten den Kundestamm allerdings auf ein wohlhabendes Publikum. Dazu gehörten auch Geschäftsreisende und Politiker – Franklin D. Roosevelt reiste als erster Präsident (↗ *Presidency*) mit dem Flugzeug – sowie Vertreter der Unterhaltungsindustrie (↗ *Film; Music; Theater*). Möglichen Vorbehalten gegenüber der neuen Transporttechnologie begegneten die Fluggesellschaften mit der aufsehenerregenden Maßnahme, Krankenschwestern als Flugbegleiterinnen einzustellen. *United Airlines* setzte als erste Fluglinie ab 1930 auf weibliches Kabinenpersonal, um eine angenehme Reiseatmosphäre zu erzeugen und Fachwissen beim Umgang mit Reisekrankheiten anzubieten. Denn aufgrund fehlender Isolierungen waren Flüge nicht nur extrem laut und kalt, sondern angesichts niedriger Reisehöhen je nach Wetter sehr turbulent. Die anderen Fluggesellschaften kopierten diese Praxis in den Folgejahren. Auch das Angebot von Speisen, Getränken und Unterhaltung – Lesestoff, ↗ *Radio* und Kartenspiele – zielte darauf ab, Reisenden ihren Aufenthalt an Bord so angenehm wie möglich zu gestalten.

Während es im Zweiten Weltkrieg zu einer Abnahme ziviler Reisebewegungen kam und amerikanische Airlines die Kriegsanstrengungen der Regierung durch Truppen- und Gütertransporte unterstützten, erlebte die zivile Luftfahrt in der Nachkriegszeit einen Boom. Immer mehr Menschen stiegen für Lang- und Kurzstreckenreisen von Bus und Bahn auf das Flugzeug um. 1960 reisten erstmals mehr Passagiere mit dem Flugzeug als mit den beiden anderen Transportmitteln. Alle amerikanischen Fluggesellschaften investierten in den Ausbau ihrer Flugzeugflotten und Streckennetze. *Pan Am* und *Northwest Airlines* waren dabei auf internationale Verbindungen spezialisiert. Ende der 1950er Jahre wurde der Umstieg von Propeller- auf Düsentechologie vollzogen (↗ *Technological development*). *Pan Am* flog ab 1958 mit der *Douglas DC-8* nach Europa. *American Airlines* setzte ab 1959 die *Boeing 707* für transkontinentale Verbindungen ein. Beide Flugzeuge waren wesentlich schneller als Propellermaschinen und boten einer größeren Zahl von Passagieren Platz. Die *DC-8* reduzierte die Flugzeit von New York nach London um eine Stunde auf 6½ Stunden. Hatten in der *DC-7* bis zu 105 Passagiere Platz gefunden, konnte das Nachfolgemodell mit bis zu 175 Plätzen bestuhlt werden. Da die Fluggesellschaften in einem regulierten Markt operierten, der keinen Preiswettbewerb zuließ, konkurrierten sie vornehmlich über moderne Technik, Sicherheitsperformance und den Service an Bord. Das Angebot an Speisen und Getränken wurde ebenso stark beworben wie die Kabinenausstattung und das Unterhaltungsprogramm. Zentrale Bedeutung kam dem weiblichen Kabinenpersonal und dem Erscheinungsbild der Flugbegleiterinnen zu, die das Leistungsangebot der Airlines personifizierten. Fluggesellschaften investierten in immer neue Uniformentwürfe.

Braniff Airways etwa setzte 1965 Modemaßstäbe durch die Kooperation mit dem italienischen Designer Emilio Pucci.

Der Ausbau der Flugzeugflotten und insbesondere die Einführung der *Boeing 747* – umgangssprachlich *Jumbo-Jet* – führten ab den späten 1960er Jahren zu Überkapazitäten. Die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Probleme wurden durch die Deregulierung des amerikanischen Flugmarktes im Jahr 1978 verschärft. Preisdikate und Streckenzuteilungen durch die Regulierungsbehörde, das *Civil Aeronautics Board* (↗ *Regulatory agencies*), wurden abgelöst durch den freien Wettbewerb zwischen den Airlines, zu denen sich eine Reihe von Billiganbietern wie *People Express* gesellte. Fluggesellschaften wie *Pan Am* und *Eastern Airlines* gelang es nicht, sich trotz wachsender Passagierzahlen auf die neuen Dynamiken des Marktes einzustellen. Beide Fluggesellschaften stellten 1991 ihren Betrieb ein, *TWA* folgte 1996. Seither ist es zu einer Reihe von Firmenfusionen gekommen. 2010 schlossen sich *United* und *Continental Airlines* zusammen. Sie bilden mit *Delta Airlines*, *American Airlines* und *Southwest Airlines* die größten derzeit auf dem amerikanischen Markt operierenden Fluggesellschaften. Parallel zur abnehmenden Rentabilität der Fluggesellschaften, die ihre Ursache vor allem in steigenden Betriebs- und Personalkosten sowie abnehmenden Ticketpreisen hat, ist für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ein stetiger Anstieg der Passagierzahlen zu verbuchen. 1950 reisten 17,3 Millionen Menschen mit dem Flugzeug; 1970 waren es 153,2 Millionen; 1990 456,7 Millionen. Im Jahr 2010 war die Zahl auf 780 Millionen Reisende angestiegen. Eine Unterbrechung erfuhr diese Entwicklung nach den Anschlägen auf das *World Trade Center* in New York am 11. September 2001 (↗ *Terrorism*). In den darauf folgenden Tagen kam es kurzfristig zu einer beispiellosen Einstellung aller Flugbewegungen im Luftraum der Vereinigten Staaten. Über mehrere Jahre hinweg war ein Rückgang des Fluggastaufkommens zu verzeichnen, der in den vergangenen Jahren allerdings wieder wettgemacht worden ist. Wenn auch die Begeisterung für das Flugzeug als Transportmittel seit den Anfängen der zivilen Luftfahrt stark abgenommen hat, erfreut sich seine Nutzung als schnelles Verkehrsmittel noch immer großer Beliebtheit, trotz zunehmender Kritik durch Umweltschützer (↗ *Environmentalism*).

↗ *Consumer culture; Popular culture.*

Szurovy, Geza, *Classic American Airlines* (Osceola 2000); Bilstein, Roger E., *Flight in America: From the Wrights to the Astronauts* (Baltimore 2001³); Crouch, Tom D., *Wings: A History of Aviation from Kites to the Space Age* (New York 2003).

Anke Ortlepp

Alabama: Bundesstaat im Südosten der USA. Im Südwesten liegt die *Mobile Bay* am Golf von Mexiko. 131.170 km² Fläche, 4,78 Millionen Einwohner, davon die Hälfte in oder um Birmingham, Mobile, Huntsville und Montgomery.

Nach Ende der *Mississippi-Kultur* um 1500 lebten die Indianer (↗ *Native Americans*) des namengebenden Stammes *Alabama* im Herzen des heutigen Staates. Ab 1519 bereisten spanische Eroberer das Gebiet, unter ihnen 1540 Hernando de Soto. 1702 gründeten die Franzosen Fort Louis nahe der heutigen Hafenstadt Mobile. Nach dem Siebenjährigen Krieg fiel das Gebiet Alabamas 1763 an Großbritannien, nach dem Unabhängigkeitskrieg (↗ *American Revolution*) 1783 an die USA. Ab 1798 war Alabama Teil des Mississippi-Territoriums (↗ *Territories*), ab 1817 eigenständiges Territorium, 1819 wurde es als 22. Bundesstaat in die USA aufgenommen. Bedingt durch den *Indian Removal Act* von 1830 verfügt der Staat heute über keinen großen Anteil an Indianern in seiner Bevölkerung.

Zum Zeitpunkt der Sezession 1861 waren 45 % der Einwohner Sklaven (↗ *Slavery*). Im ↗ *Civil War* sagte sich Alabama als vierter Staat von der Union los. Aufgrund der geografischen Lage war Alabama weniger Kriegsschauplatz, erlangte aber durch die Eisenbahnlinien strategische Bedeutung. Die Schlacht von *Mobile Bay* 1864, in der die Nordstaaten siegten, gilt als die letzte große Seeschlacht des Krieges.

Nach der ↗ *Reconstruction* war Alabama Teil des *Solid ↗ South*, der konstant die Demokraten (↗ *Democratic Party*) wählte. Diese sicherten sich bei der Wahl 1874 mit unlauteren Mitteln die Mehrheit und weiteten die Rassentrennung (↗ *Segregation*) immer weiter aus; 1901 wurde diese in die Verfassung des Bundesstaates aufgenommen. In den 1950er und 60er Jahren wurde Alabama zum Schauplatz wichtiger Ereignisse der Bürgerrechtsbewegung (↗ *Civil rights*); der *Montgomery Bus Boycott* der Jahre 1955 bis 1956 wird heute als deren Auftakt gesehen. 1965 bewegten sich drei Protestmärsche von der Stadt Selma in Richtung der Hauptstadt Montgomery. Auch Birmingham, wo Martin Luther King, Jr. nach der Festnahme bei einem Protest 1963 seinen *Letter from a Birmingham Jail* schrieb, gilt als wichtiger Ort der Bürgerrechtsbewegung.

Seitdem die Demokraten nach einem politischen Richtungswechsel 1964 ihre Mehrheit im Staat verloren, dominieren die Republikaner (↗ *Republican Party*) die politische Landschaft des Staates. Wirtschaftlich wandelte sich Alabama nach dem Bürgerkrieg von einem hauptsächlich landwirtschaftlichen Staat zu einem industriell geprägten. Die Eisen-, Stahl- und Eisenbahnindustrien wurden bestimmend für dessen Wirtschaft. Mobile entwickelte sich zu einem bedeutenden Seehafen. Heute spielen Luft- und Raumfahrt wie auch Medizintechnik eine große Rolle. Seit Ende der 1970er Jahre ist Birmingham zudem eines der größeren Bankenzentren im Süden der USA.

Rogers, William W. et al., *Alabama: The History of a Deep South State* (Tuscaloosa 1994); Sellers, James B., *Slavery in Alabama* (Tuscaloosa 1994²); Thomason, Michael V. R. (Hg.), *Mobile: The New History of Alabama's First City* (Tuscaloosa 2001); Flynt, Wayne, *Alabama in the Twentieth Century* (Tuscaloosa 2004); Auburn University, „Encyclopedia of Alabama“, www.encyclopediaofalabama.org (12.08.2010).

Torsten Kathke

Alaska: Ist der nördlichste, größte und am dünnsten besiedelte Einzelstaat der USA. Die im Jahr 2010 gezählten 710.231 Einwohner (↗ *Census*) leben auf einer Fläche von rund 1,5 Millionen km²; Alaska ist damit mehr als doppelt so groß wie ↗ *Texas*. Rund 15 % der Bevölkerung (↗ *Population*) bezeichnen sich als *American Indian and Alaska Native* (↗ *Aleutians; Eskimos; Ethnic groups; Native Americans*). Größte Stadt ist Anchorage mit 291.826 Einwohnern, Hauptstadt ist Juneau mit einer Einwohnerzahl von 31.275.

Alaska grenzt als einziger Staat der USA auf dem nordamerikanischen Kontinent an keinen der anderen Bundesstaaten. Es berührt im Osten und Süden Kanada, im Westen die Beringsee. Der Gipfel des Mount McKinley in Zentralalaska – auch *Denali* genannt – ist mit 6.194 Metern der höchste Punkt Nordamerikas. Alaska beheimatet 23 ↗ *National parks*. Weite Teile des Staates sind noch heute fast unberührte Wildnis (↗ *Wilderness*). Daher rührt auch sein Beiname *The Last Frontier* (↗ *Frontier*).

Ab Ende des 18. Jahrhunderts erkundeten Spanier und Briten die Region, außerdem entstanden russische Pelzhandelsplätze. 1867 wurde das Gebiet durch Bemühungen von US-Außenminister William H. Seward von Russland abgekauft. Bis 1884 erfolgte die Verwaltung durch die US-Armee (↗ *Military*), danach durch die Bundesregierung, von 1912 an war Alaska Territorium (↗ *Territories*), 1959 wurde das Gebiet als 49. Bundesstaat in die USA aufgenommen. Goldfunde im benachbarten kanadischen Yukon führten 1896 zu wachsendem Interesse an Alaska. 1897 und 1898 kamen zehntausende Goldsucher über Alaska zum *Klondike*. Durch den Zweiten Weltkrieg setzte ein Modernisierungsschub ein, auch die Einwohnerzahl stieg durch erhöhte Militärpräsenz (↗ *Military*). Obwohl die Anwesenheit des Militärs nach Ende des Krieges wieder abnahm, bestimmte es im ↗ *Cold War* weiter die Wirtschaft Alaskas (↗ *Economy*). Während dieser Zeit erfolgte der Bau und Ausbau des *Alaska Highway* durch Kanada.

Nach der Entdeckung von Öl (↗ *Natural resources; Oil industry*) in der *Prudhoe Bay* 1968 und der Ölkrise 1973 wurde mit dem Bau des *Trans-Alaska Pipeline System* und der Förderung von Öl begonnen. Damit verbunden ist der *Alaska Permanent Fund*, durch den ein Teil des Geldes aus der Ölwirtschaft angelegt und daraus jedem Einwohner jährlich eine bestimmte Summe als Bürgergeld ausgezahlt wird. Die Katastrophe der *Exxon Valdez*, einem Öltanker, der 1989 im *Prince William Sound*

auf Grund lief, belastete die Küste Alaskas mit rund 40 Millionen Litern Öl. Dies verschärfte die Debatte um Ölförderung in der *Arctic National Wildlife Refuge*, die bis heute stark polarisiert (↗ *National wildlife refuges*).

↗ *Environmentalism*.

Naske, Claus-M. & Slotnick, Herman E., *Alaska: A History of the 49th State* (Norman 1994²); Haycox, Stephen, *Alaska: An American Colony* (Seattle 2002); Langdon, Steve J., *The Native People of Alaska: Traditional Living in a Northern Land* (Anchorage 2002⁴); Whitehead, John S., *Completing the Union: Alaska, Hawai'i, and the Battle for Statehood* (Albuquerque 2004); Kollin, Susan, *Nature's State: Imagining Alaska as the Last Frontier* (Chapel Hill 2007²).

Torsten Kathke

Aleutians: Die Aleuten (oder Eigenbezeichnung Unangan), eine der ↗ *Ethnic groups* in ↗ *Alaska*, leben heute auf der Alaska-Halbinsel und auf den drei östlichsten Inseln der 1.900 km langen Aleuten-Kette. Ursprünglich waren alle der *Aleutian Islands* bewohnt. 15.000 bis 30.000 Personen lebten auf den 300 Inseln, als 1741 Vitus Jonassen Bering im Auftrag des Zaren Peter I. die Küsten der Alaska-Bucht entdeckte. Aus der Bering-Expedition stammen die ersten Zeichnungen und Beschreibungen der Aleuten und ihrer Häuser, Boote und Waffen. Sie lebten in festen Siedlungen, von denen aus sie Meeres- und Landsäuger jagen konnten. Ihre Häuser waren sehr groß und jeweils von mehreren Familien bewohnt. Es existierten drei soziale Klassen: die Wohlhabenden, eine Mittelschicht und die Sklaven (↗ *Slavery*). Wie bei den ↗ *Eskimos* gab es auch bei den Aleuten keine übergeordnete oder politische Organisation dieser Gesellschaft von sesshaften Jägern. Die Regel war, dass jede Familie ihr Leben und ihren Alltag selbständig gestaltete. Jedoch beanspruchten die Bewohner einer Siedlung bestimmte Jagd- und Fischplätze. Die Nichtbeachtung dieser Rechte führte häufig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Zu der Kampfausrüstung der Aleuten gehörten aus Knochen- oder Holzplättchen gefertigte Panzerwesten und -umhänge. Erfolg auf der Jagd war die Voraussetzung für den Wohlstand der Gemeinschaft. Die Erlangung weiblicher Arbeitskraft zur Sicherung des Lebensstandards war mit Menschenraubzügen und kriegerischen Auseinandersetzungen verbunden.

Ab 1799, der Zeit der Gründung der *Russisch-Amerikanischen Gesellschaft*, wurde Alaska für die russische Krone erkundet, ausgebeutet und die auf etwa 2.500 Einwohner gesunkene Bevölkerung christianisiert (↗ *Religion*). Als Alaska 1867 an die USA verkauft wurde, erwarben Geschäftsleute aus ↗ *San Francisco* die *Russisch-Amerikanische Gesellschaft* und taufen sie in *Alaska Commercial Company* (ACC) um; heute gehört sie indigenen Gesellschaftern. Die russisch-orthodoxe Kirche bekehrte die Aleuten und die Eingeborenen des südöstlichen Alaska, sie schützte sie

aber auch vor den Exzessen der russischen Pelztierjäger und gründete die ersten Schulen Alaskas (↗ *Education*).

Der Angriff der Japaner auf die Westaleuten und die Besetzung amerikanischen Bodens konstituierten den *Thousand Mile War*. Das japanische Militär brachte die Zivilbevölkerung dieser Inseln in Gefangenschaft auf Hokkaido. Die Besetzung führte zur Evakuierung aller übrigen Inseln der Kette. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten viele Bewohner nicht zurück, die Inseln wurden jedoch während der Periode des Ost-West-Konflikts (↗ *Cold War*) mit umfangreicher Militärelektronik ausgestattet und hatten erhebliche strategische Bedeutung für die USA (↗ *Defense; Military*). Heute leben die 8.000 Aleuten vorwiegend von der kommerziellen Fischerei und bewohnen nur noch wenige Inseln. Die Kommandeur-Inselgruppe, die das westliche Ende der Inselkette bildet, gehört Russland, dort wohnen etwa 600 Aleuten.

↗ *Native Americans; Pearl Harbor; Population*.

Perras, Galen Roger, *Stepping Stones to Nowhere: The Aleutian Islands, Alaska, and American Military Strategy, 1867–1945* (Vancouver 2003).

Jean-Loup Rousselot

American Dream: Charakteristisch für den Begriff *American Dream* ist seine Unschärfe. Obwohl seine ideologischen Grundlagen weit in die amerikanische Geschichte (↗ *History*) zurückreichen – etwa zum Gründungsmythos des puritanischen Gemeinwesens (↗ *Puritanism*) in Neuengland oder zu den natur- und verfassungsrechtlichen Idealen der ↗ *Declaration of Independence* und der ↗ *Constitution* –, wurde er inmitten der Weltwirtschaftskrise 1931 vom Historiker James Truslow Adams zum ersten Mal verwendet, als sich das Land angesichts der krisenhaften wirtschaftlichen (↗ *Economy*) und sozialen Zuspitzung auf seine fundamentalen Werte zu besinnen und sich seiner ↗ *National identity* zu vergewissern suchte. Die große Bedeutungsbandbreite – seine inhaltliche Ausfüllung reicht von *individual success* bis *national purpose*, von *American consciousness* bis *world's salvation*, von *dream of liberty* bis *dream of material things* – hat seine schlagwortartige Verwendung und Verbreitung beschleunigt. Er lässt unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten zu und verwischt als vager Oberbegriff auch gegensätzliche Vorstellungen. So lässt sich ein inzwischen inflationärer Gebrauch auf allen gesellschaftlichen Ebenen durch Politiker (↗ *Political culture*), Schriftsteller (↗ *Literature*), Wissenschaftler (↗ *Science*), Journalisten (↗ *Journalism*) und Gesellschaftskritiker feststellen. Eine Eingabe des Begriffs bei Google erzielte 2012 rund 31 Millionen Ergebnisse. Sogar Präsident (↗ *Presidency*) Barack Obamas *State of the Union*-Rede von 2012 wurde in Presseberichten mit der Schlagzeile „American Dream in Peril“ eingeleitet. Und wenn man sich heutzutage um eine Arbeitserlaubnis für die USA bewirbt, kann man

sich an die Auswanderungsberatungsstelle *The American Dream* wenden (↗ *Immigration*).

Mehr als auf das Gemeinwohl insgesamt zielt der Begriff jedoch auf die – meist zukünftig noch zu verwirklichenden – Erwartungen von Einzelnen und Gruppen. Grundlage ist demnach ein schrankenloser ↗ *Individualism*; jeder, so lautet das Credo, könne durch harte Arbeit und eigene Willenskraft sein Leben selbst bestimmen und sich selbst verwirklichen. Im Umkehrschluss wird für sein Scheitern der Einzelne selbst verantwortlich gehalten. Gerade amerikanische Schriftsteller haben diese Kehrseite des amerikanischen Traums thematisiert – etwa Arthur Miller in *Death of a Salesman*, William Faulkner in seinem Essay *On Privacy ... The American Dream: What Happened to It*, Edward Albee in *The American Dream* und Norman Mailer in *An American Dream*.

Das Streben nach Glück und Erfüllung – *pursuit of happiness* – ist eingebettet in die Forderung nach Chancengleichheit und Zugang zu angemessener Bildung (↗ *Education*). Der Begriff *American Dream* suggeriert, dass individueller Fleiß den sozialen Aufstieg, materielle Absicherung und am Ende auch Wohlstand ermöglicht. In der *State of the Union*-Rede im Januar 2012 formulierte Präsident Obama dieses „basic American promise that if you worked hard, you could do well enough to raise a family, own a home, send your kids to college, and put a little away for retirement“. Einwanderer (↗ *Immigration*) kamen mit eben diesen Erwartungen in die USA; für viele von ihnen symbolisierte die ↗ *Statue of Liberty* den *American Dream*, der vielleicht nicht für sie selbst, aber zumindest für ihre Kinder und Kindeskiner Realität werden sollte. Martin Luther King, Jr. träumte 1963 vom Ende der Diskriminierung der afroamerikanischen Bevölkerung (↗ *African Americans*).

In den letzten Jahrzehnten sind solche hohen Erwartungen an die Versprechungen des *American Dream* mehr und mehr der Enttäuschung gewichen. Beinahe die Hälfte der Amerikaner glaubt ihnen nicht mehr, da die soziale und Einkommensungleichheit (↗ *Income distribution*) seit den 1970er Jahren enorm zugenommen hat, der Mittelstand Hausbesitz (↗ *Housing*) und eine Collegeausbildung (↗ *Colleges and universities*) der Kinder kaum mehr finanzieren kann und mehr Familien unter die Armutsgrenze gerutscht sind (↗ *Poverty*).

↗ *Capitalism; Family; Film; Popular culture*.

Freese, Peter, „America“ – *Dream or Nightmare? Reflections on a Composite Image* (Essen 1994³); Hochschild, Jennifer L., *Facing up to the American Dream: Race, Class, and the Soul of the Nation* (Princeton 1995); Cullen, Jim, *The American Dream: A Short History of an Idea that Shaped a Nation* (Oxford 2003); Jillson, Calvin C., *Pursuing the American Dream: Opportunity and Exclusion over Four Centuries* (Lawrence 2004); Johnson, Heather Beth, *The American Dream and the Power of Wealth: Choosing Schools and Inheriting Inequality in the Land of Opportunity* (New York 2006); Hanson, Sandra L. & White, John Kenneth (Hg.), *The American Dream in the 21st Century* (Philadelphia 2011).

Hartmut Keil

American English: Die Geschichte des Englischen in Nordamerika beginnt mit der Kolonialisierung im 17. Jahrhundert. Andere Einwanderersprachen wie Spanisch, Französisch, Holländisch, Deutsch (↗ *German Americans*), Norwegisch, Schwedisch, Schottisch, Walisisch, Irisch, Gälisch, Finnisch und Russisch wurden ebenfalls gesprochen, und der Wortschatz des Amerikanischen weist Entlehnungen aus vielen Einwanderersprachen auf (↗ *Immigration*). Insbesondere Ortsnamen und Bezeichnungen für Flora und Fauna wurden häufig auch aus Sprachen der indianischen Ureinwohner entlehnt (↗ *Native Americans*). Die Sprachenvielfalt blieb typisch bis ins 20. Jahrhundert, in dem dann vor allem im Zuge des Zweiten Weltkrieges alles, was nicht Englisch war, als unpatriotisch galt (↗ *Loyalty*). Englisch setzte sich immer mehr durch und wurde de facto zur Landessprache, obwohl es nicht in der ↗ *Constitution* verankert ist und de jure keinen offiziellen Status hat (↗ *Law*). Die fehlende Sicherung in der Verfassung wird seit Ende des 20. Jahrhunderts häufig kritisiert, da mit neuen Wellen von Einwanderern die Sprachenvielfalt wiederbelebt wurde und wird. Dass dies nicht von allen Amerikanern gern gesehen wird, zeigt die *Official English* oder *English Only* genannte Bewegung. Sie basiert auf der Ansicht, dass die nationale Einheit, die Identität der amerikanischen Nation, ja selbst die Zukunft der englischen Sprache an sich durch den Gebrauch von Einwanderersprachen bedroht ist (↗ *National identity*). Hauptziele der Bewegung sind Einflussnahme auf die Bildungspolitik und die Gesetzgebung (↗ *Education*). Ihre Vertreter streben jedoch keine Einflussnahme auf den privaten Sprachgebrauch amerikanischer Bürger an. Im öffentlichen Bereich ist ihr Ziel jedoch *English Only*. Zu diesem Zweck wurden private Organisationen wie *U.S. English* und *English First* in den 1980er Jahren gegründet. Sie verbreiten ihre Ideen über Internetseiten, Gesetzesinitiativen und öffentliche Schriften. Hauptanliegen der Bewegung ist die Eindämmung des Spanischen, aber auch anderer Einwanderersprachen (↗ *Hispanics*). 30 Einzelstaaten haben bisher *Official English*-Gesetze erlassen, weitere Initiativen liegen dem ↗ *Congress* vor. Im Einzelnen variiert diese Gesetzgebung von Staat zu Staat. Sie schließt jedoch meist mehr oder weniger weitreichende Restriktionen für die Verwendung anderer Sprachen im öffentlichen Sektor ein. Auf Bundesebene ist Englisch nur de facto, nicht aber de jure Landessprache. Über 80 % der ↗ *Population* (↗ *Census*) gaben in der Volksbefragung aus dem Jahr 2000 Englisch als Muttersprache an, und 96 % führten an, dass sie Englisch gut oder sehr gut sprechen. Die *Official English*-Bewegung wirkt in Anbetracht der Ergebnisse nicht nachvollziehbar und kann allenfalls als Unbehagen von Einsprachigen gegenüber allem Fremden erklärt werden sowie als Versuch, Gelder, die in bilinguale Programme und Übersetzungsdienste fließen würden, für andere Zwecke umzuwidmen.

Merkmale des amerikanischen Englisch

Das amerikanische Englisch unterscheidet sich von anderen nationalen Varietäten und insbesondere von der britischen vor allem in Aussprache und Vokabular. Grammatikalische und orthographische Unterschiede sind ebenfalls vorhanden, jedoch weit weniger auffällig. Auf der Ebene der Phonologie ist vor allem die im *General American*, dem amerikanischen Standardenglisch, durchweg vorhandene Rhotizität zu nennen. Darunter versteht man das Phänomen, dass im Amerikanischen jedes historische und damit auch in der Orthographie vorhandene /r/ ausgesprochen wird (vgl. *rain, car, hard*), während in nicht-rhotischen Varietäten etwa in England ein /r/ nur dann hörbar ist, wenn ihm ein Vokal unmittelbar folgt (etwa in *rain* aber nicht in *car* und *hard*). Ebenfalls sehr auffällig ist die andersartige Aussprache des Vokals in Wörtern wie *dance, pass, half* (vor nasalen Lauten, stimmlosen Konsonanten oder stimmlosen Frikativen), der im Amerikanischen wie in *trap* klingt, im britischen Standard wie in *calm*. In diesen beiden Fällen ist die amerikanische Aussprache konservativer und von einer Weiterentwicklung im britischen Englisch abgekoppelt. In anderen Fällen handelt es sich um amerikanische Lautveränderungen, die im Vergleich zum britischen Standard innovativ sind, etwa die Realisation von /d/ und /t/ zwischen Vokalen, die so schnell artikuliert werden, dass kein ausgeprägter Verschluss mit unterschiedlich langer Stimmunterbrechung entsteht. Der Effekt ist eine Verschmelzung von /t/ und /d/ in dieser Position, sodass Wörter wie *latter* und *ladder* gleich klingen. Andere Ausspracheeigenheiten helfen ebenfalls, einen Sprecher als Amerikaner zu identifizieren, sind jedoch nicht von Bedeutung für Wortunterscheidungen, führen also nie zu Missverständnissen, etwa die weniger diphthongierte Aussprache von *nose* und *rain* im Amerikanischen. Wörter wie *mobile, fertile, missile, sterile* werden ausgesprochen, als endeten sie auf *-el*, während sie in England den Vokal von *mile* in der Endsilbe aufweisen. In Wörtern wie *tune, student, duty, new* ist im amerikanischen Englisch kein Gleitlaut mehr vorhanden, sodass sie wie *toon, stoo-dent, doo-ty, noo* klingen. Auf der Ebene der Prosodie, das heißt der Betonung und Satzmelodie, sind ebenfalls Unterschiede vorhanden, etwa die deutlicher und mit Nebenbetonung ausgesprochenen Endungen *-ary, -ery, -ory* in Wörtern wie *secondary, surgery, preparatory* im Amerikanischen. Neben diesen systematischen Unterschieden in der Aussprache werden auch einige Einzelwörter unterschiedlich ausgesprochen, wobei es sich hier um historische Zufälle handelt, die zur Standardisierung der einen oder anderen Aussprachevariante geführt haben – so etwa in *tomato, glacier* oder *privacy*. Diese weisen im amerikanischen, aber nicht im englischen Standard Diphthonge in der betonten Silbe auf.

Lexikalische Unterschiede zwischen britischem und amerikanischem Englisch sind häufig. Besonders ausgeprägt sind diese in den Bereichen von Politik (↗ *Political culture*) und Gesellschaft: *state, congress, president*; im Bildungswesen (↗ *Education*):

high school, sophomore, associate professor; sowie in der mit Kraftfahrzeugen (↗ *Automobile; Trucking*) verbundenen Terminologie: *truck, trunk, indicator, highway, traffic circle, sidewalk*. Begriffe, die aus unterschiedlichen Einwanderersprachen entlehnt wurden, sind im amerikanischen Wortschatz gebräuchlich: *cookie, cole slaw, schnook, prairie*; in England ungewöhnlich bis unverständlich; manche haben sich über das Amerikanische weltweit im Englischen etabliert: *avocado, pasta, bagel*. Auf grammatikalischer Ebene ist das Amerikanische einerseits konservativ – etwa in der längeren Erhaltung des Konjunktivs (*they motioned that the meeting be closed*) –, andererseits innovativ in Regularisierungsprozessen – etwa bei der Fragekonstruktion *do you have* statt *have you*, im Ersetzen von *must* durch *have to*, bei regularisierten Vergangenheitsformen wie *dreamed* statt *dreamt*. Kollektive Substantive werden normalerweise im Amerikanischen mit dem Verb im Singular, im Britischen mit dem Plural konstruiert (vgl. *the committee has decided, the police was present*). Das Amerikanische bevorzugt das Verstärkungsadverb *pretty* gegenüber dem englischen *quite* (vgl. *pretty long*), es erlaubt die ältere unmarkierte Adverbform *slow* – etwa in Straßenschildern (vgl. *go slow*) – und in informeller Rede sehr häufig die unmarkierte Form *real* als Intensivierungsadverb (etwa in *real fast*). In Alltagsgesprächen neigen Amerikaner eher als Engländer dazu, das Hilfsverb im Satzinneren wegzulassen (vgl. *How you doing?; When you coming back?*). In bestimmten Konstruktionen entfällt die Infinitivmarkierung mit *to*, die im Britischen obligatorisch wäre (vgl. *I have to go get some milk. Proceeds will help establish a student support fund.*).

In der Orthographie sind Regularisierungs- und Vereinfachungstendenzen weiter fortgeschritten als in anderen Varietäten, etwa die schon vom Lexikographen Noah Webster im 19. Jahrhundert propagierte Schreibweise von *color, center* oder *program*, in der französische Konventionen englischen gewichen sind, oder die Vereinfachungen griechischer Entlehnungen (*encyclopedia, pediatric, orthopedic*) sowie Tendenzen, die Schreibung von Einzelwörtern zu vereinfachen (vgl. die konventionalisierte Schreibung von *tire, check, airplane* statt *tyre, cheque, aeroplane* und die unkonventionelle und in der Verwendung eingeschränkte vereinfachte Schreibweise von *nite* statt *night*). Die Verdoppelungsregeln für Konsonanten unterscheiden sich. Das Amerikanische verdoppelt nicht in *traveler, canceled, kidnaping* – wohl aber in *fulfillment* und *skillful*.

Niemand kann vorhersagen, wie sich die Unterschiede zwischen den verschiedenen Standardvarietäten des Englischen entwickeln werden. Auf der einen Seite führen internationale Kontakte, der Gebrauch des Englischen durch Millionen von Nichtmuttersprachlern weltweit und der Kontakt mit unterschiedlichen Varietäten in den Medien und im Internet (↗ *Media*) zu Globalisierungstendenzen und zu Konvergenz, unter anderem auch durch die Übernahme von Amerikanismen in andere Varietäten des Englischen. Auf der anderen Seite sind die Alltagsgespräche von Normalbürgern mehr von lokalen Tendenzen und Gebrauchsmustern bestimmt als

durch internationale Kommunikation und bewegen sich deshalb immer auch in orts- und landesspezifischer Weise auseinander, was dazu führt, dass die verschiedenen Varietäten des Englischen unterschiedlich bleiben und dass das amerikanische Englisch immer auch spezifisch amerikanisch bleiben wird.

Variabilität des Englischen innerhalb Amerikas

Obwohl die englische Sprache in Nordamerika sehr viel homogener ist als etwa in Großbritannien, haben sich über die Jahrhunderte sowohl geographische als auch soziale und ethnische Varietäten entwickelt (↗ *Regionalism*). Schon die Dialektforschung Mitte des 20. Jahrhunderts, die sich vor allem mit regionalem Dialektvokabular befasste und diverse Atlanten mit Wortkarten hervorbrachte, geht von vier Dialektgebieten aus, die durch spätere und mehr auf Aussprache basierte Forschung immer wieder bestätigt wurden: der Norden, die mittleren Staaten, der Süden und der Westen (↗ *Midwest; South; West*). Die Gründe für diese Unterteilung sind zum einen in der kolonialen Besiedlungsgeschichte, zum anderen in späteren Einwanderungsströmungen zu sehen. Obwohl das ursprünglich verwendete Dialektvokabular zum Teil nicht mehr aktiv verwendet wird, sind die Gebiete weiterhin unterschiedlich. Sprecher haben zwar ihre Gewohnheiten geändert, verwenden andere Begriffe und klingen anders als vor 60 Jahren, aber die grundlegenden regionalen Muster sind gleich geblieben und nutzen auch heute noch der lokalen Identifikation. Trotz der großen Mobilität und des rapiden technologischen und kulturellen Wandels (↗ *Technological development*) seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Dialektgrenzen nicht verschwunden oder gewandert, sondern haben sich eher gefestigt und weiter differenziert, vor allem in der Aussprache. Beispiele sind die fehlende oder variable Rhotizität in Neuengland, im Süden und in ↗ *New York City* und diverse Unterschiede in der Aussprache von bestimmten Vokalen – etwa die oft als *Southern Drawl* bezeichnete Diphthongierung kurzer Vokale im Süden. Ein großes Dialektprojekt unter der Ägide von William Labov, Sharon Ash und Charles Boberg bestätigte diese dialektalen Unterschiede und erfasst Wandel wie etwa die systematische Veränderung von bestimmten Vokalen im Gebiet der großen Seen (*Northern Cities Chain Shift*) und andere systematische Entwicklungen im Süden (*Southern Shift*).

Neben der regionalen Variation ist die soziale und ethnische Variabilität zu nennen. Labov, Amerikas wohl bekanntester Soziolinguist, hat in seiner Forschung überzeugend gezeigt, dass Sprachverhalten mit sozialen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung und Sozialstatus korreliert (↗ *Ethnic groups; Old age; Women*). Dies ist für alle Varietäten des Englischen der Fall und auch in Amerika zu beobachten, obwohl die Unterschiede hier subtiler sind als in England.

Ethnische Variabilität I – Ebonics

Besonders typisch für das amerikanische Englisch ist die ethnische Variation, vor allem die Sprache der ↗ *African Americans*. *African American English* ist eine neutrale Bezeichnung für das Englisch, das von Amerikanern afrikanischen Ursprungs in den USA gesprochen wird. Die unter Linguisten gebräuchliche Form *African American Vernacular English* (AAVE) trägt auch der sozialen Variation und der Tatsache Rechnung, dass nicht alle schwarzen Amerikaner *African American English* sprechen. Andere Bezeichnungen wie *Negro Dialect*, *Black English*, *Black Communications*, *African American Language* und *Ebonics* sind unter Linguisten aufgrund ihrer ungewollten Assoziationen nicht oder nicht mehr gebräuchlich (↗ *Political correctness*; *Race relations*). Merkmale von AAVE sind eine charakteristische Aussprache, grammatikalische Regeln, die vom Standardenglischen abweichen sowie ein reiches und schnell wechselndes Slangvokabular vor allem unter Jugendlichen (↗ *Youth culture*). Wichtiges Element für den schwarzen Klang ist neben segmentalen Ausspracheunterschieden eine typische, sehr rhythmische Intonation. Auf der Ebene der Grammatik gibt es systematische Unterschiede zwischen AAVE und Standardenglisch vor allem in der Verneinung und in der Verbalphrase. Verneinung mit *ain't* ist in vielen umgangssprachlichen Varietäten des Englischen gebräuchlich an Stelle von *am not*, *are not*, *is not*, *have not*, *has not*. Im AAVE aber wird dies noch weiter ausgeweitet auf *do not*, *does not* und *did not*. Ebenfalls mit anderen Varietäten des Englischen geteilt wird die alltagssprachliche doppelte oder mehrfache Verneinung (*I ain't seen nothing nowhere*). In der Verbalphrase ist neben Vereinfachungen auch eine Entwicklung komplexerer Markierungen zu beobachten. Während das Weglassen der Vergangenheitsmarkierung *-ed* (was phonologische Gründe hat) und die fast durchgängige Tilgung der unbetonten Kopula (*is*, *are*) Vereinfachungen gegenüber dem Standardenglischen sind, steht andererseits im AAVE ein sehr viel komplexeres System von Tempus- und Aspektmarkierung zur Verfügung: Dazu gehören drei verschiedene Vergangenheitskonstruktionen, ein Präsens und vier Futurkonstruktionen. Chronologisch von vergangen bis zukünftig angeordnet stehen folgende Formen zur Verfügung: *I been worked*, *I done work*, *I did work*, *I do work*, *I be working*, *I'm a-work*, *I'm a-gonna work*, *I gonna work*. Aspektmarkierung ist möglich für die habituelle (*I be working*), intensiv-habituelle (*I stay working*), intensiv-kontinuativ, nicht habituelle (*I steady working*) und perfekt-progressive Funktion (*I been working*).

Alle genannten Unterschiede zwischen AAVE und Standardenglisch sind nicht einfach eine fehlerhafte Verwendung des Englischen (Defizithypothese), sondern in sich konsistent und regelhaft (Differenzhypothese) – eine Erkenntnis, die Labov schon Ende der 1960er Jahre in seinem berühmten Artikel *The Logic of Non-Standard English* vertrat. Alle Merkmale, insbesondere die grammatikalischen, zeigen stilistische und soziale Variation. Mit anderen Worten: Nicht jeder

verwendet sie in jeder Situation, sondern sie kommen besonders häufig in der unteren Mittelschicht und der Unterschicht und in informellen Situationen vor. Manche AAVE-Merkmale gehen zurück, andere verbreiten und vertiefen sich, sodass weder von allgemeiner Konvergenz noch von allgemeiner Divergenz zwischen schwarzem und weißem Englisch gesprochen werden kann. Stilistische Variation, das Spielen mit sprachlichen Varianten, ist essentiell für die Konstruktion ethnischer Identität. Die aktuelle Forschung untersucht daher neben der Entwicklung der Merkmale selbst die Korrelationen zwischen Sprachgebrauch und außersprachlichen Faktoren einerseits und zwischen Sprachgebrauch und Bildungs- und Einstellungschancen andererseits. Das schwache Abschneiden vieler schwarzer Kinder im amerikanischen Schulsystem führte zu Versuchen, deren Bildungschancen zu erhöhen. Eine Initiative, die bis heute Debatten auslöst, war die Einführung von *Ebonics* in Schulen. Der Begriff *Ebonics* ist nicht eindeutig. Er wird verwendet für: (1) die aus dem Sklavenhandel (↗ *Slavery*) erwachsene internationale afrikanische Kultur, (2) das Englisch der Schwarzen als amerikanischer Dialekt oder (3) im Gegensatz zum Englisch der Schwarzen die als eigenständig eingestufte Sprache der Schwarzen in Amerika, die nicht als Dialekt des Englischen gesehen wird, und (4) die Sprache aller Afrikaner, die weltweit in der Diaspora leben. Die erste Bedeutung, also *Ebonics* als Bezeichnung der Kultur der Schwarzen, ist die ursprüngliche, die jedoch bald durch die anderen, mehr sprachlich orientierten erweitert wurde. Vor allem in der dritten Bedeutung wird der Begriff diskutiert, seit er 1996 von der Schulbehörde von Oakland (↗ *California*) verwendet wurde. Dies geschah in einer Resolution, die den Status einer separaten Sprache für AAVE proklamierte, um Gelder, die für bilinguale Schulprogramme reserviert waren, für schwarze Kinder investieren zu können und die Verwendung kontrastiver Sprachlehrmethoden zu rechtfertigen. In der ursprünglichen Resolution wird die Verwandtschaft von Standardenglisch und *Ebonics* eher aus politischen als aus linguistischen Gründen bestritten. Nur wenige Wochen später musste auf vielfältigen Protest von prominenten Schwarzen und von Sprachwissenschaftlern die radikale Behauptung, dass *Ebonics* kein englischer Dialekt, sondern eine eigenständige Sprache sei, abgeändert werden. Die Debatte hat das eigentliche Problem schwarzer unterprivilegierter Kinder nicht verändert.

Ethnische Variabilität II – Chicano English

Nicht nur das Englisch von Amerikanern afrikanischer Abstammung, sondern auch und vielleicht noch mehr das von *Hispanics* ist in diesem Spannungsfeld angesiedelt. Diese Sprache ist sehr dynamisch, verändert sich von Generation zu Generation und beinhaltet auch Sprachwechsel ins Spanische sowie zahlreiche Entlehnungen aus dem Spanischen. *Chicano* bezeichnet Amerikaner mexikanischer Abstammung,

Chicano English die Varietät, die von ihnen gesprochen wird und vor allem eine charakteristische Aussprache aufweist. Gleichgültig ob man von Interferenzen und Mischungen oder von einer eigenständigen regelhaften Varietät ausgeht, bleibt die Herausforderung dieselbe: Die effiziente Vermittlung von Standardenglisch ist der Schlüssel zu akademischem und wirtschaftlichem Erfolg der betroffenen Sprecher. Bilinguale und duale Schulprogramme haben in diesem Zusammenhang das Ziel, dies ohne Diskriminierung und ohne Aufgabe des sprachlichen und ethnischen Erbes zu tun. Ziel dieser Programme ist es, nicht nur Spanisch unter der Latinobevölkerung zu erhalten, sondern Mehrsprachigkeit auch über ethnische Grenzen hinweg zu fördern.

Die überwiegende Mehrheit der bilingualen und dualen Programme in den USA sind englisch-spanisch, aber auch andere Sprachen werden angeboten, in jüngster Zeit vor allem Chinesisch, Japanisch und Koreanisch (↗ *Asian Americans*). Diese Programme sind eine Chance, die ursprünglich vor allem im 19. Jahrhundert für Amerika so typische sprachliche Vielfalt wiederzubeleben. Amerika ist auch auf dem sprachlichen Gebiet ein Land der Gegensätze, von engstirnig, xenophob und monolingual orientiert bis hin zu weltoffen, interkulturell und multilingual orientiert (↗ *Multiculturalism*). Und nicht nur die Sprachenvielfalt wird sich in diesem Spannungsfeld entwickeln, sondern auch das Englische selbst, das schon immer ganz entscheidend durch den engen Kontakt mit und den Einfluss von anderen Sprachen geprägt wurde.

↗ *Affirmative Action; Colleges and universities.*

Tottie, Gunnel, *An Introduction to American English* (Malden 2002); Fought, Carmen, *Chicano English in Context* (New York 2003); Labov, William et al., *The Atlas of North American English: Phonetics, Phonology and Sound Change* (Berlin 2006); Wolfram, Walt & Schilling-Estes, Natalie, *American English* (Malden 2006²).

Brigitte Halford

American Football: Football ist die populärste Mannschaftssportart (↗ *Sports*) in den USA. Auf College-Ebene wie auch im professionellen Bereich sind die Besucherzahlen und Fernseheinschaltquoten seit den 1960er Jahren beim Football höher als beim Baseball. Bei American Football handelt es sich um eine Mischung aus Fußball und Rugby. Ziel des Spiels ist es, den Ball bis in die gegnerische Endzone zu bringen. Punkte können unter anderem dadurch erzielt werden, dass der Ball über die Ziellinie des Gegners getragen oder gekickt wird. Sieger ist jene Mannschaft, die am Ende der Spielzeit über die meisten Punkte verfügt.

Die Anfänge des heutigen Football gehen auf eine Spielform zurück, die sich in den 1870er Jahren an den Privatuniversitäten der Ostküste (↗ *Ivy League*) entwickelte. Um 1900 hatte sich das Spiel als beliebtester Collegespport etabliert; außerdem wurde es in den Industriestädten der Stahl- und Kohleregionen der USA, vor allem

in \nearrow *Pennsylvania*, gespielt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einer Standardisierung der Regeln im Football. Die heute gültigen Spielregeln gehen auf eine Symbiose des College-Footballs und des Profispiels zurück. Seit den 1960er Jahren haben diese sich weitgehend verfestigt.

Im Jahr 1960 wurde mit der American Football League (AFL) eine neue Liga gegründet, die der älteren *National Football League* (NFL) – in der bis 1946 eine strikte Politik der Rassentrennung galt – Konkurrenz machte. Aus der Rivalität zwischen den beiden expandierenden Ligen erwuchs ab 1967 der Kult um den *Super Bowl* – die Meisterschaft im American Football. Anfangs trat der Sieger der NFL gegen den Sieger der AFL an. Nach der Fusion der beiden Ligen im Jahr 1970 sind es die Spitzenteams der in je vier Divisionen untergliederten *National Football Conference* (NFC) und *American Football Conference* (AFC), die das Saisonfinale austragen. Der *Super Bowl* findet grundsätzlich am letzten Januarwochenende statt. Er gilt als der bedeutendste eintägige Event im US-Sport. Zugleich handelt es sich um die Einzelveranstaltung mit den höchsten Einschaltquoten sowie den teuersten Werbeminuten.

American Football wurde durch den *Super Bowl III* 1969 zum nationalen Ereignis. Damals besiegten die *New York Jets* überraschend die hoch favorisierten *Baltimore Colts*; ihr exzentrischer *Quarterback* Joe Namath wurde zum landesweit bewundernten Star.

An vielen Universitäten, etwa *Michigan State* und *Ohio State*, stellt die Qualität der kostenintensiven Footballprogramme die akademische Reputation der Hochschulen in den Schatten. Viele Universitätsstädte unterhalten gigantische Stadien. Die Profite, die College-Football und die NFL erzeugen, erreichen heute Milliardenhöhe. Erfolgsmotor der Vormachtstellung des American Football ist seine Medienpräsenz.

Seit den 1960ern wird das Spiel von afroamerikanischen Athleten dominiert. Auf globaler Ebene gelang es dem Sport, verschiedene Märkte unterschiedlich stark zu erschließen. Den lukrativ außerhalb der USA übertragenen NFL-Spielen steht das finanziell wie sportkulturell gescheiterte Experiment *NFL Europe* gegenüber. Speziell in Europa, wo Fußball die Sporträume weitgehend unangefochten regiert, wird American Football nur sporadisch gespielt und fristet ein marginalisiertes Dasein.

Watterson, John S., *College Football: History, Spectacle, Controversy* (Baltimore 2000); Oriard, Michael, *Brand NFL: Making and Selling America's Favorite Sport* (Chapel Hill 2007); Rielly, Edward J., *Football: An Encyclopedia of Popular Culture* (Lincoln 2009).

Walter Kühnel/Christian Orban

American Forces Network (AFN): Während des Zweiten Weltkriegs gegründeter Rundfunksender (↗ *Radio*) für die in Europa und Übersee stationierten US-Truppen (↗ *Military*). 1943 wurde auf Vorschlag der Generäle Dwight D. Eisenhower und George C. Marshall der Soldatensender AFN ins Leben gerufen und im Juli 1943 zusammen mit der *British Broadcasting Corporation* (BBC) in London gestartet. Den in Europa kämpfenden US-Truppen sollte damit die Möglichkeit gegeben werden, ein Unterhaltungs- und Informationsprogramm wie in der Heimat zu hören. Nach dem Ende des Krieges wurden in Deutschland Studios in Frankfurt – seit 1945 die Zentrale –, München, Stuttgart, Berlin und Bremen eingerichtet (↗ *American occupation of Germany*). Später kamen noch Studios in Nürnberg, Würzburg und Kaiserslautern hinzu. Mit einer Sendeleistung von zusammen 500 Kilowatt erreichte AFN in den 1960er Jahren ganz Europa. Der Hauptsender in Frankfurt gehört zu den stärksten europäischen Mittelwellensendern überhaupt. Seit 1974 stehen auch Ultrakurzwellenstationen zur Verfügung. Dazu versorgten seit Oktober 1976 Kabel- und Funknetze sämtliche Einrichtungen der US-Streitkräfte auch mit einem Farbfernsehprogramm (↗ *Television*). Analog dem System der privaten Rundfunkanbieter in den USA aufgebaut, wird das Programm heute in der Zentrale des *American Forces Radio and Television Service* in Alexandria, ↗ *Virginia*, produziert. Seit 2011 existiert zudem das *Defense Media Activity*-Zentrum in Fort Meade, ↗ *Maryland* (↗ *Defense*). Über Satellitenverbindungen wird nach Westeuropa, Tuzla in Bosnien und Herzegowina, Taszár in Ungarn, Asien und generell überall dahin gesendet, wo sich verstärkt US-Truppen aufhalten, also auch in den Irak und die Golfstaaten (↗ *Gulf wars*).

Finanziert vom amerikanischen Verteidigungsministerium und den Zuwendungen der deutschen Regierung für die alliierten Truppen, kommt *AFN Deutschland* ohne Werbung aus. Das Hauptquartier des europäischen AFN-Fernsehdienstes zog 2004 in die *Coleman Barracks* nach Mannheim. Durch den Abzug der US-Streitkräfte seit 1992 verlor der Sender aber so stark an Hörern, dass Sendestationen wie München, Bremerhaven und Berlin mit der Schließung der entsprechenden Kasernen vom Netz gingen. AFN produziert acht TV-Programme und zehn verschiedene Hörfunkprogramme, die die einzelnen AFN-Stationen verwenden können – sieben davon sind auf Musik ausgerichtet, zwei auf Sport und eins auf Nachrichten. Das 24-Stunden-Hörfunkprogramm, das mit seinen Musik- und Nachrichtenbeiträgen den *American Way of Life* vermittelte, erfreute sich nicht nur bei den Truppen, sondern auch bei einer großen deutschen Zuhörerschaft allgemeiner Beliebtheit. Vor allem Jugendliche, die kein Interesse an den deutschen Schlagern der Nachkriegszeit hatten, schalteten AFN ein und hörten ↗ *Jazz*, ↗ *Rock music* und *Country and Western* (↗ *Country music*). Damit beeinflusste der Sender auch die Musiklandschaft (↗ *Americanization*) in der Bundesrepublik nachhaltig. Der Programmaufbau

von AFN nach dem Prinzip von viel Musik und wenig Nachrichten wurde zudem zum Vorbild für die deutschen Hörfunkprogramme.

Heute kann man AFN-Programme auch digital über das ↗ *Internet* empfangen.

↗ *American Dream; Popular culture.*

Morley, Patrick, *This Is the American Forces Network: The Anglo-American Battle of the Air Waves in World War II* (Westport 2001).

Andreas Reichstein

American Jewish Committee (AJC): Die Organisation wurde am 11. November 1906 in ↗ *New York City* von Louis Marshall, Cyrus L. Sulzberger, Jacob Schiff, Cyrus Adler und Mayer Sulzberger – überwiegend Mitglieder der deutsch-jüdischen Elite der Stadt (↗ *German Americans; Jews*) – als Repräsentativorgan gegründet und stand von Anfang an der konservativen Bewegung im Judentum nahe, die sich um die Jahrhundertwende in New York und ↗ *Philadelphia* immer stärker etablierte; bereits 1887 war in New York die *Jewish Theological Seminary Association* gegründet worden. Das *Committee* bezog seine Legitimation aus den jüdischen Kongregationen; somit blieben jene amerikanischen Juden ohne Repräsentation, die keiner Kongregation angehörten, was dem AJC bereits im Vorfeld seiner Gründung Kritik einbrachte.

Die Einrichtung des *American Jewish Committee* war das Resultat einer langen Debatte um Art und Form einer säkularen und demokratischen Repräsentation des amerikanischen Judentums. Nach den Pogromen von Kischinew 1903 und 1905 war die Zahl von Juden, die in den USA eine neue Heimat fanden, enorm angewachsen. Im Gegensatz zu den zuvor existierenden jüdischen Organisationen forderte das *Committee* ein selbstbewusstes Auftreten als amerikanische Juden und suchte die Verletzung bürgerlicher und religiöser Rechte (↗ *Religion*) von Juden weltweit zu bekämpfen. Einer der ersten Erfolge war 1911 die Aufkündigung des russisch-amerikanischen Handelsvertrags infolge von Russlands Weigerung, Juden als amerikanische Staatsbürger (↗ *Citizenship*) anzuerkennen.

Schon bald erweiterte das AJC seinen Aufgabenbereich auf die Verteidigung der Bürgerrechte aller Amerikaner (↗ *Civil rights*), ohne Rücksicht auf deren religiösen oder ethnischen Hintergrund (↗ *Ethnic groups*), engagierte sich für Menschenrechte (↗ *Human rights*) und begann in den 1930er und 40er Jahren auch innerhalb der USA gegen Diskriminierung und Diffamierung (↗ *Anti-Defamation League (ADL)*) auf der Basis von ethnischer Herkunft und religiöser Orientierung vorzugehen und sich damit auch gegen die nationalsozialistische Propaganda in den USA zu wenden (↗ *Antisemitism; Nazi parties*).

Shoah und Zweiter Weltkrieg erweiterten seine Aufgaben und seine organisatorischen Strukturen: Das *Committee* expandierte international und engagierte sich für

die Unterstützung des Staates Israel durch die US-Regierung. Es wurde zum Sprachrohr überlebender Opfer des Nationalsozialismus, engagierte sich für den Aufbau jüdischen Lebens in einem demokratischen Europa und unterstützte die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen sowie die Entschädigung der Opfer. In den 1950er und 1960er Jahren stellte das *American Jewish Committee* eine gesellschaftliche Neudefinition der Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (*human relations*) an die Spitze seiner Arbeit gegen Diskriminierung.

Die politische Diskussion beeinflusste es mit seiner seit 1945 erscheinenden Zeitschrift *Commentary* (↗ *Magazines*), die zum Forum der Politik des *Committee* in der Gesellschaft und zu einem zentralen Organ des Neokonservatismus (↗ *Neoconservatism*) wurde. Bedeutung hat das *Committee* auch durch die Herausgabe des seit 1899 jährlich erscheinenden *American Jewish Year Book*, das Trends und Aktivitäten jüdischer Organisationen weltweit dokumentiert.

↗ *American Jewish Congress (AJC); Minorities; Political culture.*

Cohen, Naomi Wiener, *Not Free to Desist: The American Jewish Committee, 1906–1966* (Philadelphia 1972); Abrams, Nathan, *Commentary Magazine 1945–1959: A Journal of Significant Thought and Opinion* (Portland, OR 2007); Harris, David A., „The American Jewish Committee at 100“, in: *American Jewish Year Book* 106 (2006), S. 3–28.

Cornelia Wilhelm

American Jewish Congress (AJC): Der AJC formierte sich im März 1916 als loser Zusammenschluss verschiedener jüdischer Organisationen (↗ *Jews*) und als demokratische Alternative zum ↗ *American Jewish Committee (AJC)*, das sich aus den Kongregationen legitimierte und damit diejenigen, die aus Glaubensgründen (↗ *Religion*) oder wegen der finanziellen Belastung keiner Kongregation angehörten, nicht vertrat. Schon im Vorfeld seiner Gründung wurde von verschiedenen Gruppen – *Independent Order of B'nai B'rith*, *Union of American Jewish Congregations*, Zionisten und Sozialisten (↗ *Socialism*) – im amerikanischen Judentum eine Alternative diskutiert, die eine ständige Kommunikationsplattform der verschiedenen säkularen jüdischen Organisationen herstellen und so die Neugründung einer ausschließlich als Repräsentation der Kongregationen ausgelegten neuen Institution überflüssig machen sollte. Im Zuge der Diskussion um die Folgen des Ersten Weltkriegs für die jüdische Bevölkerung erhielt die Idee einer solchen Einrichtung erneut Bedeutung. Aus heutiger Sicht kann der *American Jewish Congress* quasi als erste *community relations*-Organisation bezeichnet werden. Deren Ziel lag darin, die religiösen und ethnischen Gruppeninteressen (↗ *Ethnic groups*) der Juden im amerikanischen Pluralismus zu vertreten (↗ *Multiculturalism*).

So wurde im Dezember 1918 in ↗ *Philadelphia* ein erster Kongress einberufen, der eine jüdische Delegation für die Teilnahme an der Friedenskonferenz von Versailles

nominierte. Schon kurz nach der Beschlussfassung konstituierte sich unter der Führung des Rabbiners und Zionisten Stephen S. Wise aus ↗ *New York City* und Louis D. Brandeis, einem Richter des ↗ *Supreme Court*, ein permanenter *American Jewish Congress*, der in den folgenden Jahren seine Strukturen verfestigte.

Ziel war es, die Kriegsfolgen für die europäischen Juden abzumildern und gleichzeitig die jüdische Präsenz in Palästina zu stärken. Viele der Mitglieder standen der zionistischen Idee sehr nahe. Als Reaktion auf den konzertierten Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland, welcher am 1. April 1933 unter den Nationalsozialisten begann, initiierte der *Congress* den *Joint Boycott Council* (JBC), welcher einen Gegenboykott der amerikanischen Juden gegen deutsche Waren propagierte. In dieser Zeit wurde auch der *World Jewish Congress* (WJC) nach dem Vorbild des *American Jewish Congress* gegründet.

Nach 1945 engagierte sich der *Congress* immer stärker für soziale Gerechtigkeit und spezifische soziale Aktionsprogramme. Dabei kam es zu engen Kooperationen mit der *American Civil Liberties Union* (ACLU) und der ↗ *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP). Die zionistisch ausgerichtete und links-liberal geprägte Organisation war immer an einem kritischen Dialog mit dem und über den Staat Israel interessiert. Der AJC versucht, seine Ziele primär durch Öffentlichkeitsarbeit und diplomatische und gesetzliche Initiativen durchzusetzen und war vor allem bei der Unterstützung sowjetischer Juden und der Opfer des Nationalsozialismus erfolgreich.

Seit 1985 verfügt der *American Jewish Congress* mit *Congress Monthly* über ein eigenes Magazin (↗ *Magazines*); zudem unterstützt er die Vierteljahreszeitschrift *Judaism: A Journal of Jewish Life and Thought*.

↗ *Political culture*.

Malino, Francis & Cohen, Phyllis (Hg.), *Essays in Modern Jewish History: A Tribute to Ben Halpern* (New Brunswick, NJ 1982); Jackson, John P., „Blind Law and Powerless Science: The American Jewish Congress, the NAACP and the Scientific Case Against Discrimination, 1945–1950“, in: *Isis* 91 (2000), S. 89–116; Mittleman, Alan et al. (Hg.), *Jewish Polity and American Civil Society: Communal Agencies and Religious Movements in the American Public Square* (Lanham 2002).

Cornelia Wilhelm

American Legion: Nationale Vereinigung der Veteranen (↗ *Military*) beider Weltkriege sowie späterer Einsätze, an denen die USA beteiligt waren. Sie wurde 1919 von Mitgliedern der *American Expeditionary Forces* (AEF) in Paris gegründet und am 16. September 1919 vom Kongress (↗ *Congress*) per Gesetz registriert. Mit ihrer gegenwärtigen Mitgliederzahl von etwa 2,4 Millionen setzt sich die *American Legion* unter dem Motto *For God and Country* gemäß ihrer Präambel für die Aufrechterhaltung eines hundertprozentigen Amerikanismus (↗ *Americanization*) ein. Sie ist eine

politisch mächtige, überparteiliche Lobbyorganisation (↗ *Lobbying*) in Sachen Fürsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Kriegsveteranen, in Fragen der nationalen Sicherheit (↗ *National security*) und in der Förderung eines patriotischen Amerikanismus.

Die Einrichtung der *Veterans Administration* im Jahr 1930, heute *Department of Veteran Affairs* (VA), wie auch die Verabschiedung des *Servicemen's Readjustment Act* von 1944 (↗ *GI Bill of Rights*) samt späterer Ergänzungen sind weitgehend auf Druck der *American Legion* entstanden. Gemeinsam mit ihrer Unterorganisation *American Legion Auxiliary* (ALA), in der etwa eine Million Frauen (↗ *Women*) organisiert sind, hat sie sich als Lobbyorganisation für Bildungs- und Sozialprogramme für Kinder eingesetzt. Eine zweite Unterorganisation sind die 1932 gegründeten *Sons of the American Legion* (SAL) mit über 300.000 Mitgliedern. In der Außenpolitik (↗ *Foreign affairs*) propagiert die *American Legion* eine Position der Überlegenheit, hohe Rüstungsausgaben (↗ *Military-Industrial Complex*) und eine angemessene Stärke für alle Zweige des Militärs, der Reserve und der Nationalgarde sowie umfassenden Zivilschutz. Im Rahmen eines breiten Programms für positiven Amerikanismus kooperiert sie mit bildungspolitischen Vereinigungen bei der Hilfe für die Einbürgerung von Einwanderern (↗ *Citizenship; Immigration*), befürwortet mehr Bundesgelder im Erziehungswesen (↗ *Education*), fördert Sportveranstaltungen (↗ *Sports*) und Pfadfindergruppen (↗ *Scouts*), organisiert Aktivitäten an patriotischen Feiertagen (↗ *Holidays*), setzt sich für die Arbeit des ↗ *Federal Bureau of Investigation* (FBI) und diverser Komitees gegen unamerikanische Umtriebe (↗ *House Un-American Activities Committee* (HUAC)) ein und unterstützt Aufklärungskampagnen über Kommunisten (↗ *Communist Party of the United States of America* (CPUSA)) und radikale Extremisten (↗ *Terrorism*).

Die *Legion* wird von einem *National Executive Committee* geleitet, hat eine Vielzahl von Kommissionen zu Bereichen wie nationale Sicherheit, Außenpolitik, Öffentlichkeitsarbeit und Finanzen eingerichtet und besteht aus etwa 14.000 örtlichen *American Legion Posts*, die in 55 *Departments* organisiert sind (50 in den US-Bundesstaaten plus fünf in ↗ *Washington, D. C.*, ↗ *Puerto Rico*, Frankreich, Mexiko und den Philippinen). In Deutschland gibt es einige *American Legion Posts* in Gemeinden mit amerikanischer Militärpräsenz, unter anderem in Augsburg, Heidelberg, Kaiserslautern und Mannheim. Die wichtigste Publikation der *American Legion* ist die Monatszeitschrift *American Legion Magazine*.

Wheat, George Seay, *The Story of the American Legion* (New York 1919); Moley, Raymond Jr., *The American Legion Story* (Westport 1966); Pencak, William, *For God and Country: The American Legion, 1919–1941* (Boston 1989); Rumer, Thomas A., *The American Legion: An Official History, 1919–1989* (New York 1990); The American Legion, „History“, www.legion.org/history (13.10. 2011).

Rüdiger B. Wersich

American occupation of Germany: Die Grundlagen für die amerikanische Besatzung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden in den frühen 1940er Jahren entwickelt, als die Alliierten über die europäische Nachkriegsordnung berieten. Ihr übergeordnetes Ziel war es, eine erneute Aggression Deutschlands zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde Deutschland in drei Zonen (amerikanisch, britisch, sowjetisch) aufgeteilt und besetzt; später kam eine französische Zone hinzu. Die amerikanische Zone umfasste Bayern, Hessen, den nördlichen Teil des heutigen Baden-Württemberg sowie Bremen und Bremerhaven. Verwaltet wurde die US-Zone durch das *Office of Military Government, United States* (OMGUS), das anfangs von General Dwight D. Eisenhower, ab Herbst 1945 von General Joseph T. McNarney und ab 1947 von General Lucius D. Clay geleitet wurde. Seinen Sitz hatte OMGUS im ehemaligen I.G. Farben-Haus in Frankfurt am Main; die Wahl des Gebäudes hatte auch eine symbolische Bedeutung, da die I.G. Farben in den Augen der Amerikaner die Mittäterschaft der deutschen Wirtschaft an den Verbrechen des Nationalsozialismus symbolisierte. Diese Symbolik prägte auch die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gegen führende Politiker, Militärs, Bankiers und Bürokraten, die der deutschen Bevölkerung das Ausmaß ihrer Schuld vor Augen führen sollten.

Offiziellen Ausdruck fand diese US-amerikanische Politik in der Direktive *Joint Chiefs of Staff* (JCS) 1067, die im Frühjahr 1945 erlassen wurde und die amerikanische Besatzungspolitik regelte. Ihr zufolge war Deutschland als besiegtes Feindesland zu behandeln und jede Form von Wiederaufbauhilfe und Kontakt zu vermeiden (↗ *Fraternization*). Dies entsprach dem sogenannten ↗ *Morgenthau Plan* (benannt nach US-Finanzminister Henry Morgenthau, Jr.), der Deutschland in einen Agrarstaat (↗ *Agriculture*) zurückverwandeln sollte. Doch bereits zu dem Zeitpunkt, als JCS 1067 erlassen wurde, gab es Widerstand gegen die Direktive, und die Besatzungspraxis wich bald von ihr ab. Die vorgesehene Deindustrialisierung fand nicht statt; die US-Befehlshaber beschränkten sich auf die Entflechtung der Großindustrie und ermutigten ansonsten den wirtschaftlichen Wiederaufbau in ihrem Regierungsgebiet. Dies entsprach der Überzeugung, dass Europas dauerhafte Befriedung nur mit einem wirtschaftlich erfolgreichen Deutschland möglich sei – eine Annahme, die das *European Recovery Program* (ERP) verkörperte, das US-Außenminister George Marshall (↗ *Marshall Plan*) im Juni 1947 verkündete. Die besatzungspolitische Neuorientierung entsprach den strategischen Überlegungen des einsetzenden Kalten Krieges (↗ *Cold War*) und wurde im Juli 1947 zur offiziellen Handlungsgrundlage der amerikanischen Militärregierung in Deutschland erklärt: Direktive JCS 1779 setzte das Ziel, die Grundlagen für ein „stabiles und produktives“ Deutschland zu schaffen.

Verknüpft mit dem Aufbau der deutschen Wirtschaft und Infrastruktur war das Bemühen der amerikanischen Besatzer um die personelle und politische Erneue-

zung Deutschlands. Die Entnazifizierung (↗ *Denazification*) stellte einen zentralen Bestandteil dieser Arbeit dar, die der zivile Zweig der Besatzungsbehörden übernahm. Amerikanische Offiziere ernannten bereits kurz nach der Eroberung neue Bürgermeister und besetzten die Stadt- und Regionalverwaltungen mit Personen, die sie für politisch weniger oder unbelastet hielten. Eine funktionierende Verwaltung war essentiell, um die aus den Konzentrations- und Arbeitslagern befreiten Gefangenen und die Flüchtlinge (↗ *Refugees*) zu versorgen, eine drohende Hungerkrise abzuwenden und politisches Chaos zu verhindern. Ab Ende August 1945 ließ die US-Administration politische Aktivitäten sowie die Bildung von Parteien auf lokaler Ebene zu; bereits Ende Mai hatte sie mit Fritz Schäffer den ersten bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit eingesetzt. Im Oktober wurde der Länderrat der amerikanischen Zone gegründet, ab dem Frühjahr 1946 fanden dort unter amerikanischer Führung die ersten freien Wahlen seit 1933 statt.

Demokratisierung und Entnazifizierung waren in der amerikanischen Besatzungspolitik eng miteinander verknüpft und OMGUS maß der kultur- und erziehungspolitischen Arbeit (↗ *Education*) größte Bedeutung zu. Hierbei wurde es von deutschen Exilanten (↗ *Exile; German Americans*) beraten, die in die USA geflohen waren. Diese argumentierten, dass das autoritäre, hierarchisch organisierte deutsche Bildungswesen die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten erleichtert habe; deshalb müsse der deutschen Jugend die Demokratie auf dem Bildungsweg nahegebracht werden. Folglich wurden Seminare für Lehrer veranstaltet, um die Schulerziehung von nationalsozialistischen Elementen zu befreien. Auch die Hochschulen und Universitäten wurden strengen Entnazifizierungsmaßnahmen unterworfen – allerdings nicht immer mit dem erhofften Erfolg. Als ähnlich schwierig erwies sich der Versuch, das deutsche Bildungswesen egalitärer zu gestalten: Die vorgesehene Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems scheiterte am Widerstand deutscher Bildungspolitiker. Überaus populär hingegen wurden die in vielen Städten der US-Zone errichteten Amerika-Häuser (↗ *German American relations; American Studies*). Sie enthielten Bibliotheken, in denen amerikanische Literatur (↗ *Literature*) und vormals verbotene Werke zugänglich waren, veranstalteten Filmvorführungen (↗ *Film*) und Diskussionsabende und hielten Informationen über die Vereinigten Staaten bereit, die auf großes Interesse stießen. Von großer Bedeutung war auch die amerikanische Nutzung des Rundfunks in den besetzten Gebieten (↗ *Radio in the American Sector (RIAS)*).

Zur gleichen Zeit, als die Amerikaner 1948/49 von Frankfurt aus die Luftbrücke für Berlin organisierten (↗ *Berlin crises*), formulierte der Parlamentarische Rat, der die Landesparlamente der drei Zonen repräsentierte, unter aktiver Beteiligung der USA das Grundgesetz, das im Mai 1949 verkündet wurde. Mit dem Petersberger Abkommen vom November 1949 rückte die Bundesrepublik einen Schritt näher in Richtung Souveränität. Das Besatzungsstatut blieb weiterhin bestehen, doch eine zivile

Instand, die *High Commission for Occupied Germany* (HICOG), ersetzte die amerikanische Militärregierung und führte deren Arbeit fort. Formal endete die amerikanische Besatzung am 5. Mai 1955, als der Deutschlandvertrag mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge in Kraft trat. Allerdings wuchs die Zahl der in Westdeutschland stationierten amerikanischen Soldaten im Jahr 1952 auf 255.000, als die US-Armee im Kontext des Korea-Krieges (↗ *Korean War*) und des Ausbaus der *North Atlantic Treaty Organisation* (NATO) ihre Stützpunkte in Heidelberg und Stuttgart zur europäischen Kommandozentrale (*US Army, Europe and Seventh Army*) ausbaute (↗ *Military*). Von hier aus wurde später auch der Krieg in Vietnam (↗ *Vietnam War*) organisiert. 1962 erreichten die amerikanischen Truppenzahlen die vorläufige Höchstmarke von 280.000. Die überwiegende Mehrheit der US-Truppen wurde nach 1991 abgezogen, nachdem Deutschland mit der Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrags die vollständige Souveränität erlangt hatte.

Die amerikanische Präsenz in Westdeutschland und West-Berlin beschleunigte die Westintegration der Bundesrepublik und wirkte sich prägend auf die politische Kultur, die Selbstwahrnehmung und das Alltagsleben der Westdeutschen aus. Aus Besatzern wurden in den Augen vieler Westdeutscher Vertraute und Beschützer, die ihnen zugleich amerikanische Verhaltensweisen, Konsumgüter (↗ *Consumer culture*) und Populärkultur (↗ *Popular culture*) nahebrachten. Antiamerikanischen Vorbehalten (↗ *Antiamericanism*) zum Trotz beeindruckte der oft idealisierte *American way of life* mehrere Generationen Deutscher und trug zur Westernisierung (↗ *Americanization*) der Bundesrepublik bei.

↗ *Colleges and universities; New School for Social Research.*

Gimbel, John, *The American Occupation of Germany: Politics and the Military, 1945–1949* (Stanford 1968); Boehling, Rebecca, *A Question of Priorities: Democratic Reform and Economic Recovery in Postwar Germany* (Providence 1996); Fait, Barbara, „Supervised Democratization: American Occupation and German Politics“, in: Detlef Junker (Hg.), *The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945–1990: A Handbook* Bd. 1 (Cambridge, MA 2004), S. 57–64.

Corinna R. Unger

American Red Cross (ARC): Clara Barton gründete 1881 in ↗ *Washington, D. C.* die *American Association of the Red Cross*. Von Anfang an gingen die Aktivitäten über das von Henry Dunant gesetzte Ziel der Hilfe für Kriegsverwundete hinaus, denn das Rote Kreuz sollte auch in Friedenszeiten und bei Naturkatastrophen (↗ *Natural catastrophes*) sowie in Notzeiten helfen. 1893 wurde es in *American National Red Cross* (ANRC) umbenannt und erhielt im Jahr 1900 seine erste *congressional charter* (↗ *Congress*). 1905 wurde diese neu erlassen und ist, abgesehen von gelegentlichen Änderungen, bis heute gültig. Im Ersten Weltkrieg entwickelte sich das *American Red Cross* zu einer riesigen Hilfs- und Fürsorgeorganisation mit

3.864 regionalen Gruppen (*chapters*), 20 Millionen Mitgliedern und dem amerikanischen Präsidenten (*↗ Presidency*) als Ehrenvorsitzenden. Das 1917 gegründete *American Junior Red Cross* hatte im Jahr 1919 bereits elf Millionen Mitglieder. Im Zweiten Weltkrieg wurden die bisherigen Dienstleistungen durch einen neuen Service ergänzt: das Sammeln von Blutkonserven für das Militär (*↗ Military*). Ab 1948 wurde diese Leistung als ziviles Blutspendenprogramm fortgesetzt. Das ARC ist als Mitglied des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) an humanitären Hilfsprogrammen für Kriegsgefangene, Vermisste und Flüchtlinge (*↗ Refugees*) im In- und Ausland beteiligt. Regionale Blutbanken sind auch heute ein Hauptarbeitsgebiet; sie decken etwa die Hälfte des Bedarfs amerikanischer Kliniken (*↗ Health*). Neueren Datums sind die Rotkreuzprogramme auf kommunaler Ebene – Ersthelferausbildung, Fahrdienste und Gesundheitsvorsorge – sowie die Einsätze bei Katastrophen, die vom Menschen selbst verursacht wurden, wie zum Beispiel bei Chemie- und Ölungfällen (*↗ Oil industry*), Damnbrüchen, Nuklearunfällen (*↗ Nuclear power*) oder Ähnlichem. Die Arbeit des ARC beruht heute auf dem Einsatz von über einer halben Million freiwilligen Helfern (*↗ Volunteerism*), etwa 35.000 Angestellten und finanziert sich durch Spenden aus der Bevölkerung (*↗ Population*) und der Wirtschaft (*↗ Economy*) sowie über den Verkauf von Blut und Blutprodukten. Kritik wird gelegentlich daran geübt, dass ein substantieller Teil der Ressourcen und Aktivitäten auch in Friedenszeiten auf Dienstleistungen für das Militär verwendet wird. Wenn die Regierung diese Aufgaben übernehmen würde, stünden nach Meinung der Kritiker mehr Mittel für soziale Aufgaben zur Verfügung. Mit seinen vielfältigen Programmen und Aktivitäten gehört das ARC zu den größten und populärsten amerikanischen Wohlfahrtsorganisationen.
↗ Welfare state; Medicaid; Medicare.

Dulles, Foster Rhea, *The American Red Cross: A History* (Westport 1971); Gilbo, Patrick F., *The American Red Cross: The First Century* (New York 1981); Derr, Jeanine, *Labor and the American Red Cross* (Washington 1987).

Rüdiger B. Wersich

American Revolution: Die Amerikanische Revolution gilt als Geburtsstunde der Vereinigten Staaten. Ihr politisches Credo wird in ihren beiden zentralen Dokumenten, der *↗ Declaration of Independence* von 1776 und der *↗ Constitution* von 1787, zum Ausdruck gebracht. Im Allgemeinen wird mit *Amerikanischer Revolution* der Zeitraum zwischen 1763 und 1787 bezeichnet, in dem der Konflikt der 13 britischen Kolonien mit ihrem Mutterland zunehmend eskalierte. Dabei ging es um die politische, ökonomische und soziale Stellung der Kolonien und ihrer Bewohner innerhalb des britischen Herrschaftsverbandes.

Nach dem Sieg im *French and Indian War* (1754–1763), dem amerikanischen Part des Siebenjährigen Krieges, hatte Großbritannien, unter anderem um Konflikte mit den Ureinwohnern zu vermeiden, Siedlungsbeschränkungen erlassen und Soldaten in den amerikanischen Kolonien stationiert. Zudem hatte es mit der Einführung neuer Steuern und Zölle (*Sugar Act* 1764, *Currency Act* 1764, *Stamp Act* 1765) seine Finanzpolitik verschärft und eine Verwaltungsreform eingeleitet. Die Kolonisten sahen sich in ihren Rechten und Freiheiten beschnitten und reagierten mit Protesten und Boykott-Aufrufen. Aus dem Finanzstreit entwickelte sich ein Streit über die Rechte des britischen Parlaments in den Kolonien. *No taxation without representation* wurde nach den *Townshend Acts* von 1767, die den Import von Alltagsware in die Kolonien besteuerten, zum Kampfspruch der Revolution. In ↗ *Boston* führte der Widerstand gegen die Zölle zur Besetzung durch englische Truppen und schließlich zum *Boston Massacre* 1770, bei dem fünf Kolonisten durch Soldaten getötet wurden, was die Bevölkerung weiter gegen die englische Krone und ihre Truppen aufbrachte. In Boston fand 1773 nach dem *Tea Act* auch die *Boston Tea Party* statt, bei der als Indianer verkleidete Männer aus Protest gegen die britischen Regelungen des Tee-Imports mehrere Schiffsladungen Tee in den Hafen schütteten. Die britische Antwort waren 1774 die *Coercive Acts*, auch *Intolerable Acts* genannt, die wiederum zu heftigen Protesten und noch im selben Jahr zum *First Continental Congress* führten, in dem die Kolonien ihre Widerstandsbewegungen koordinierten. Der Konflikt mündete schließlich 1775 in einen offenen Krieg, in dem die 13 britischen Kolonien an der Atlantikküste, die zwischen den erst 1763 erworbenen britischen Besitzungen Quebec im Norden und Florida im Süden lagen, 1776 mit der *Declaration of Independence* einseitig ihre Unabhängigkeit verkündeten. Der Krieg endete, nachdem bei Saratoga (1777) und Yorktown (1781) zwei britische Armeen hatten kapitulieren müssen, nicht zuletzt dank der militärischen und finanziellen Unterstützung Frankreichs und weiterer europäischer Länder, mit der Anerkennung der amerikanischen Unabhängigkeit durch Großbritannien (1783) und der Ausdehnung des Territoriums nach Westen bis an den Mississippi. Nachdem die 13 Kolonien bereits seit den 1760er Jahren gemeinsame Aktionen gegen Großbritannien durchgeführt hatten (*Stamp Act Congress*, 1765; *First Continental Congress*, 1774), schlossen sie 1777 einen Staatenbund mit den *Articles of Confederation* als Übergangsverfassung, die 1781 in Kraft trat. Dieser Staatenbund, der den Einzelstaaten ihre volle Souveränität ließ, verfügte mit dem *Continental Congress* über eine gemeinsame Legislative, in der alle Staaten je eine Stimme besaßen. Seine politische Handlungsfähigkeit war jedoch begrenzt, da in der Regel Einstimmigkeit vorgeschrieben und der Kongress auf die Mitwirkung der Staaten angewiesen war, zumal er weder über eigene Einkünfte noch Zwangsmittel verfügte und sich nicht direkt an die Bürger wenden konnte.

Der Staatenbund war für die Lösung der anstehenden Probleme von der Weiterführung des Krieges bis zur finanziellen Bewältigung der Folgejahre und der Organisation der neuen Territorien zwischen den *Allegheny Mountains* und dem Mississippi zuständig. Damit war er längst nicht so erfolglos, wie seine innenpolitischen Gegner immer wieder behaupteten. Trotzdem erreichten diese schließlich die Einberufung der *Constitutional Convention* 1787, die, über ihre Befugnisse hinausgehend, eine neue, bundesstaatliche Verfassung (↗ *Constitution*) entwarf, welche am 17. September 1787 verabschiedet wurde. Nach ihrer Ratifizierung durch Konvente der Einzelstaaten trat sie 1788 in Kraft und ist bis heute die verfassungsrechtliche Grundlage der Vereinigten Staaten.

Der komplexe Handlungsablauf der Amerikanischen Revolution hat getreu des jeweils vorherrschenden politischen und intellektuellen Klimas in den Vereinigten Staaten in den unterschiedlichen Epochen zu verschiedenen Interpretationen geführt. Im 19. Jahrhundert glorifizierte man die Revolution und Staatsgründung als Verwirklichung des „Geistes der Freiheit“ (*liberty*), republikanischer Gesinnung sowie als Resultat der Weisheit, Weitsicht und moralischen Integrität (*republican virtue*) der *founding fathers* (Gründungsväter). Damit wurde das Revolutionäre des Prozesses abgemildert, bei dem etwa 20% der Bevölkerung, die *Loyalisten* oder *Tories*, regimetreu geblieben waren und 40.000 von ihnen auf Seiten der Briten gegen die *Patrioten* gekämpft hatten. 80.000 Menschen waren vertrieben, ihr Besitz beschlagnahmt und veräußert worden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, im *Progressive Movement* (↗ *Progressivism*), wurde der revolutionäre Konfliktcharakter der Ereignisse hervorgehoben. Dies wird mit dem bekannten Wort von Carl L. Becker illustriert, die amerikanische Revolution sei nicht nur ein Kampf um „home rule“ gewesen, sondern auch darum „who should rule at home“. Im Gegensatz dazu wurde auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges (↗ *Cold War*) in den 1950er und 1960er Jahren der Revolutionscharakter heruntergespielt und die Einheit aller patriotisch gesinnten Amerikaner für Freiheit und Selbstbestimmung herausgestrichen. In der Folgezeit standen wieder verstärkt unterschiedliche politische Konzepte, aber auch soziale Konflikte im Vordergrund – bis hin zu jenen, die von der Radikalität der *American Revolution* sprechen (Gordon S. Wood). Weniger wissenschaftlich begründet sind dagegen die politisch motivierten Versuche der religiösen Rechten (↗ *Christian Right*), auf dem christlichen Charakter der Ereignisse und der *founding fathers* zu insistieren.

Auch wenn es sich bei der Amerikanischen Revolution nicht um eine Sozialrevolution im Sinne der Revolutionen späterer Zeiten handelte, ging es um mehr als um einen reinen Unabhängigkeitskrieg. Aus der Notwendigkeit, in den 13 neuen Staaten politische Mitwirkung und Verantwortung auf eine neue Grundlage zu stellen, entstanden einige der ersten geschriebenen Verfassungen der Welt, von denen die von ↗ *Massachusetts* von 1780 bis heute in Kraft ist. Ihr Zustandekommen

war geprägt von weit divergierenden Vorstellungen politischer Partizipation und Repräsentation, deren radikal-demokratische Variante sich lediglich 1787 in ↗ *Pennsylvania* durchzusetzen vermochte. Diese Verfassung wurde dann 1793 das Vorbild für die Jakobinische Verfassung der Französischen Revolution. In den übrigen Staaten gelang es der aus heutiger Sicht überwiegend als liberal-konservativ einzustufenden politisch-sozialen Elite, den Gang der Ereignisse in ihrem Sinne weitgehend zu kanalisieren. Doch die von ihnen konzipierten Lösungen blieben offen genug, dass sich daraus in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bruchlos der Übergang in eine moderne demokratische Ordnung entwickeln konnte. Aufgrund dieser entscheidenden verfassungsrechtlichen Weichenstellungen konnten die mit der *Virginia Declaration of Rights* und der Unabhängigkeitserklärung 1776 verkündeten, allgemeingültigen politischen Ziele ihre integrierende Kraft und soziale Dynamik zunehmend entfalten. Mit der Schaffung moderner geschriebener Verfassungen, der Erklärung der Menschenrechte (↗ *Human rights*), der Konstituierung des Prinzips der Volkssouveränität und der Konzipierung der neuartigen Form des Bundesstaates hat die Amerikanische Revolution die Herausbildung und Entwicklung des modernen Konstitutionalismus bis zur Gegenwart stärker beeinflusst als nahezu jede andere Revolution. Die mit ihr verknüpften universellen Prinzipien von Freiheit und Gleichheit haben seither, wenn auch mitunter in widersprüchlicher Weise, das Land im Inneren und nach außen geprägt und bis heute nichts von ihrer sozio-politischen Virulenz verloren.

↗ *Checks and balances; Political system; Taxation.*

Wood, Gordon S., *The Radicalism of the American Revolution* (New York 1993); Ellis, Joseph J., *Sie schufen Amerika. Die Gründergeneration von John Adams bis George Washington* (München 2005); Dippel, Horst, *Die Amerikanische Revolution 1763–1787* (Berlin 2010); Allison, Robert J., *The American Revolution: A Concise History* (New York 2011).

Horst Dippel

American Security Council (ASC): Der ASC ist eine Stiftung (↗ *Foundations*) und zählt zur Pro-Rüstungslobby (↗ *Defense; Lobbying*), die sich insbesondere gegen jegliche Kürzung des Verteidigungshaushalts (↗ *Budget*) und gegen etwaige Abrüstungsbemühungen einsetzt. Die 1958 gegründete und nicht mit dem ↗ *National Security Council (NSC)* des Präsidenten zu verwechselnde Organisation galt als Zentrale des ↗ *Military-Industrial Complex* und erwies sich während des ↗ *Cold War* als einflussreich für die Debatte um die Ausrichtung der Sicherheitspolitik (↗ *National security*) gegenüber dem ideologischen und machtpolitischen Gegenpol des Kommunismus (↗ *Anticommunism*).

Der ASC ist ein Dachverband für extrem konservative Interessengruppen, ehemalige Militärs (↗ *Military*) und Diplomaten, Wissenschaftler und Geschäftsleute. Die Zielsetzung der hauptsächlich auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik

(↗ *Foreign affairs*) agierenden Organisation blieb auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts unverändert: Herstellen und Aufrechterhaltung der amerikanischen militärischen Überlegenheit und Verhinderung von Verträgen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung oder anderen internationalen Vereinbarungen, die die Handlungsfreiheit der amerikanischen Sicherheitspolitik einschränken würden.

In seiner Öffentlichkeitsarbeit setzt der ASC zum einen auf klassische Kampagnen in verschiedenen Medien (↗ *Media*), zum anderen auf gezieltes Lobbying auf Ebene des ↗ *Congress*. So initiierte die Gruppe Ende der 1970er Jahre als Kritik an der Entspannungspolitik von Präsident Jimmy Carter die viel beachtete Kampagne *Peace Through Strength*, welche zu einem der Schlagwörter der Präsidentschaft Ronald Reagans wurde. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts konnte der ASC weit weniger Resonanz für seine politischen Kampagnen erzielen. Dennoch blieb auch nach dem Wegfall des alten Feindbilds die Forderung des ASC nach einer Politik der Stärke in der Auseinandersetzung um die adäquate sicherheitspolitische Leitlinie präsent. Mit ihrer Neuauflage der Strategie des *Peace Through Strength* aus dem Jahr 2010 finden der ASC und andere konservative Aktivisten als Stimme gegen die Kürzung der Verteidigungsausgaben Gehör – gerade bei Politikern der ↗ *Republican Party*. Angepasst an Weltordnung und Sicherheitslage des 21. Jahrhunderts fordert die Strategie eine Modernisierung des nuklearen Abschreckungspotentials, ein nationales Raketenabwehrprogramm (↗ *Missile defense*), die Sicherung der amerikanischen Grenzen und die Verringerung der Energieabhängigkeit der USA. In der Frage militärischer Interventionen befürwortet der ASC einerseits entsprechend seiner strategischen Positionierung ein hartes Vorgehen gegen Bedrohungen der nationalen Sicherheit, etwa durch Terroristen (↗ *Terrorism*), steht aber andererseits Militäreinsätzen zum Schutz von Menschenrechten oder gewaltsamem Demokratieexport im Gegensatz zu vergleichbaren Gruppen des konservativen Spektrums (↗ *Neoconservatism*) skeptisch gegenüber.

Witzel, Rudolf, *Rüstungskontrollpolitik und Machtverständnis in den USA* (Frankfurt/Main 1988); Keller, Patrick, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush* (Paderborn 2008).

Rudolf Witzel/Florian Böller

American Studies: Die Amerikastudien entstanden in den 1930er Jahren in der Zusammenarbeit von Literaturwissenschaftlern (↗ *Literature*) und Historikern (↗ *History*) aus dem Versuch, in Abkehr von den Begrenztheiten der Einzeldisziplinen die spezifische Eigenart der amerikanischen Kultur angemessen zu erfassen und ihr Studium wirksamer als zuvor an den Universitäten (↗ *Colleges and universities*) zu verankern (Perry Gilbert Eddie Miller, F. O. Matthiessen, Ralph Henry Gabriel und Caroline Farrar Ware). In einer Zeit der wirtschaftlichen Depression (↗ *Great*

Depression), der Krise der Geistes- und Sozialwissenschaften, des Zweiten Weltkrieges und anschließend des Kalten Krieges (↗ *Cold War*) entstanden nach und nach eine Reihe von *American Studies*-Programmen an Universitäten wie *Yale*, *Harvard* (↗ *Ivy League*), der *University of Minnesota* und der *University of Pennsylvania*, die breiter interdisziplinär angelegt waren. Gelegentlich verbanden sich mit der Einführung solcher Programme chauvinistische Motive oder eine einseitige Betonung eines *American exceptionalism*. Doch ist festzuhalten, dass die führenden Vertreter der ersten Generation des *American Studies Movement*, etwa Henry Nash Smith, Robert E. Spiller, Merle Curti, Mary C. Turpie, Robert Walker, Daniel Aaron oder John William Higham, ebenso wie die folgende Generation, zu der Leo Marx, David Franklin Noble, John William Ward, R. W. B. Lewis, Warren I. Susman und Alan Trachtenberg zählen, in intensiver Weise darum bemüht waren, ein kritisches, oft komparativ reflektiertes Verständnis der politischen und sozialen Dynamik der amerikanischen Kultur zu befördern und angesichts der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Rollen des *scholar* und des *citizen* auf eine der Verwirklichung der Demokratie verpflichtete Weise zu verbinden (↗ *Citizenship; Political culture*). Wenn H. N. Smith im Jahre 1957 das Ziel der *American Studies* als Studium der amerikanischen Kultur in Vergangenheit und Gegenwart als Ganzes definiert, dann spricht daraus weniger ein organisistischer Holismus, wie ihm später oft vorgeworfen worden ist, sondern der erklärte Anspruch, die vielfältigen, bisher oft übersehenen Ausdrucksformen der amerikanischen Kultur überhaupt erst ins allgemeine Bewusstsein zu rücken und das besondere Wechselspiel zwischen dem einen umfassenden Konsens erzwingenden Einheitsmythos und den komplexen Widersprüchen und der Heterogenität in der amerikanischen Kultur in seinen Wirkungsweisen in der amerikanischen Geschichte herauszuarbeiten.

Standen in den berühmten Studien der sogenannten *Myth and Symbol School* – etwa H. N. Smith: *Virgin Land: The American West as Symbol and Myth* (1950); J. W. Ward: *Andrew Jackson: Symbol for an Age* (1953); R. W. B. Lewis: *The American Adam. Innocence, Tragedy, and Tradition in the Nineteenth Century* (1955) oder Leo Marx: *The Machine in the Garden: Technology and the Pastoral Ideal in America* (1964) – die konstituierenden kulturellen und politischen Mythen der amerikanischen Geschichte im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, so doch in einer kritischen Perspektive, die sie als ideologisch und eine gesellschaftliche Veränderung behindernde Verzerrung der Wirklichkeit entlarvte. Die erfolgreiche Arbeit der *American Studies* – Gründung der *American Studies Association* und des *American Quarterly* – warf immer stärker die Frage nach einer sie als interdisziplinäre Wissenschaftsdisziplin legitimierenden Untersuchungsmethode auf.

Im Zuge der politischen, gesellschaftlichen (↗ *Counterculture*) und kulturellen Krise (↗ *Civil rights*) in den späten 1960er Jahren wurde die Arbeit des *American Studies Movement* einer scharfen, methodologisch wie ideologiekritisch begründeten Kritik

unterworfen. War diese oft polemisch verzerrt, so wies sie doch überzeugend die Grenzen der bisherigen *American Studies* auf, ihren nur unzureichend artikulierten Gesellschaftsbegriff, mangelnde Klarheit im methodischen Vorgehen und einer Vernachlässigung der Fragen von *gender* und *race* (↗ *Race relations; Women*) (Robert Anthony Sklar, Jay Mechling, Bruce Kuklick und Betty Chmaj).

Die nächsten beiden Jahrzehnte waren gekennzeichnet durch eine ständige Erweiterung des Gegenstandsbereichs und der methodischen Ansätze in den *American Studies* – etwa in den Arbeiten von Gene Wise –, wobei die neuesten Entwicklungen in den Sozialwissenschaften, der Sozialgeschichte, der Kommunikationswissenschaft, der Wissenschaftsgeschichte, der europäischen neomarxistischen wie post-strukturalistischen Theorie, insbesondere in ↗ *Philosophy* und Literaturwissenschaft, sowie der Anthropologie aufgegriffen und angeeignet wurden (Michael Denning, Janice Radway, Carroll Smith-Rosenberg, Jane Tompkins, Annette Kolodny und Hazel V. Carby). Daneben entstanden zahlreiche neue, von aktuellen gesellschaftlichen Problemfeldern oder von zentralen Kategorien der multikulturellen Verfasstheit (↗ *Multiculturalism*) der amerikanischen Gesellschaft her begründete interdisziplinäre Lehr- und Forschungsprogramme – etwa ↗ *Women's Studies*, *African American Studies*, *Urban Studies* oder Studien zur Populärkultur (↗ *Popular culture*) –, die das bisherige Bild der amerikanischen Kultur und Gesellschaft in wesentlichen Punkten revolutionierten.

Wenn die 1970er und 1980er Jahre durch ein ausgeprägtes Theoriebewusstsein und eine Fragmentierung der *American Studies* bestimmt waren, so wurde auf den Jahrestagungen der *American Studies Association*, im *American Quarterly* und in dem von Jack Salzman herausgegebenen *Prospects: The Annual of American Cultural Studies* doch immer wieder der Versuch unternommen, die verschiedenen Einzelprogramme und Dimensionen der Kultur wie *gender*, *race*, *ethnicity* oder *class* aufeinander zu beziehen und die Konsequenzen der höchst produktiven Reformansätze der feministischen Wissenschaft (↗ *Feminism*) und der *minority discourses* (↗ *Minorities*) für ein erweitertes und revidiertes Verständnis der amerikanischen Kultur in ihrem Zusammenhang herauszuarbeiten. Dem Ruf nach einer neuen Synthese folgte ab 1990 eine intensive Diskussion um Fragen der Interdisziplinarität und um die kulturellen und politischen Zielsetzungen kritischer *American Studies*. In der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband *The New American Studies: Essays from „Representations“* (1991) entwarf Philip Fisher ein neues, auf *rhetorics* und einen *civil war over representations* konzentriertes Programm für die *American Studies*, das allerdings in seiner Überzeugungskraft stark von den Verkürzungen des *New Historicism* und eines neuen *American exceptionalism* beeinträchtigt war. Der von anderen Forschern häufiger gebrauchte Begriff der *American Culture Studies* versucht der Ausuferung des Gegenstandsbereichs der *American Studies* entgegenzuwirken, ist aber auch mit dem Verzicht auf die Suche nach einer

die Eigenständigkeit der *American Studies* im Feld der Wissenschaften legitimierenden spezifischen Methode verbunden. Die theoretischen Überlegungen, wie sie in den frühen 1990er Jahren von Elizabeth Ann Fox-Genovese, Robert F. Berkhofer, Giles Gunn, Alice Kessler-Harris, Linda K. Kerber oder Michael Cowan vorgelegt wurden, schlossen kritisch an die Geschichte der *American Studies* an. Ihre Fragen richteten sich insbesondere auf die Konturen von *cultural studies*-Programmen und einen neuen, den Problemstellungen der Postmoderne und der Multikulturalität gerecht werdenden Kulturbegriff.

Kultur wird dabei als ein stets umkämpfter, sich in vielfältigen Interaktionen und Auseinandersetzungen verwirklichender, unabschließbarer Prozess der Konstituierung, der Revision und der Neubegründung kultureller Identitäten und ihrer öffentlichen Kommunikations- und Ausdrucksformen verstanden. In einer Zeit der Allgegenwart kultureller Vermittlungsformen, einer immateriellen Ökonomie, der medialen Simulation (↗ *Media*), richtet sich der Kulturbegriff auf den gesellschaftlichen Gesamtprozess, der dem umfassenden anthropologischen Kulturbegriff eine neue Aktualität und Triftigkeit verliehen zu haben scheint. Doch geht es *cultural studies* meist um einen enger gefassten Kulturbegriff: um die Veränderungen, die sich in dem von der gesellschaftlichen Entwicklung der Moderne ausdifferenzierten Bereich – der Sphäre der Kultur – vollzogen haben, und um ihr gewandeltes Verhältnis zu den Sphären von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Des Weiteren richten sich die Fragen auf die Neuorganisation und politische Begründung von Curricula und auf eine Pädagogik der *American (Culture) Studies*, die in den Unterrichtsmethoden den die heutige amerikanische Gesellschaft charakterisierenden Dissens und die Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen in ihrem kulturellen Potential didaktisch fruchtbar machen möchte (Henry Armand Giroux und John Carlos Rowe). Diese kritischen Überlegungen werden angesichts der Globalisierung kulturell-gesellschaftlicher Prozesse im Zeichen der Postmoderne und einer postfordistischen Ökonomie (↗ *Fordism*) und vor dem Hintergrund weltgeschichtlicher Veränderungen zunehmend von der Einsicht in die Bedeutung einer komparativen, interkulturellen Sicht der amerikanischen Kultur getragen, was sich nicht zuletzt in einer verstärkten Kooperation der *American Studies Association* mit den entsprechenden Organisationen in Europa, Lateinamerika, Japan, China und anderen Ländern niederschlägt.

Während der 1990er Jahre und des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrhundert wandten sich die *New Americanists*, die zumeist mit den jährlich stattfindenden einwöchigen Konferenzen des von Donald E. Pease gegründeten und geleiteten *Futures of American Studies Institute* am *Dartmouth College* verbunden waren, grundsätzlichen Fragen der *field imaginary* der *American Studies* und den politischen Implikationen und dem kritischen Potential poststrukturalistischer und postkolonialer Diskurse auf intensive und kontroverse Weise zu. Wissenschaftler wie D. Pease, J. C. Rowe

und Amy Kaplan gingen der Frage nach, wie die lange verdrängten imperialistischen Bestrebungen der amerikanischen Außenpolitik (↗ *Foreign affairs; Imperialism*) im 20. Jahrhundert die Gesellschaft und Kultur der betroffenen Länder beeinflussten und veränderten, welche Rückwirkungen diese interkulturellen Machtverhältnisse auf die Kultur(en) und das Verständnis von Kultur in den USA selbst hatten und welche Konsequenzen diese politischen und kulturkritischen Einsichten für eine kritische, post- oder transnationale Neukonstituierung der *American (Culture) Studies* haben müssten. Janice Radway stellte die Frage, ob die Bezeichnung *American Studies* weiterhin ausreichen könnte, um ihren neuen post- beziehungsweise transnationalen Aufgaben und Forschungsansätzen und ihren inhärenten Problemen und Differenzen terminologisch noch gerecht zu werden. Eine Reihe von Büchern und Aufsätzen namhafter Wissenschaftler untersuchte die Geschichte der *American Studies* kritisch, die Problematik ihres sich ständig erweiternden Gegenstandsbereichs, ihre politischen Voraussetzungen und Diskursformen, insbesondere auch die methodologisch bedeutsamen Konzepte der *border discourses*, *diaspora* und der *contact zones*, ihr Verhältnis zu anderen *cultural studies*-Traditionen, ihre politische Verantwortung in der amerikanischen Gesellschaft und ihre Zukunftsperspektiven, einschließlich der Bedeutung der neuen Medien für Forschung und Lehre (Paul Lauter, José David Saldívar, Lisa Lowe, M. Denning, George Lipsitz, Joel Pfister, J. C. Rowe, Randall Bass).

Bestärkt durch die einschränkenden Maßnahmen des erstarkten Sicherheitsstaates (↗ *Homeland Security*) nach den Anschlägen vom 11. September 2001 (↗ *Terrorism*) analysierten D. Pease, A. Kaplan, J. C. Rowe, G. Gunn und andere die komplexen, ambivalenten Mechanismen von Machtausübung und Machtverschleierung der politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte und ihrer gesellschaftlich-politischen Strukturen im Kontext eines globalisierenden Kapitalismus ebenso, wie sie in einem revisionistischen Verständnis von Globalisierung die Perspektiven einer alternativen, Widersprüche aufgreifenden und von einem „planetarischen Bewusstsein“ – Paul Gilroy und Gayatri Chakravorty Spivak – geprägten politischen Praxis aufzeigten. Dabei nahmen sie Konzepte der neueren Anthropologie (*contact zones*) oder der verschiedenen *minority* oder *border discourses* (*hybridity*, *borderlands*, *diaspora*) auf und rekurrten in kritischer Reaktion auf eine Vielzahl von Philosophen, Politiktheoretikern und Kritikern der Globalisierung in Europa – Frankreich: Michel Foucault, Jean Baudrillard, Pierre Bourdieu, Alain Badiou; Italien: Giorgio Agamben; Deutschland: Jürgen Habermas, Ulrich Beck; Großbritannien: Stuart Hall, Paul Gilroy; Lateinamerika: Néstor García Canclini, Walter Mignolo, Enrique Dussel Ambrosini; und Asien: Gayatri C. Spivak, Homi K. Bhabha.

Das forschungsstrategische Vorgehen der *New American Studies* barg die Gefahr, dass zu stark von einer selbstkritischen und selbstreflexiven US-amerikanischen

Positionierung ausgegangen wurde, die die kritische Auseinandersetzung mit der/den multikulturell verfassten Kultur(en) der Vereinigten Staaten in einer globalen Perspektive erweitert und die fremden, externen, anders konstituierten Sichtweisen und Diskurse – wenn auch in kritischer Transkulturation – vereinigt. Die Forderung nach einer genuinen *dialogics* der internationalen *American Culture Studies* (Günter H. Lenz) fand ab 2005 institutionellen Niederschlag. Die damalige Präsidentin der *American Studies Association* Shelley Fisher Fishkin entwarf in ihrer Ansprache *Crossroads of Culture: The Transnational Turn in American Studies* eine Initiative der transnationalen *American Studies*, welche nun auch internationale Vertreter der *American Studies* als *co-foundational* anerkannte und in den Dialog einbezog. Dieser *transnational turn* prägte das Programm der nächsten Tagungen und führte zur Gründung des *Journal of Transnational American Studies*. Die Auseinandersetzung der neuen *American Studies* mit den (inter-)kulturellen Differenzen und politischen Widersprüchen und Spannungen der amerikanischen Kultur(en), ihrer Verstricktheit in ideologischen wie ideologiekritischen Diskursen und die Neubestimmung und Neubewertung kulturkritischer Arbeit im Spannungsfeld von globalisierendem Kapitalismus und transnationalen, gesellschaftskritischen sozialen Bewegungen fand am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ihren Niederschlag. Donald Peases umfassende Analyse der die amerikanische Politik bis in die Gegenwart bestimmenden *state fantasies* eines *American exceptionalism* und der (möglichen) alternativen Rolle kritischer *American Studies* in seinem Buch *The New American Exceptionalism* (2009) und die facettenreichen Beiträge in dem von John Carlos Rowe herausgegebenen *Concise Companion to American Studies* (2010) spiegeln diese Entwicklung wider.

Pease, Donald E. & Wiegman, Robyn (Hg.), *The Futures of American Studies* (Durham 2002); Pfister, Joel, *Critique for What? Cultural Studies, American Studies, Left Studies* (Boulder 2006); Pease, Donald E., *The New American Exceptionalism* (Minneapolis 2009); Rowe, John Carlos (Hg.), *A Concise Companion to American Studies* (Malden 2010).

Günter H. Lenz

Americanization: Amerikanisierung bezeichnet erstens – innerhalb der USA – den autonomen Prozess der Akkulturation oder Assimilation von Immigranten (↗ *Immigration*) an Normen und Gebräuche, die als amerikanisch definiert wurden; zweitens – außerhalb der USA – den Transfer von Amerikanismen (Institutionen, Normen, Werten, Verhaltensweisen, Verfahrensformen, Gegenständen sowie Symbolen und Bildern) von den USA ausgehend in andere Kulturen; drittens, wengleich seltener, die Politik einer erzwungenen Angleichung von ↗ *Native Americans* an die euro-amerikanische Kultur im 19. und 20. Jahrhundert; viertens schließlich, in der Sprachwissenschaft, die Angleichung des britischen an das amerikanische Englisch (↗ *American English*).

Der Begriff Amerikanisierung fand gebräuchliche Verwendung in der Beschreibung der forcierten Akkulturation oder Assimilierung von Einwanderern in den USA bis Mitte des 20. Jahrhunderts. Ausgehend von der Schmelztiegel-Metapher (↗ *Melting Pot*) wurde die Assimilierung an eine bestimmte Mehrheitskultur zur normativen Erwartung an Einwanderungsgruppen stilisiert. Im Ersten Weltkrieg kam es aufgrund von gespaltenen Loyalitäten (↗ *Loyalty*) und einer angeblich drohenden Übertragung der Konflikte der Alten Welt auf die USA zu Amerikanisierungskampagnen. Englisch sollte zur ersten Sprache gemacht und eine bestimmte Arbeitsethik und Moral den Einwanderern übertragen werden. Mit dem *Americanization Day* ab 1915 wurden spezielle Rituale der Amerikanisierung geschaffen, die teilweise bis heute weiterwirken. Während der antikommunistisch inspirierten ↗ *Red Scare* (↗ *Anticommunism*) radikalisierte sich die Amerikanisierungsbewegung; dies führte zur drastischen Beschränkung der Immigration.

In Europa wird Amerikanisierung seit der Wende zum 20. Jahrhundert als von den USA ausgehender interkultureller Transferprozess verstanden – begrifflich prägend war ein Text des britischen Journalisten William T. Stead. Amerikanisierung als Topos zur Beschreibung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse im 20. Jahrhundert überlappt sich mit Modernisierung, Industrialisierung (↗ *Industry*), Urbanisierung (↗ *Urbanization and suburbanization*), Vermassung (↗ *Consumer culture*), weiblicher Emanzipation (↗ *Feminism; Women*) sowie Fordismus (↗ *Fordism*) und Taylorismus (↗ *Capitalism*). Wie beim verwandten Begriff des ↗ *Antiamericanism* wird eine Definition dadurch erschwert, dass sich analytischer und normativer Gebrauch selten klar voneinander abgrenzen lassen. Normativ wird mittels Amerikanisierungsdebatten und -ängsten meist über die Zukunft europäischer Gesellschaften gesprochen, da Amerika in Europa – auch in Asien und Lateinamerika – als Leitbild der liberalen Moderne fungiert.

Die Forschung geht davon aus, dass der Transfer von Amerikanismen – wie etwa Institutionen, Normen, Produkten, Praktiken oder kulturellen Zeichen – in andere nationale Kontexte keinen unilateralen Kulturimperialismus der USA darstellt (↗ *Imperialism*). Eine direkte Übernahme von Amerikanismen ist eher die Ausnahme. Vielmehr ist die komplexe Aneignung von Amerikanismen stets selektiv und von Ablehnungs- und Adaptionsprozessen begleitet. Amerikanisierung als wissenschaftlicher Fachausdruck ist daher nur sinnvoll, wenn er einen aktiven Entscheidungsprozess der Rezipienten einschließt. Jeder Amerikanisierungsprozess geht mit einem Eindeutschungs- oder Europäisierungsprozess einher.

Neben dieser weiten Definition von Amerikanisierung im Sinne von Modernisierung und autonomer gesellschaftlicher Wandlungsprozesse ‚von unten‘ wird für die anderthalb Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa und Japan von Amerikanisierung ‚von oben‘ gesprochen. Dies bezieht sich auf die konkrete Amerikanisierungspolitik der USA, vor allem in ihren Besatzungszonen in Deutschland,

Österreich und Japan. Hier ging es um die Durchsetzung amerikanischer Ideale des Wilsonianismus – nach Präsident Woodrow Wilson – (↗ *Foreign affairs*) durch die Einführung liberal-demokratischer Verfassungsordnungen, freier Marktwirtschaft und offener Weltmärkte. Hinzu kam ein Geflecht von Institutionen – UN, Weltbank, GATT, OECD, NATO – die wesentlich unter amerikanischen Auspizien geschaffen wurden.

↗ *Minorities; North Atlantic Treaty Organization (NATO); Presidency; Re-education.*

Herrmann, Dietrich, „Be an American!“ Amerikanisierungsbewegung und Theorien zur Einwandererintegration (Frankfurt/Main 1996); Kroes, Rob, *If You've Seen One, You've Seen the Mall. Europeans and American Mass Culture* (Urbana 1996); Gassert, Philipp, „The Specter of Americanization: Western Europe in the American Century“, in: Dan Stone (Hg.), *Handbook of Postwar European History* (Oxford 2012), S. 182–200.

Philipp Gassert

Americans for Democratic Action (ADA): Die ADA sind eine liberale politische Interessengruppe, die 1947 von Aktivisten, Wissenschaftlern und Politikern im Umfeld der ↗ *Democratic Party* gegründet wurde. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten die ehemalige First Lady (↗ *First ladies*) Eleanor Roosevelt, der spätere US-Vizepräsident Hubert Humphrey, der Historiker Arthur M. Schlesinger, Jr., der Wirtschaftswissenschaftler John K. Galbraith und der Gewerkschafter Walter Reuther.

In ihrer Gründungsphase vertraten die ADA im Gegensatz zu einigen anderen Gruppen des linken politischen Spektrums einen anti-kommunistischen Kurs (↗ *Anticommunism*) und unterstützten die amerikanische Außenpolitik (↗ *Foreign affairs*) der weltweiten Eindämmung der Sowjetunion im ↗ *Cold War* wie auch den ↗ *Marshall Plan* zum Wiederaufbau Europas. Ab Ende der 1960er Jahre schärfte die Gruppe ihr linksliberales Profil vor dem Hintergrund der inneramerikanischen Auseinandersetzung um den ↗ *Vietnam War* und unzufrieden mit ausbleibenden Reformen im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich. Seit dieser Zeit traten die ADA außenpolitisch für eine Politik der Entspannung (*Détente*) während des Ost-West-Konflikts ein und befürworteten Rüstungskontrolle (↗ *Arms control*) und Abrüstung, die Verwirklichung der Menschenrechte (↗ *Human rights*), Entwicklungszusammenarbeit zur Verringerung der Armut (↗ *Poverty*) in der Welt und die konstruktive Beteiligung der USA in internationalen Organisationen und an internationalen Verträgen, etwa in der Klimaschutzpolitik (↗ *Climate*). In der innenpolitischen Diskussion setzt sich die Gruppe insbesondere für den Schutz von Bürger- und Arbeitnehmerrechten, den Aufbau eines universellen Gesundheitssystems, die Reform des Bildungswesens, eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und höhere staatliche Sozialausgaben ein (↗ *Civil rights; Education; Health; Taxation; Welfare state*).

Die Zentrale der nach eigenen Angaben 65.000 Mitglieder zählenden Organisation ist in ↗ *Washington, D. C.* angesiedelt und koordiniert mit einem kleinen Stab ständiger Mitarbeiter die Untergruppen auf regionaler Ebene. Die inhaltlichen Positionen der ADA werden von vier Ausschüssen erarbeitet: *Foreign and Military, Politics and Government, Social and Domestic* und *Energy, Environment and Economics*. Zusätzlich zu den nationalen und einzelstaatlichen Vertretungen unterhält die Gruppe den *ADA Educational Fund* zur Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie seit 1980 ein *Political Action Committee* (PACs) zur finanziellen Wahlkampfunterstützung ausgewählter liberaler Kandidaten für Repräsentantenhaus und Senat (↗ *Congress; Elections*). Das *Political Action Committee* der ADA übt mit einem Umfang zwischen 50.000 und 180.000 ↗ *Dollar* pro Wahljahr (1990–2010) im Vergleich zu anderen Lobbygruppen (↗ *Lobbying*) einen eher geringen finanziellen Einfluss aus. Das Gesamtbudget der Gruppe beträgt jährlich etwa 650.000 Dollar. Alle zwei Jahre findet eine Mitgliederversammlung statt, die über Personal- und Sachfragen entscheidet.

In der vierteljährlichen Publikation *ADA Today* werden aktuelle Informationen zur Organisation, Positionen zu politischen Debatten und andere Analysen, etwa die anerkannten *Annual Voting Records* veröffentlicht. Letztere zeichnen seit 1947 jährlich das Abstimmungsverhalten zu ausgewählten sozial- und wirtschaftspolitischen Themen aller Abgeordneten und Senatoren im Kongress auf und errechnet mit dem *Liberal Quotient* eine Messgröße der politischen Ideologie der Kongressmitglieder. Die Gruppe veröffentlicht Pressemitteilungen und ausführlichere *Policy Reports* zu politischen Themen und nutzt die Möglichkeiten der neuen Medien (↗ *Internet; Media*) zur Information und Aktivierung ihrer Mitglieder. Neben klassischen *lobbying*-Aktivitäten im Umfeld der Mitglieder von Repräsentantenhaus und Senat engagieren sich die ADA auch auf lokaler Ebene, etwa im Rahmen von *Working Families Win*, einem *grassroots lobbying*-Projekt, das darauf zielt, über die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der sogenannten Mittelschicht aufzuklären und Gleichgesinnte zu politischem Engagement zu mobilisieren.

↗ *Family; Lobbying; New Left; Political Action Committees (PACs); Political culture.*

Gillon, Steven M., *Politics and Vision: The ADA and American Liberalism 1947–1985* (New York 1987); Ness, Immanuel, *Encyclopedia of Interest Groups and Lobbyists in the United States* (Armonk 2000).

Rudolf Witzel/Florian Böller

AmeriCorps: Das von Präsident Bill Clinton und dem ↗ *Congress* 1993 eingerichtete nationale und kommunale Zivildienstprogramm *AmeriCorps* soll jungen Amerikanern (↗ *Youth culture*) ab 17 Jahren auf freiwilliger Basis (↗ *Volunteerism*) die Arbeit als Lehrer und Tutoren in kommunalen Bildungseinrichtungen (↗ *Education*), als

Helfer in örtlichen Polizeidienststellen (↗ *Police*), bei Natur- und Umweltschutzprojekten (↗ *Conservation; Environmentalism*) oder in der Alten- und Krankenbetreuung (↗ *Health; Old age*) ermöglichen. Als Gegenleistung für den Dienst vor oder nach dem Studium (↗ *Colleges and universities*) können sie staatliche Ausbildungsdarlehen oder Stipendien zur Bezahlung der Studiengebühren erhalten. Ziel des nach dem Vorbild des *Civilian Conservation Corps* des ↗ *New Deal* und des ↗ *Peace Corps* organisierten Programms ist es, einerseits die Identifikation junger Amerikaner mit dem Gemeinwesen zu stärken, andererseits die materiellen Voraussetzungen für ein Studium zu schaffen und die Chancengleichheit für Kinder geringer verdienender Schichten (↗ *Affirmative Action*) zu verbessern. Der weitgehend vom Bund finanzierte soziale Dienst wird von der *Corporation for National and Community Service* organisiert und verwaltet. Über 75.000 Amerikaner engagieren sich pro Jahr in *AmeriCorps*-Programmen in über 3.000 öffentlichen und privaten gemeinnützigen Organisationen als freiwillige Helfer für das Gemeinwohl.

Eine allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen wurde nach dem 11. September 2001 (↗ *Terrorism*) diskutiert, als die Bereitschaft, sich freiwillig für Staat und Gesellschaft zu engagieren, besonders groß war. Das von Präsident George W. Bush in diesem Zusammenhang initiierte *USA Freedom Corps* diente jedoch vorwiegend der Koordination und Förderung bestehender Freiwilligenprogramme. Unter Präsident Barack Obama nimmt das *White House Office of Social Innovation and Civic Participation* diese Aufgaben wahr.

↗ *Presidency*.

Dionne, A. J. Jr. et al. (Hg.), *United We Serve: National Service and the Future of Citizenship* (Washington, D. C. 2003); *AmeriCorps*, www.americorps.gov (15.03.2012).

Rüdiger B. Wersich

Amish Mennonites: Zu den frühen deutschen Einwanderern (↗ *German Americans; Immigration*), die als religiös Verfolgte nach Amerika kamen, gehören die heute über 300.000 Mitglieder umfassenden Mennoniten – ursprünglich Anabaptisten oder Wiedertäufer genannt. Sie setzen sich für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein (↗ *Church and state; Religion*) sowie für religiöse Freiheit, Pazifismus, die Taufe im Erwachsenenalter und eine Kirche der Auserwählten; sie weigern sich, Eide zu schwören und verfassten schon 1688 den ersten Protest gegen die Sklaverei (↗ *Abolitionism; Slavery*).

Eine der striktesten Gruppierungen der Mennonitenkirche sind die Amischen, auch *Plain People* genannt, die sich im 18. Jahrhundert als Anhänger Jakob Ammanns hauptsächlich im Gebiet von Lancaster in ↗ *Pennsylvania* niederließen. Heute gibt es Siedlungen der *Amish* unter anderem in ↗ *Ohio*, ↗ *Indiana*, ↗ *Illinois*, ↗ *Iowa* und einigen kanadischen Provinzen.

Neben ihrem festen Glauben an den unbedingten Vorrang der Bibel umfassen ihre Doktrinen die Erwachsenentaufe, das Meiden weltlicher Angelegenheiten, Einfachheit des Lebens und eine weitgehend agrarische Wirtschaftsordnung. Die *Old Order Amish* engagieren sich nicht in der Politik und verweigern jeglichen Kriegs- oder Militärdienst (↗ *Conscientious objection (CO)*; *Military*). Alte Menschen werden innerhalb der Großfamilie ohne staatliche Hilfe versorgt. Da sie praktisches Lernen in Haus und Hof für wichtiger als formale Bildung (↗ *Education*) halten, gehen die Kinder meist nur acht Jahre in die Schule. Ihr erfolgreicher Widerstand gegen ein staatliches Erziehungswesen, ihre fast autarke Wirtschaftsweise, ihre Isolierung und die besonders stabile Familienstruktur (↗ *Family*), in der es praktisch keine Scheidungen und Trennungen gibt, bilden die Basis für ihr Überleben als separate kulturelle Einheit, die den Problemen der modernen Industriegesellschaften (↗ *Economy*; *Industry*) weitgehend ausweichen kann. Einzelne Elemente der amischen Philosophie gelten als Modell für nachhaltiges Wirtschaften und Leben. Ihre Grundwerte des Zusammenlebens – Gemeinschaft, Ganzheitlichkeit und Integrität – stehen im Gegensatz zur Betonung von Individualismus (↗ *Individualism*) und Wettbewerb in der amerikanischen Mehrheitsgesellschaft. So führten ihre Überzeugungen mehrfach zu Konflikten mit staatlichen und kommunalen Behörden.

Die strenggläubigen *Old Order Amish* leben in sehr einfach ausgestatteten Häusern ohne Spiegel, Bilder, Musikinstrumente, Radios, Telefone und teilweise sogar ohne Elektrizität. Pferd und Kutsche dienen den *Amish* sowohl als Transportmittel als auch für die Feldarbeit (↗ *Agriculture*). Viele alte Sitten und Gebräuche wie gemeinschaftliches Handarbeiten, Dreschen oder die Errichtung von Scheunen sowie ländliche Auktionen haben sich erhalten. Ihre einfache traditionelle Kleidung ist Ausdruck von Nonkonformismus, symbolisiert ihre Zusammengehörigkeit und hebt sie deutlich von ihrer Umgebung ab.

Die stark dezentralisierten Kirchengemeinden wählen aus ihrer Mitte die eigenen Bischöfe und Prediger auf Lebenszeit. Der Gottesdienst, der meist im Haus einer Familie stattfindet, wird auf Deutsch gehalten. Das älteste protestantische Gesangbuch, der *Ausbund* aus dem Jahr 1564, der nur Texte ohne Noten enthält, wird weiterhin benutzt. Ernsthafte Verstöße gegen die Ordnung, die das private, öffentliche und zeremonielle Verhalten regelt, können in einer Gemeinde zum Bann führen. Das Bekenntnis zur Kirche und die Taufe erfolgen bewusst erst im Erwachsenenalter. Die Zeit davor heißt *Rumspringa*; das bedeutet, dass die Regeln für Jugendliche weniger streng sind.

Abspaltungen von den *Old Order Amish* haben sich meist der mennonitischen Mutterkirche angeschlossen. Ausnahmen sind die 1910 gegründete *Conservative Amish Mennonite Church* und die 1927 gegründete *Beachy Amish Church*, die den

Gebrauch von Automobilen (↗ *Automobile*) und modernen landwirtschaftlichen Maschinen gestattet und ihren Gottesdienst in Kirchen abhält.

Moderne Technologien (↗ *Technological development*) werden von den *Amish Mennonites* nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern oft nach kontroversen Diskussionen als Kompromiss akzeptiert, wenn sie nicht das Zusammenleben der Gemeinschaft stören oder die Unabhängigkeit des Einzelnen fördern – dazu gehören etwa Mobiltelefone oder Rechner für Handwerker und Geschäftsleute sowie die Anwendung von Photovoltaik.

↗ *Energy; Media; Popular culture.*

Hostetler, John Andrew, *Amish Society* (Baltimore 1993⁴); Längin, Bernd G., *Die Amischen. Vom Geheimnis des einfachen Lebens* (München 1994); Ester, Peter, *Die Amish People: Überlebenskünstler in der modernen Gesellschaft* (Düsseldorf 2005); Langwasser, Silke, *Die Old Order Amish: Eine Glaubensgemeinschaft zwischen Beharrlichkeit und Entwicklung* (Marburg 2008).

Rüdiger B. Wersich

Anarchism: Jeder Versuch, Anarchismus begrifflich zu bestimmen und historisch-sozialwissenschaftlich (↗ *History*) zu analysieren, wird dadurch erschwert, dass das Schlagwort gesellschaftlich verankerte Ressentiments auszulösen vermag und von den Gegnern in diskriminierender Absicht entsprechend missbraucht worden ist. Anhand von vier immanenten Kriterien kann der Anarchismus beschrieben und von anderen sozialen und politischen Bewegungen unterschieden werden. Anarchisten lehnen jede Form menschlicher Organisation ab, mit deren Hilfe ideologischer, politischer, ökonomischer oder gesellschaftlicher Zwang ausgeübt wird. Anarchismus ist konsequent antiinstitutionell, insoweit Institutionen Instrumente der Herrschaftsausübung sind, das heißt, er ist antistaatlich, antibürokratisch, antiparlamentarisch, antiparteilich, antiverbandlich, antikirchlich. Ideologien sind im anarchischen Verständnis Ausdruck bestehender und in Institutionen geronnener Herrschaftsverhältnisse und dienen zu deren Stabilisierung. Anarchismus ist meist atheistisch, areligiös; er ist nicht nur international, sondern anational. Das Ziel des Anarchismus ist die herrschaftsfreie Gesellschaft, eben die Anarchie, in der an die Stelle der Herrschaft von Menschen über Menschen die Verwaltung von Sachen tritt. Diese künftige Gesellschaft ist nicht chaotisch, sondern nach dem Prinzip des Föderalismus (↗ *Federalism*) organisiert. Das menschliche Zusammenleben soll durch freiwillige Verabredung der Individuen untereinander, durch die freie, funktionsgerechte, räumlich überschaubare, zeitlich begrenzte oder doch wenigstens auflösbare autonome Assoziation von unten nach oben strukturiert und so Individualismus und Kollektivismus vermittelt werden. Schließlich ist der Anarchismus durch einen voluntaristischen Revolutionsbegriff charakterisiert, der keine Zwischenstufe zwischen dem heutigen Status quo und der künftigen herrschafts-

freien Gesellschaft kennt. Die Antizipation der Anarchie ist in der Gegenwart möglich, Revolution und konstruktive Neuordnung werden identisch.

Der amerikanische Anarchismus hat zwei Wurzeln, eine einheimische und eine, die unter Einwanderern (↗ *Immigration*) gedieh. Der originär amerikanische kann zum Typus des Individualanarchismus (↗ *Individualism*) gerechnet werden. Er geht auf die Schriften Thomas Paines und auf sozialistische Kommunen des 19. Jahrhunderts (↗ *Socialism; Utopian communities*) zurück und ist von den Werken William Godwins beeinflusst worden. Zu seinen Quellen zählen auch die Schriften von Ralph Waldo Emerson und Henry David Thoreau. Als erster amerikanischer Anarchist ist der Sozialreformer und Philosoph Josiah Warren anzusehen, der seine individualanarchistische Position in der kritischen Auseinandersetzung mit der Siedlung New Harmony, ↗ *Indiana*, formulierte, wo er selbst gelebt hatte. Im ausgehenden 19. Jahrhundert versuchte dann der Journalist Benjamin R. Tucker die Ideen Warrens mit denen des französischen Ökonomen Pierre-Joseph Proudhon zu verbinden: Er gab die einflussreiche Zeitschrift *Liberty* (1881–1907) heraus. Zwischen diesem Individualanarchismus und dem der Einwanderer bestanden wenige Verbindungen, da Letzterer sich – wenigstens verbal – zur Gewalt bekannte, welche Ersterer ablehnte.

Der Einwandereranarchismus ist Anfang der 1880er Jahre aus der Spaltung der Sozialistischen Arbeiterpartei (↗ *Socialism; Third parties*) hervorgegangen. Auf ihn gewann Johann Most, unter dem Sozialistengesetz des Reichskanzlers Otto von Bismarck zum Anarchisten geworden und 1882 in die USA emigriert, Einfluss. In den deutschen (↗ *German Americans*), polnischen, jüdischen (↗ *Jews*), tschechischen und italienischen Nachbarschaften in ↗ *Chicago* lag das Zentrum des Einwandereranarchismus, hier waren etwa 3.000 Aktivisten in anarchistischen Gruppen organisiert, hatten anarchistische Zeitungen und Zeitschriften eine Auflage von 30.000 (↗ *Magazines; Newspapers*). Es war in dieser Stadt, wo am 4. Mai 1886 anlässlich einer Streikdemonstration für den Achtstundentag eine Bombe geworfen und Polizisten und Demonstranten getötet wurden (↗ *Terrorism*). Obwohl die Schuldfrage nie geklärt wurde, ist die Verantwortung für die *Haymarket Riots* Anarchisten zugeschoben worden, von denen sieben verurteilt und vier hingerichtet worden sind. Die Ereignisse von Chicago begründeten das seitdem populäre amerikanische Vorurteil gegen jede Art des Anarchismus, der immer mehr auf wenige Einwanderergruppen – Italiener, Juden und Russen – zurückgedrängt wurde und unter denen nur noch Emma Goldman und Alexander Berkman einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichten. Traurige Berühmtheit erlangte dann der Fall von Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti, zwei amerikanisch-italienische Anarchisten, die 1920 angeblich an einem Raubüberfall in ↗ *Massachusetts* beteiligt waren und dafür – trotz weltweiter Proteste – sieben Jahre später hingerichtet wurden (↗ *Capital punishment*). Dieser Fall ist nie geklärt worden, er gehört historisch in

den Zusammenhang der Kommunisten- und Sozialistenverfolgungen der ↗ *Red Scare* (↗ *Anticommunism*) nach dem Ersten Weltkrieg. Während es an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten Hunderttausende von Anarchisten und Tausende von anarchistischen Zirkeln gab, sank deren Zahl in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts rapide, nicht zuletzt aufgrund staatlicher Verfolgung und des Aufstiegs der Gewerkschaftsbewegung (↗ *Labor unions*). Erst in den 1960er Jahren und dann im Zusammenhang mit der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung (↗ *Environmentalism; Peace movements; Women*) gelangte der Anarchismus zu neuer – im Wesentlichen akademischer – Blüte. Vor allem zwei Autoren wurden bekannt: Murray Rothbard, einer der Vordenker des Anarchokapitalismus und der Libertären Partei (↗ *Libertarianism*). Für ihn war der Staat nicht nur Vormund der Bürger, sondern Aggressor, indem er die natürlichen Rechte der Bürger verletzte; ohne staatlichen Eingriff sollte sich daher der Mensch entfalten. Neben Rothbard trat Murray Bookchin, der Anarchismus und Ökologiebewegung miteinander in Verbindung brachte und für den – in Abgrenzung zum Individualanarchismus – die griechische Polis und der Kommunalismus Vorbilder menschlichen Zusammenlebens waren.

Fasst man den Begriff Anarchismus so weit, dass er den Syndikalismus einschließt, so sind auch die *Industrial Workers of the World* (IWW) zum amerikanischen Anarchismus zu zählen. Diese äußerst heterogene Organisation, in der Wanderarbeiter und Holzfäller des Westens, Bergarbeiter und ungelernte Industriearbeiter des Ostens, Sozialisten, Kommunisten, traditionelle Anarchisten und Radikale verschiedenster Spielarten zusammenfanden, war 1905 in Chicago gegründet worden, erreichte in den Streikbewegungen des Jahres 1912 ihren Höhepunkt, zerbrach dann aber unter den staatlichen Verfolgungen des Ersten Weltkrieges.

↗ *Capitalism; McCarthyism; Philosophy; Political culture; National identity.*

De Leon, David, *The American as Anarchist. Reflections on Indigenous Radicalism* (Baltimore 1978); Dubofsky, Melvyn, *We shall Be All: A History of the Industrial Workers of the World* (Chicago 1969); Avrich, Paul & Pateman, Barry, *Anarchist Voices: An Oral History of Anarchism in America* (Princeton 2005).

Peter Lösche

Antiamericanism: Antiamerikanismus ist zum einen ein normativer (Kampf-) Begriff in der politisch-sozialen Sprache vor allem Europas – aber auch Südamerikas, Indiens, Japans und anderer asiatischer sowie arabischer Länder –, der untrennbar mit dem Aufstieg der USA zu politischer, wirtschaftlicher, militärischer und kultureller Hegemonie (↗ *Economy; Imperialism; Military*) im 20. und 21. Jahrhundert verbunden ist; zum zweiten ist es ein davon nicht immer trennscharf zu unterscheidender analytischer Begriff, mittels dessen die Forschung eine generelle Kritik an der liberal-kapitalistischen Moderne (↗ *Capitalism*), die von den USA seit

Ende des 19. Jahrhunderts verkörpert wurde, und die damit einhergehende Amerikanisierung (↗ *Americanization*) untersucht; drittens schließlich kann Antiamerikanismus inneramerikanische Bezüge aufweisen, teils synonym oder alternativ zu unamerikanisch (↗ *House Un-American Activities Committee (HUAC)*).

Eine genaue Definition ist aufgrund der häufigen Vermischung von normativer und analytischer Ebene schwierig. Einige Forscher argumentieren daher strikt gegen die zweite Verwendungsart des Begriffs. Meist wird darauf verwiesen, dass negative Amerika-Stereotypen oder eine Kritik bestimmter Erscheinungen der US-Kultur (↗ *Consumer culture; Political culture; Popular culture*) allein noch keinen Antiamerikanismus konstituieren. Auch eine kritische Distanz zur US-Außenpolitik (↗ *Foreign affairs*) oder zu einzelnen Maßnahmen verschiedener US-Regierungen reicht nicht aus. Es muss eine grundsätzliche Ablehnung, vergleichbar einem ethnischen oder rassistischen Vorurteil (↗ *Ethnic groups; Race relations*), wie etwa Antisemitismus (↗ *Antisemitism*), vorliegen oder eine Grundsatzkritik an westlicher Demokratie und Marktwirtschaft. Zusätzlich kompliziert sich die Situation, weil Antiamerikanismus während des Kalten Krieges (↗ *Cold War*) und während des *War on Terror* (↗ *Terrorism*) von Seiten der US-Regierung zur Brandmarkung von Kritikern verwendet wurde, etwa zur Delegitimierung der Friedensbewegung (↗ *Peace movements*).

Antiamerikanismus überlappt begrifflich mit Amerikanismus und Amerikanisierung (↗ *Americanization*). Vor und während des Zweiten Weltkriegs wurde Kritik an Kultur und Gesellschaft der USA häufig unter dem Rubrum Amerikanismus verhandelt. Vermutlich kam der Begriff in den späten 1940er Jahren in Frankreich auf. In Deutschland ist er erstmals in einem Aufsatz von Golo Mann 1953 belegt. In den USA scheint er sich erst in den 1960er und 1970er Jahren als Teil der Zurückweisung der antiimperialistischen Kritik der ↗ *New Left* eingebürgert zu haben; im frühen 21. Jahrhundert wurde er zur populären politischen Kampfvokabel. Die Hochzeit des Antiamerikanismus in Europa lag in den 1970er Jahren, als Kritik in Terrorismus und Gewaltakte gegen Amerikaner umzuschlagen drohte. Seit den amerikanischen Feldzügen nach dem 11. September 2001 nimmt die antiamerikanische Haltung wieder zu. Zugleich muss darauf verwiesen werden, dass der Antiamerikanismus des Kalten Krieges häufig ein „Antiamerikanismus mit Amerika“ war, da die Gegner der USA und ihrer Politik in ihren Protesttaktiken von der Bürgerrechtsbewegung (↗ *Civil rights*) beeinflusst waren oder starke Tendenzen zu kultureller Amerikanisierung zeigten.

↗ *Inter-American affairs; Socialism.*

Behrends, Jan C. et al., *Anti-Amerikanismus im 20. Jahrhundert: Studien zu Ost- und Westeuropa* (Bonn 2005); O'Connor, Brendon (Hg.), *Anti-Americanism: History, Causes, Themes* (Oxford 2007); Gassert, Philipp, „The Anti-American as Americanizer: Revisiting

the Anti-American Century in Germany“, in: *German Politics and Society* 27 (2009), S. 24–38.

Philipp Gassert

Anticommunism: Der Antikommunismus nahm bereits im 19. Jahrhundert seinen Anfang. Er steht in den USA in der paranoiden Tradition (↗ *Conspiracy theories*), die Außenseiter (↗ *Minorities*), in diesem Fall Anhänger fremder Ideologien wie Marxismus, Sozialismus (↗ *Socialism*) und Anarchismus (↗ *Anarchism*), als potenziell subversiv und gegen die liberal-demokratische Ordnung gerichtet ausgrenzte und verfolgte.

Seine eigentliche Geschichte (↗ *History*) beginnt mit der Russischen Oktoberrevolution 1917. Der Versuch, sie durch eine militärische Intervention (↗ *Military*) unter Beteiligung der Amerikaner rückgängig zu machen, scheiterte. In den USA suchte die Regierung die Ausbreitung des Kommunismus durch repressive Maßnahmen (↗ *Red Scare*) zu verhindern. Während in den 1930er Jahren die Eindämmung des Nationalsozialismus vorrangig war (↗ *Nazi parties*), führten bereits nach Ende des Zweiten Weltkrieges Interessenkonflikte zwischen Sowjetunion und westlichen Alliierten zur Bildung ideologisch geprägter Machtblöcke (↗ *Cold War*). Antikommunismus beherrschte beinahe fünf Jahrzehnte die amerikanische Außenpolitik (↗ *Foreign affairs*), da sich die USA als christliche (↗ *Religion*) und freiheitliche Nation (↗ *National identity*) dazu berufen sahen, dem atheistischen *evil empire*, wie Präsident Ronald Reagan (↗ *Presidency*) es formulierte, entschlossen zu begegnen – dokumentiert durch das seit 1954 verbindliche Motto *In God We Trust* auf Münzen und Geldscheinen (↗ *Dollar*) und durch die Einfügung *under God* im ↗ *Pledge of Allegiance to the Flag* zum Höhepunkt des Kalten Kriegs. Auch die Politik gegenüber Drittländern (↗ *Korean War; Vietnam War*) wurde bis 1990 vom Antikommunismus bestimmt.

Innenpolitisch diente er dem politischen Konformismus und der Verunglimpfung politischer Gegner (↗ *Political culture*). Senator Joseph McCarthy (↗ *McCarthyism*) nutzte ihn für seine Wiederwahl (↗ *Elections*) und zur Festigung seiner politischen Macht. Die Regierung unter Präsident Harry S. Truman sah sich bereits 1947 genötigt, die Loyalität (↗ *Loyalty*) der Bundesangestellten zu überprüfen. Das ↗ *Federal Bureau of Investigation (FBI)* unter der Führung J. Edgar Hoovers entfachte systematisch eine antikommunistische Hysterie und förderte ein antikommunistisches Netzwerk öffentlicher und privater Institutionen (↗ *Intelligence*). Politiker wollten sich als Kommunistenjäger profilieren, ein regelrechter Wettlauf um die spektakulärsten Anhörungen in manchen Einzelstaaten und Ausschüssen im Kongress (↗ *Congress*), am bekanntesten darunter das ↗ *House Un-American Activities Committee (HUAC)*, setzte ein. In der Unterhaltungsindustrie (↗ *Film; Hollywood; Radio; Television*) kursierten schwarze Listen, Verbände wie die ↗ *Chamber of*

Commerce of the USA und die ↗ *American Legion* betrieben antikommunistische Propaganda. Der *Congress of Industrial Organizations* (↗ *Industry*) trieb die gewerkschaftliche Säuberung (↗ *Labor unions*) auf Grundlage des *Taft-Hartley Act* (↗ *Law*) von 1947 voran. Lehrerschaft und Professoren (↗ *Colleges and universities; Education*) wurden zu *loyalty oaths* verpflichtet, gerichtliche Verfahren gegen die Führungselite der ↗ *Communist Party of the United States of America* (CPUSA) auf Basis des *Smith Act* von 1940 mit Verurteilungen abgeschlossen. Selbst die katholische Kirche (↗ *Catholics*) erwies sich als Bollwerk gegen die kommunistische, atheistische Ideologie (↗ *Freethinkers*). Ex-Kommunisten profilierten sich als Zeugen und professionelle Verfolger. All dies führte zu einem von Liberalen mitgetragenen antikommunistischen politischen Konsens in den 1950er Jahren.

Heale, Michael J., *American Anticommunism: Combating the Enemy Within, 1830–1970* (Baltimore 1990); Gladchuk, John Joseph, *Hollywood and Anticommunism: HUAC and the Evolution of the Red Menace, 1935–1950* (New York 2007); Ceplair, Larry, *Anti-Communism in Twentieth-Century America: A Critical History* (Santa Barbara 2011).

Hartmut Keil

Anti-Defamation League (ADL): Die *Anti-Defamation League* wurde im Jahr 1913 von dem jüdischen Orden *B'nai B'rith* (↗ *Jews*) in ↗ *Chicago* als Reaktion auf den Lynchmord und das durch antisemitische Vorurteile (↗ *Antisemitism*) geprägte Verfahren gegen Leo Frank gegründet. Frank war ein führendes, unschuldig angeklagtes Mitglied der *B'nai B'rith*-Loge in ↗ *Atlanta*, ↗ *Georgia*, das von einem Mob gelyncht wurde. Die Gründer der *Anti-Defamation League*, einer Gruppe um den Chicagoer Anwalt Sigmund Livingston, sahen es als ihre Pflicht an, durch die Arbeit der *League* das gesellschaftliche Bewusstsein hinsichtlich der fatalen Folgen von Stereotypenbildung zu wecken und gegen diese aktiv mit rechtlichen Mitteln vorzugehen.

In ihrer langen Geschichte hat sich die *League* gegen alle Formen der Verleumdung, Diffamierung und Stereotypisierung gewandt. Obwohl der Kampf gegen den Antisemitismus ihr Hauptaktionsfeld ist, definiert sie ihre Aufgabe als eine gesamtgesellschaftliche. In ihrer Arbeit hat sie sich auf die Darstellung von Minderheiten (↗ *Minorities*) in den Medien (↗ *Media*) konzentriert und ging etwa gegen die Verbreitung antisemitischer Vorurteile durch Henry Ford im *Dearborn Independent* vor. Nach 1933 hat sich die *League* intensiv für die nationalsozialistische Bewegung in den USA (↗ *Nazi parties*) und ihr verwandte amerikanische *hate groups* interessiert, um deren Untersuchung durch das ↗ *House Un-American Activities Committee* (HUAC) zu unterstützen und diesem Beweismaterial zur Verfügung zu stellen.

Nach 1945 engagierte sich die *League* im Zuge der Bürgerrechtsbewegung (↗ *Civil rights*) immer stärker im Bildungsbereich (↗ *Education*): Neben der *Holocaust Education* wurde die Wahrung der Rechte von religiösen und ethnischen Minder-

heiten (↗ *Ethnic groups; Religion*) in amerikanischen Schulen zentral im Engagement der Organisation (*McCollum v. Board of Education, Brown v. Board of Education*). Im Bereich der Bürgerrechte kooperierte man eng mit der ↗ *National Association for the Advancement of Colored People (NAACP)*. In anderen Punkten gibt es allerdings Kontroversen. So werden der gegen Israel gerichtete Antisemitismus der *Nation of Islam* (↗ *Black nationalism*) und Louis Farrakhan von der *League* bekämpft, ebenso wie die Anti-Israel-Propaganda extremistischer muslimischer Gruppen (↗ *Muslims*). Gleichzeitig tritt die *League* für die Wahrung der Bürgerrechte amerikanischer Muslime ein.

Heute ist die *Anti-Defamation League* nicht mehr Teil des *B'nai B'rith*, sondern agiert völlig selbständig, verfügt über internationale Büros und propagiert ihr Programm *A World of Difference* in Schulen und im Bildungsbereich. Seit 1990 publiziert die heute aus ihrer Zentrale in ↗ *New York City* agierende *League* die Zeitschrift *Frontline* (↗ *Magazines*).

↗ *American Jewish Committee (AJC); American Jewish Congress (AJC)*.

Ivers, Gregg, *To Build a Wall: American Jews and the Separation of Church and State* (Charlottesville 1995); Herman, Felicia, „American Jews and the Effort to Reform Motion Pictures, 1933–1935“, in: *American Jewish Archives Journal* 53 (2001), S. 11–44; Webb, Clive, „Freedom for all? Blacks, Jews, and the Political Censorship of White Racists in the Civil Rights Era“, in: *American Jewish History* 94 (2008), S. 267–297.

Cornelia Wilhelm

Antisemitism: Obwohl bereits die Ankunft der ersten Juden (↗ *Jews*) in den nordamerikanischen Kolonien und der Versuch des niederländischen Gouverneurs Peter Stuyvesant, die Ansiedlung von Juden 1654 in New Amsterdam (↗ *New York City*) zu verhindern, zeigte, dass sich alte Stereotypen europäischen Antijudaismus auch in der Neuen Welt fanden, profitierten Juden schon in den nordamerikanischen Kolonien von der Praxis religiöser Toleranz, die auch andere religiöse Abweichler (↗ *Religion*) genossen.

In den *settler societies* der britischen Kolonien waren Juden in der Minderheit. Der stark kolonial geprägte amerikanische Rassismus richtete sich zunächst primär gegen ↗ *Native Americans* und afrikanische Sklaven (↗ *African Americans; Race relations; Slavery*), die als unzivilisiert betrachtet wurden. Dagegen unterstützte die Verwurzelung vieler protestantischer Gruppen im Alten Testament, der jüdischen *Tanach*, die Entwicklung eines positiven Verhältnisses gegenüber dem Judentum. Auch andere Faktoren trugen dazu bei, dass sich ein Antisemitismus europäischer Prägung und Dimension in den USA so nicht entwickelte: die geringe Zahl amerikanischer Juden bis zum Ende des 19. Jahrhunderts; ein gesellschaftlicher Pluralismus europäischer Minderheiten, die sich meist bewusst von der europäischen Gesell-

schaft abgewandt hatten; und die räumliche Entfernung von europäischen Kirchen und weltlichen und religiösen Autoritäten.

Anders als in Europa fand eine Judenemanzipation nicht nur ohne langwierige gesellschaftliche Debatte und Problematisierung statt, sie erfolgte gleichzeitig mit einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung vom Untertan zum Bürger in der ↗ *American Revolution* und griff damit der erst einsetzenden Judenemanzipation in Europa vor. Das Selbstverständnis dieser Entwicklung lag in der religiösen Verfasstheit der USA (↗ *National identity*), die das gleichberechtigte Nebeneinander religiöser Gruppen im ersten Verfassungszusatz (↗ *Constitution*) festschrieb und damit festlegte, dass keine Religion gegenüber einer anderen eine Vormachtstellung erwerben dürfe. So erfuhren die amerikanischen Juden als erste eine sehr frühe und weitreichende Emanzipation, die formalrechtlich (↗ *Law*) gesichert war.

Dennoch weist auch die amerikanische Geschichte immer wieder die Existenz tradierter antisemitischer Stereotype auf. Im Bürgerkrieg (↗ *Civil War*) 1862 erließ General Ulysses S. Grant den Befehl, das besetzte ↗ *Tennessee* binnen 24 Stunden von jüdischen Händlern und Hausierern räumen zu lassen, da diese angeblich alle vom Finanzministerium aufgestellten Gesetze und Einschränkungen missachteten und sich im Schwarzhandel bereicherten. Präsident Abraham Lincoln intervenierte rasch, setzte den Befehl außer Kraft und beugte so einer staatlich sanktionierten Stereotypisierung vor. Wie fragil die Situation der Juden auch in einer Gesellschaft war, die stark von der Konstruktion eines kolonial geprägten Rassebegriffs beeinflusst war, zeigte sich nach dem Bürgerkrieg, vor allem in der *Progressive Era* (↗ *Progressivism*). In einer massiv durch die Modernisierung verunsicherten Gesellschaft und durch die stärkere soziale Konstruktion von „Rasse“ sahen sich Juden gezwungen, ihre *whiteness* immer wieder beweisen zu müssen. Populistische Kampagnen (↗ *Populism*), Angriffe durch den ↗ *Ku Klux Klan* (KKK) und die Ermordung Leo Franks in ↗ *Atlanta* durch einen Lynchmob 1915 markieren diesen Paradigmenwechsel.

Die Ausgrenzung von Juden aus dem öffentlichen Leben der USA begann Ende des 19. Jahrhunderts und erreichte in den 1920er Jahren einen Höhepunkt. Auf Stereotypen eines modernen, auf vermeintlich biologischen Grundlagen beruhenden Antisemitismus wurde Juden an den ↗ *Ivy League*-Universitäten der Ostküste die Zulassung zum Studium verwehrt oder die Mitgliedschaft in angesehenen ↗ *Country clubs* versagt. Seit den 1920er Jahren verbreitete der Automobilhersteller Henry Ford (↗ *Automobile; Fordism*) in seiner Zeitung (↗ *Newspapers*) *Dearborn Independent* antisemitische Klischees, die auf das Pamphlet *Protokolle der Weisen von Zion* zurückgriffen, das eine zentrale Quelle antisemitischer Propaganda in der Zwischenkriegszeit war.

In der ↗ *Great Depression* griffen verschiedene Politiker wie Huey P. Long (↗ *Democratic Party*), Gerald L.K. Smith (*Share Our Wealth*-Bewegung) und Charles

Coughlin (*Union Party*) das Thema auf (↗ *Nazi parties*). Sie fanden Unterstützung durch faschistoide politische und religiöse Bewegungen wie die *Silver Shirts* und die *Christian Front*. Ihre Propaganda wandte sich unspezifisch gegen angeblich internationalistische, kommunistische, jüdische Kräfte und war überdies religiös motiviert. Ethnisch geprägte Konfliktfelder entwickelten sich vor allem zu ↗ *German Americans* (↗ *German American Bund*) und nach 1945 zu amerikanischen Nazigruppen wie der *National Socialist Party of America*. In diesem Zusammenhang erreichte in den Jahren 1977/78 eine Serie von Zwischenfällen und öffentlichen Kundgebungen in Skokie, einem Vorort Chicagos mit einem hohen Prozentsatz Holocaust-Überlebender, die größte Publizität – nicht zuletzt durch das Eingreifen der *American Civil Liberties Union*, die für das Recht der amerikanischen Nationalsozialisten auf freie Meinungsäußerung eintrat.

Während Juden und Afroamerikaner im Zuge der Bürgerrechtsbewegung (↗ *Civil rights*) in den 1950er und 1960er Jahren eine enge Allianz eingingen, zerbrach diese Bindung in den 1970er Jahren durch inhaltliche Divergenzen wie zum Beispiel die Einrichtung eines Quotensystems für Minderheiten (↗ *Affirmative Action; Minorities*) und durch die wachsende antisemitische Agitation einzelner radikaler afroamerikanischer Gruppen. Die *Nation of Islam* (↗ *Muslims*) und die *Black Panther Party* entwickelten einen ausgewiesenen Antisemitismus, der auf die politischen und ökonomischen Verschwörungstheorien (↗ *Conspiracy theories*) der *Protokolle der Weisen von Zion* abhob und sich durch einen starken Anti-Zionismus auszeichnete. Mit diesem Schema wurde versucht, unter den Mitgliedern der afroamerikanischen Gruppen Ängste vor wirtschaftlicher und europäisch-kolonialer Dominanz Israels zu wecken und diese im Gegenzug an afrikanische Bewegungen zu binden. Unter welcher Spannung das Verhältnis zwischen Juden und Afroamerikanern stand, zeigten 1991 tagelange gewalttätige Ausschreitungen in *Crown Heights, Brooklyn*.

↗ *Anti-Defamation League (ADL); Chicago; Ethnic groups; Exile; Immigration; Multiculturalism; New School for Social Research.*

Dinnerstein, Leonhard, *Antisemitism in America* (New York 1994); Chañes, Jerome (Hg.), *Antisemitism in America Today: Outspoken Experts Explode the Myths* (New York 1998²); Goldstein, Eric L., *The Price of Whiteness: Jews, Race, and American Identity* (Princeton 2006).

Cornelia Wilhelm

ANZUS-Pact: Am 1. September 1951 wurde dieses pazifische Sicherheitsabkommen als defensives regionales Sicherheitssystem gegen Bedrohungen aus Asien (Japan, UdSSR, China) zwischen Australien (A), Neuseeland (NZ) und den USA (US) in San Francisco (↗ *California*) auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Wichtigstes Organ ist der ANZUS-Rat, der von den Außenministern der drei Staaten

gebildet wird. Artikel vier des Vertrags besagt, dass „jede der vertragsschließenden Mächte anerkennt, dass ein bewaffneter Angriff im pazifischen Raum auf eine von ihnen Frieden und Sicherheit für sie selbst gefährdet, und versichert daher, dass sie nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Bestimmungen Gegenmaßnahmen gegen die gemeinsame Gefahr treffen wird.“ Der Vertrag sichert also keinen automatischen militärischen Beistand (↗ *Military*) zu. Zusätzlich ist die sofortige Einschaltung des *United Nations Security Council* (UNSC) vorgesehen. Eine praktische militärische Zusammenarbeit gibt es nicht, da der Pakt keine ständige gemeinsame Organisation wie die ↗ *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) hat. Die australische Außenpolitik orientierte sich bis Anfang der 1970er Jahre an westlichen Strategien und unterstützte die USA in Korea und Vietnam (↗ *Korean War*; *Vietnam War*). Seit 1986 existiert der Pakt nur noch als loses Abkommen zwischen den USA und Australien, da Neuseeland sein Territorium atomwaffenfrei erklärte und von einlaufenden amerikanischen Schiffen eine Erklärung über deren nukleare Ausrüstung verlangte. Dennoch unterstützen sowohl Australien als auch Neuseeland nach dem 11. September 2001 (↗ *Terrorism*) die Operation *Enduring Freedom* durch Truppen.

↗ *Cold War*; *Foreign affairs*.

Pugh, Michael C., *The ANZUS-Crisis, Nuclear Visiting and Deterrence* (Cambridge, MA 1989); McIntyre, William D., *Background to the ANZUS Pact: Policy-Making, Strategy and Diplomacy, 1945–55* (New York 1995); Holdich, Roger et al. (Hg.), *The ANZUS Treaty 1951* (Canberra 2001).

Rüdiger B. Wersich

Archaeology: In Europa unterscheidet man teilweise zwischen der Archäologie der amerikanischen Hochkulturen (Mesoamerika, Alt-Peru) und der Vorgeschichte oder prähistorischen Archäologie in Bezug auf die Altertumskunde der anderen Teile Amerikas, in denen sich keine Hochkulturen entfaltet hatten, als die Europäer den Kontinent eroberten. Im aktuellen amerikanischen Sprachgebrauch (↗ *American English*) ist diese Unterscheidung nicht üblich. Es ist bedeutsam, dass sich die amerikanische Archäologie, die sich mit den Altertümern des nordamerikanischen Kontinents seit der ersten menschlichen Besiedlung durch die Paläoindianer (↗ *Native Americans*) über die Beringia-Landbrücke gegen Ende der letzten Eiszeit bis zur Ankunft der Europäer im 16. Jahrhundert beschäftigt, unabhängig von der europäischen Altertumskunde entwickelte und eigene Periodisierungssysteme schuf. Die Grundlage dieser Terminologie, die heute für Nordamerika durchgehend, für andere Teile Amerikas nur überwiegend gilt, wurde durch Gordon Willey und Philip Phillips (1958) geschaffen.

Sie unterscheiden eine lithische oder paläo-indianische Periode seit der Einwanderung der end- und nachpleistozänen Großwildjagdkulturen (*Clovis*, *Folsom*, *Plano*)

über die Beringia um etwa 20.000 v. Chr. bis 5.000 v. Chr.; eine archaische Periode von circa 5.000 v. Chr. bis 1.000 n. Chr., charakterisiert durch Sammeltätigkeit, diversifizierte Jagd und Fischerei, die man in ein östliches und ein westliches (früher *Desert Culture*) Archaikum gliedert; und ein Formativum ab 1.000 n. Chr. bis zur Ankunft der Europäer. Letzteres, das phaseologisch in etwa einem entwickelten Neolithikum der Alten Welt entspricht, hat sich unter Einflüssen aus dem hochkulturellen Mesoamerika nur im Osten (↗ *Mississippi*) und im Südwesten (*Anasazi*, *Hohokam*) weiterentwickelt. Alle anderen Teile Nordamerikas haben das formative Stadium nicht gekannt, obwohl in einigen Gebieten formative Kulturelemente – Anbau von Kulturpflanzen, Herstellung von Keramik, feste Siedlungen und religiöse Zentren, soziale Hierarchien – im Ansatz zu erkennen sind, etwa in ↗ *California*, an der Nordwestküste, in der westlichen Arktis (↗ *Alaska*). Eine Form von Kunst (↗ *Art*), die bis in diese frühere Stufe reichen kann, ist in allen Teilen Nordamerikas verbreitet, nämlich die zahllosen rituellen Felszeichnungen (*petroglyphs*).

Eine letzte Welle von asiatischen Einwanderern erreichte den Kontinent um 5.000 v. Chr. Diese Jäger, die Paläoeskimos (↗ *Eskimos*), breiteten sich über die bis dahin unbesiedelten Küstengebiete der Arktis aus, wo sie sich mit einer auf Seesäugerjagd basierenden Kultur erfolgreich in der Polarwelt behaupteten. Nicht nur die präkolumbische Zeit gehört zur Archäologie, sondern auch die fünf letzten Jahrhunderte. In dieser modernen Zeit werden vor allem drei Bereiche durch Ausgrabungen beleuchtet: die Kolonialgesellschaft des 17. und 18. Jahrhunderts, die afro-amerikanische Diaspora (↗ *African Americans*) und die euro-amerikanische Besiedlung des Westens (↗ *Frontier; West*).

Einen wichtigen Anstoß zur weiteren Entwicklung gab die *New Archaeology* in den späten 1960er Jahren unter Lewis Binford, obwohl diese von ihren Anhängern zweifellos überschätzt wurde und viele ihrer neuen Methoden schon lange bekannt waren und in der alten *Archaeology* angewendet wurden: ethnographische Analogien und Modelle zur Erklärung von nicht eruierbaren Funktionen von Teilen des archäologischen Fundgutes. Bedeutsam für die absolute Datierung der amerikanischen Kultursequenzen war die Entwicklung neuer naturwissenschaftlicher Datierungsmethoden: der Dendrochronologie (Baumringdatierung) durch Andrew Ellcott Douglass, der Radiokarbon- oder C14-Methode durch Willard Frank Libby sowie weniger allgemeinbedeutender Verfahren wie der Thermolumineszenz-Methode bei Keramik, des archäometrischen Verfahrens sowie der Massenspektroskopie (↗ *Science; Technological development*).

Während sich Universitäten und Institute (↗ *Colleges and universities*) an der Ostküste zunächst systematischen Ausgrabungen im Mittelwesten – wie den Flusstälern des Mississippi und den Unterläufen seiner Nebenflüsse (↗ *Rivers*) – widmeten, wo Hunderttausende von Grab- und Tempelhügeln entdeckt wurden, wandte

man sich bald auch den Kulturresten des Südwestens zu. Auch hier wurden die ersten Grabungen von Institutionen des Ostens – in zunehmendem Maße auch durch das *Bureau of American Ethnology* (BAE) getragen (↗ *Smithsonian Institution*). Die sehr guten Erhaltungsbedingungen im ariden Südwesten brachten zahlreiche Archäologen nach ↗ *Arizona* und ↗ *New Mexico*. Hier wurden bald auch eigene Institutionen gegründet, etwa das *Arizona State Museum*. Als Folge der *New Archaeology* wird heute von den Ausgrabungen mehr als nur eine Darstellung der materiellen Kultur verlangt. Die Technologie, die Ergonomie, die Sozialorganisation und das Verhalten der Paläoindianer werden vom Ausgrabungsbefund – von den Artefakten und ihrem Kontext – abgeleitet. In fast allen Teilen der USA gibt es große archäologische Sammlungen, meist in Museen, die mit Universitäten verbunden sind; sehr viele Artefakte befinden sich aber auch in privatem Besitz.

Mit großem Personalaufwand – etwa als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme während des ↗ *New Deal* – wurde die Vorgeschichte des nordamerikanischen Kontinents im Rahmen von *contract archaeology*, *rescue archaeology* und *public archaeology* gut erforscht. In allen Staaten der USA und auch in allen kanadischen Provinzen sind Tausende von hervorragend ausgebildeten Archäologen heute als Denkmalpfleger und Vertragsarchäologen tätig.

Lindig, Wolfgang, *Vorgeschichte Nordamerikas* (Mannheim 1982); Willey, Gordon R. & Sabloff, Jeremy A., *A History of American Archaeology* (New York 1993); Binford, Lewis R., *In Pursuit of the Past: Decoding the Archaeological Record* (Berkeley 2002); Meltzer, David J., *First Peoples in a New World: Colonizing Ice Age America* (Berkeley 2009).

Wolfgang Lindig/Jean-Loup Rousselot

Architecture: Die Architektur und die Stilrichtungen der verschiedenen Epochen wurden von mehreren Merkmalen der Gesellschaft geprägt. Die politischen, ökonomischen wie auch sozialen Eigenschaften, die sowohl einen nationalen als auch internationalen Charakter besaßen, beeinflussten diese zunehmend. Im Laufe der Urbanisierung und später auch der Suburbanisierung (↗ *Urbanization and suburbanization*) entstanden Privatbauten und öffentliche Gebäude, die durch bestimmte architektonische Zeitalter und einen gewissen Regionalismus (↗ *Regionalism*), der stark auf die kolonialen Stilrichtungen zurückzuführen ist, gestaltet wurden.

Die Stilrichtungen, die von der Kolonialzeit und der Staatsgründung (↗ *American Revolution*) bis hin zum gegenwärtigen Zeitalter die nordamerikanische Landschaft kennzeichneten, wurden oft anhand politisch-historischer Ereignisse festgelegt und richteten sich, sowohl in urbanen Zentren als auch in regionalen ländlichen Sphären, nach den natürlich gegebenen und gesellschaftlich erschaffenen Lebensräumen. Die Verbindung zwischen einem Bauwerk und dem zeitgenössischen politischen, kulturellen und sozialen Wertesystem kann man hauptsächlich auf dem

Gebiet der häuslichen Architektur wiedererkennen. Diese ästhetischen Traditionen in der Form von Bauwerken im Bereich des privaten Domizils und teilweise auch des öffentlichen Kulturerbes teilten sich in unterschiedliche Designdekaden auf: die koloniale Bautradition, die von einem Regionalismus geprägt wurde, der auf der Herkunft der jeweiligen Siedler und Einwohner basierte; der Klassizismus, der den Beginn einer unabhängigen Nation unterstrich und politische und ideale Werte und Normen durch Architektur an die Gesellschaft und, auf voyeuristische Weise, an die Massen weitervermittelte; das viktorianische Zeitalter, das mit einer Vielfalt von Einflüssen den Regeln des Klassizismus widersprach und einen Eklektizismus mit neuen Ursprüngen vorgab; das sogenannte *Colonial Revival*, das die koloniale Überlieferung neu aufsetzte und dadurch eine einheimische Architektur bilden wollte; und die Moderne und die Postmoderne, die den Übergang in das 20. Jahrhundert schufen und das kontroverse Thema des Funktionalismus innerhalb der Architektur neu interpretierten.

Eine präzise Zeitangabe zur Kontinuität der verschiedenen Epochen zu machen, ist nur schwer möglich, da eine gewisse Überlappung der Bauweisen immer präsent war und durch die sukzessive regionale Verbreitung verschiedener Stile einen ausgedehnten Zeitrahmen beanspruchte.

Der Kolonialstil herrschte vom Beginn der Besiedlungen durch die Europäer bis zur *American Revolution* vor, danach wurden die kolonialen Einflüsse größtenteils neu interpretiert. Innerhalb des Stils gab es verschiedene Richtungen, die einen internationalen Charakter, aber auch den Anfang einer nationalen und regionalen Architektur aufzeigten. So wurden in dieser Zeit Baustile des jeweiligen Heimatlandes in die Neue Welt übernommen und leicht verändert, um sich an die neuen geographischen und ökologischen Konditionen anzupassen. Die häufigsten Beiträge stammten aus dem *Dutch* und *French Colonial* und aus den Bautraditionen Großbritanniens, die als *Georgian Architecture* bezeichnet wurden. Diese Architektur erstreckte sich bis ins frühe 19. Jahrhundert und bildete den Übergang in den Klassizismus. Die *American Revolution* und der *War of 1812* formten das politische Rückgrat der Überleitung von einem britischen Einfluss zu einer klassischen Bauweise und der *Federal Style Architecture*, und die Aufklärung sorgte letztendlich für eine weitere Verbreitung.

Die klassische Bauweise war eine Reflektion der politischen Ideenlage des frühen 19. Jahrhunderts. Die Häuser und Gebäude spiegelten demokratische Werte wider, auf die die neue Republik einen hohen Stellenwert legte (↗ *National identity*). Viele Regierungsgebäude folgten einer klassischen Bauweise und auch Thomas Jefferson errichtete danach sein Anwesen *Monticello*. Eine einfache Fassade, die gleichzeitig eine Aussagekraft mit sich trug, die an die Macht Roms und Athens erinnerte, war das Hauptmerkmal der klassischen Architektur im nordamerikanischen Raum. Der italienische Architekt Andrea Palladio war durch seine architektonische Designlite-

ratur auch lange nach seinem Tod besonders einflussreich. Die Anwendung des *Palladianism* wurde auch als *Jeffersonian Classicism* bezeichnet, womit sie einen distinktiven amerikanischen Charakter bekam, sowohl politisch wie auch kulturell. Als eine Mischung aus *Georgian Architecture* und *Classic Revival Architecture* (auch *Neoclassicism*) entstand der *Federal Style*. Merkmale aus dem *Georgian* wurden kombiniert mit der Symmetrie und Gradlinigkeit des Klassischen und konnten oft durch kleinere Details, wie etwa ein *Palladian window*, erkannt werden. Beispiele des *Federal Style* findet man auch heute noch stark verbreitet in ↗ *Boston* und ↗ *Philadelphia*. Einer der Verfechter dieser Stilrichtung im privaten wie im öffentlichen Bereich war Charles Bulfinch. Die Verwendung klassischer Baustile dauerte bis Ende des 19. Jahrhunderts an und wurde danach durch die Romantik abgelöst, die sich innerhalb der Architektur hauptsächlich durch das Viktorianische auszeichnete.

Victorian Architecture beinhaltet mehrere Stilrichtungen, die oft gleichzeitig verwendet wurden und dadurch einen Eklektizismus hervorgerufen haben, der oft kritisiert wurde. Im nordamerikanischen Raum gehörten zu der viktorianischen Epoche das *Gothic Revival*, die *Italianate Architecture*, sowie der *Second Empire Style*, *Queen Anne Style* und *Eastlake Style*. Neben diesen Hauptstilrichtungen und Einflüssen gab es noch weitere Subkategorien des Viktorianischen wie die orientalen Designtraditionen des *Egyptian*, *Assyrian*, *Persian*, *Pompeian* und *Etruscan*. *Gothic Revival* bezeichnet das Wiederaufleben eines mittelalterlichen Baustils und wurde weniger im Bereich des Privatdomizils verwendet als im öffentlichen Bereich, insbesondere bei Kathedralen (↗ *Religion*). Er galt als eine erste Kritik an der Industrialisierung, der Massenproduktion und der Konsumgesellschaft des 19. Jahrhunderts (↗ *Consumer culture; Industry*). Vor allem John Ruskin zog den Vergleich zwischen dem *Gothic Revival* und der Natur in der Architektur und stellte diese in direkten Kontrast zur Maschine, die nun das gesellschaftliche Verhalten und das viktorianische Leben bestimmte. Dieser Kontrast spiegelte sich im *Arts and Crafts Movement* des frühen 20. Jahrhunderts und wurde von Ruskin, William Morris und Augustus Pugin vertreten.

Die *Italianate Architecture* stützte sich nicht nur auf Vorlagen aus dem römischen, sondern aus dem gesamtitalienischen Raum, und wird oft mit einer toskanischen Bauweise in Verbindung gebracht. Der *Second Empire Style* hingegen stammt aus Frankreich. Die Bezeichnung hat einen politischen Ursprung und bezieht sich auf die Herrschaftszeit von Napoleon III. Das Hauptmerkmal des *Second Empire Style* war das Mansardendach, welches zum Statussymbol wurde, da es wie eine Krone aussah und zudem darauf hinwies, dass es Platz unter dem Dach für die Bediensteten gab.

Der *Queen Anne Style* verfügte über eine verspielte, polychrome Bauweise, die im Bereich der häuslichen Architektur umgangssprachlich mit dem Begriff *gingerbread*

houses bezeichnet wird. Die Stilrichtung erlangte nach der *Philadelphia Centennial Exposition* 1876 Popularität, auf welcher die Regierung Großbritanniens Häuser in diesem Stil errichtete, um ihre Offiziere unterzubringen. Sie verwendete auch Aspekte, die an die Natur erinnerten, und legte weniger Wert auf die einfache Fassade, die noch im Klassizismus dominant gewesen war. Der *Eastlake Style* stammt von einer Neuinterpretation des Werks von Charles Locke Eastlake ab und wurde in Nordamerika als eine dekadente und sehr dekorative Design- und Bautradition aufgefasst. Eastlake konnte mit der Wiedergabe der Designs aus seinen Büchern im amerikanischen Raum jedoch nichts anfangen und wollte nicht als Begründer des Stils bekannt werden, dennoch etablierte sich dieser unter seinem Namen im späten viktorianischen Zeitalter.

Die Stilexperimente des 19. Jahrhunderts sollten eine nationale Architektur begründen, mit welcher sich die gefeierte unabhängige Nation, die sich langsam vom ↗ *Civil War* erholte, identifizieren konnte.

Der *Colonial Revival Style* wurde des Öfteren auch als *American Renaissance* bezeichnet, da es sich um die Wiedereinführung verschiedener kolonialer Baustile handelte. Dabei wurden Aspekte des *Dutch*, *French* und *Georgian Style* eingesetzt und die Bauten sollten an die Zeit vor dem Unabhängigkeitskrieg erinnern. Interessant am *Colonial Revival* ist, dass es einerseits als eine amerikanische Architekturbewegung galt, die ihren Anfang in der Feier zur 100-jährigen Unabhängigkeit fand, andererseits wurde die Architektur der Kolonialmächte zelebriert. Verteidigend wird angegeben, dass der Stil eher ein Ausdruck von Erinnerungskultur sei und seine Verwendung daher einen Prozess der Identitätsfindung repräsentiere, statt die Kultiviertheit der früheren Kolonialherrscher zu akzentuieren.

Die moderne und die postmoderne Architektur des 20. Jahrhunderts wurde stark von einer zunehmenden Urbanisierung und Suburbanisierung geprägt. Da die Städte ein immer höheres Verkehrsaufkommen (↗ *Automobile*; *Highways*; *Roads*) hatten und die Besiedlung der Zentren durch *Corporations* eine kommerziell und ökonomisch fokussierte Form (↗ *Economy*) annahm, wurde auch die Architektur dementsprechend neu konstruiert. Ein Wahrzeichen dieser Kommerzialisierung waren Hochhäuser (↗ *Skyscraper*), die zu einem festen Bestandteil amerikanischer Stadtpanoramen (*skylines*) wurden. Deren Entwicklung führte zu Veränderungen in der amerikanischen Wohnkultur: Leben in Apartments in den Innenstädten oder die Abwanderung in die Vororte waren das Resultat. In diesem Zusammenhang bildeten sich auch *tenements* und später *housing projects* (↗ *Muckrakers*; *Progressivism*), die eine günstige Variante urbanen Wohnraums boten, jedoch die Integrität der technologisch innovativen und autoritären Städte minderte. Die Moderne begünstigte den Einsatz von neuen Technologien (↗ *Technological development*). In den 1930er Jahren wurde der *International Style* zu einem wichtigen Begriff der Moderne, dem sich ein Rationalismus innerhalb der Baukunst anschloss. Dabei

machten sich Persönlichkeiten wie Frank Lloyd Wright (*Prairie Style*), Ludwig Mies van der Rohe, Le Corbusier, Alvar Aalto und Walter Gropius einen Namen, die teilweise aus dem Weimarer *Bauhaus* stammten (↗ *German Americans*). Dieser technischen Modernisierung der Gesellschaft und dem Funktionalismus wurde wiederum während der Postmoderne widersprochen. Es entstand eine individuelle Bauweise, die einen neuen Eklektizismus prononcierte. Bekannte der Postmoderne zugeschriebene Architekten sind Robert Venturi und Frank Gehry.

In der amerikanischen Architektur, betrachtet von der Gründung der Nation bis heute, spielen die gesellschaftlichen Grundwerte und die Ideenkultur eine wichtige Rolle. Ein wesentliches Gut, welches sich der amerikanische Bürger aneignen wollte, war das Eigenheim. *Home ownership* wurde zu einem Kernbestandteil des ↗ *American Dream* und mit dem Besitz eines Einfamilienhauses präsentierte sich das tugendhafte, nach Selbstverwirklichung strebende Bürgertum. Das Erkennen der aktuellen soziokulturellen Trends der Architektur und deren Einsatz wurden zum Mittel, um die eigene Identität und die Identität der Nation angemessen zu präsentieren.

↗ *Art; Citizenship; Design; Housing.*

Köster, Baldur, *Palladio in Amerika. Die Kontinuität klassizistischen Bauens in den USA* (München 1990); Whiffen, Marcus, *American Architecture since 1780. A Guide to the Styles* (Cambridge 1992); Upton, Dell, *Oxford History of Art. Architecture in the United States* (Oxford 1998); Schafter, Debra, *The Order of Ornament, the Structure of Style. Theoretical Foundations of Modern Art and Architecture* (Cambridge 2003); Eggner, Keith L., *American Architectural History. A Contemporary Reader* (New York 2004); Foster, Janet W., *The Queen Anne House. America's Victorian Vernacular* (New York 2006); Faherty, Duncan, *Remodeling the Nation: The Architecture of American Identity, 1776–1858* (Lebanon 2007).

Dorothee Wagner von Hoff

Arizona: Bundesstaat im Südwesten; grenzt an ↗ *Utah*, ↗ *Colorado* (in den *Four Corners*), ↗ *New Mexico*, Kalifornien (↗ *California*) und ↗ *Nevada*. Außerdem verfügt der Staat über eine internationale Grenze zu Mexiko im Süden. Mit 295.234km² ist es der sechstgrößte Bundesstaat. Arizona hat insgesamt 6.392.017 Einwohner, davon allein 4,19 Millionen in der Metropolregion Phoenix-Mesa-Glendale. Hauptstadt und größte Stadt ist Phoenix (↗ *Urbanization and suburbanization*), eine zweite große Metropolregion mit 980.263 Einwohnern findet sich um Tucson. Im Süden des Staates erstreckt sich die Sonora-Wüste, der Norden ist durch das Colorado-Plateau geprägt. Dort findet sich auch der *Grand Canyon National Park* (↗ *National parks*) und an der Grenze zu Utah mit dem *Monument Valley* eine Ikone des amerikanischen Westens (↗ *West*).

Über ein Viertel der Fläche des Staats entfällt auf Indianer-Reservate (↗ *Native Americans*). Mit 296.529 Ureinwohnern, die auf dem Gebiet von Arizona leben, hat der Staat die drittgrößte Indianer-Bevölkerung (↗ *Population*) in den USA nach